



Jahresfinanzbericht 2013

der

ZEAG Energie AG

(Konzern)

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Zusammengefasster Lagebericht	1
Konzern-Jahresabschluss per 31.12.2013	
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	44
Konzern-Gesamtergebnisrechnung	45
Konzernbilanz	46
Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung	47
Konzern-Kapitalflussrechnung	48
Konzernanhang	49
Erklärung des gesetzlichen Vertreters	99
Bestätigungsvermerk	100
Bericht des Aufsichtsrats	102
Entsprechenserklärung	109

Zusammengefasster Lagebericht

des ZEAG-Konzerns und der ZEAG Energie AG für das Geschäftsjahr 2013

1. Grundlagen des Konzerns
 - 1.1. Erläuterungen zum zusammengefassten Lagebericht
 - 1.2. Geschäftsmodell des Konzerns
 - 1.3. Beteiligungsstruktur und Segmente
 - 1.4. Strategie und Ziele
 - 1.5. Steuerungssystem
2. Wirtschaftsbericht
 - 2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen
 - 2.2. Geschäftsverlauf
 - 2.3. Unternehmenssituation des ZEAG-Konzerns: Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage
 - 2.4. Unternehmenssituation der ZEAG Energie AG: Finanzlage, Vermögenslage, Ergebnis und Dividendenvorschlag
3. Erklärung über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen
4. Nachtragsbericht
5. Risiko- und Chancenbericht
 - 5.1. Grundsätze und Struktur des Risiko- und Chancenmanagements
 - 5.2. Wesentliche Merkmale des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems
 - 5.3. Risiko- und Chancenlage
6. Prognosebericht
7. Übernahmerelevante Angaben
8. Vergütungsbericht
9. Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289a HGB

1. Grundlagen des Konzerns

1.1. Erläuterungen zum zusammengefassten Lagebericht

Wie im Vorjahr wird der Lagebericht der ZEAG Energie AG mit dem des ZEAG-Konzerns gem. §§ 315 Abs. 3 und 298 Abs. 3 HGB zusammengefasst. Der Geschäftsverlauf, die wirtschaftliche Lage sowie die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung des ZEAG-Konzerns weichen nicht wesentlich vom Geschäftsverlauf, der wirtschaftlichen Lage sowie den Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der ZEAG Energie AG ab. Die geänderten Vorschriften zur Konzernlageberichterstattung gemäß DRS 20 „Konzernlagebericht“ werden im Geschäftsjahr 2013 erstmalig angewandt.

1.2. Geschäftsmodell des Konzerns

Der ZEAG-Konzern ist im Kerngeschäft Energie tätig. Mit der Marke „ZEAG Energie“ betreiben wir in den Städten Heilbronn und Lauffen a. N. sowie in den Gemeinden Neckarwestheim und Kirchheim a. N. die Stromversorgung. Durch neue Konzessionsverträge bzw. diesbezügliche Grundsatzentscheidungen ist vorgesehen, dass wir künftig auch die Stromverteilung in den an Heilbronn angrenzenden Kommunen Leingarten, Flein, Talheim und Untergruppenbach übernehmen. Über unsere Tochtergesellschaft Gasversorgung Unterland GmbH (GU) werden weitere zehn Kommunen überwiegend im nördlichen Landkreis Heilbronn durch uns mit Erdgas versorgt. Die NHF Netzgesellschaft Heilbronn-Franken mbH (NHF) nimmt innerhalb des ZEAG-Konzerns die Netzbetreiberfunktion wahr. Die NHF ist, über die Versorgungsgebiete der ZEAG Energie AG (ZEAG) und der GU hinaus, auch in der Gasverteilung in zwei Kommunen des Landkreises Schwäbisch Hall aktiv.

Als regionales, vertikal integriertes Energieversorgungsunternehmen bieten wir unseren Kunden die Lieferung von Energie und Netzdienstleistungen an. Unsere in der Region verankerte Marke „ZEAG Energie“ steht für kundenorientierten Service, regionale Kompetenz und langfristig erworbenes Betreiber-Know-how. Dies spiegelt sich in einer überdurchschnittlichen Kundenbindung wider und ist Grundlage für unseren Markterfolg. Dieser Ansatz wird auch im Wettbewerb des unabhängigen Internetportals „www.energieverbraucherportal.de“ sichtbar: Sowohl der ZEAG im Bereich der Stromversorgung als auch der GU als unserem Gasversorger wurde aktuell das Siegel „Top-Lokalversorger 2014“ verliehen. Diese Auszeichnung wurde uns jeweils bereits zum fünften

Mal in Folge erteilt. Um dem intensiver werdenden Wettbewerb wirkungsvoll begegnen zu können, haben wir in den vergangenen Jahren unser Geschäftsmodell so angepasst, dass wir unsere an den Kundenbedürfnissen ausgerichtete Produktpalette auch außerhalb unserer Konzessionsgebiete erfolgreich vermarkten können. Dies ermöglichte es uns im abgelaufenen Geschäftsjahr, den langjährigen Trend rückläufiger Absatzmengen zu durchbrechen und sowohl die Anzahl der Kunden sowie den Absatz gegenüber dem Vorjahr zu steigern.

Ein wesentlicher Schwerpunkt unserer Aktivitäten ist die Energieerzeugung, die eine zunehmende Bedeutung gewinnt. Gegenwärtig ist diese vor allem von unserem Erzeugungsanteil am Gemeinschaftskernkraftwerk Neckar (GKN), Neckarwestheim, geprägt. Einer der Eckpunkte unseres Geschäftsmodells ist eine, bezogen auf unseren Absatz an Endkunden, maßgebliche Eigenerzeugung, die künftig im Wesentlichen durch erneuerbare Energien gedeckt sein soll. Neben den von uns genutzten und betriebenen Wasserkraftwerken am Neckar und den bereits realisierten Photovoltaikanlagen soll hierzu insbesondere die Erzeugung aus Windkraft beitragen. Hierfür haben wir im Berichtsjahr neun weitere Projektgesellschaften in der Rechtsform einer GmbH & Co. KG gegründet.

Mit unserem Heizwerk am ehemaligen Firmensitz in der Badstraße erbringen wir für dort ansässige, benachbarte Kunden Dienstleistungen, indem wir diese mit Wärme, Prozessdampf und Kälte für deren Produktion beliefern. Die erforderliche Erneuerung des Heizwerks ist für den Zeitraum 2014 / 2015 vorgesehen.

Die bewährte und erfolgreiche Zusammenarbeit mit unseren lokalen und regionalen Marktpartnern, der Heilbronner Versorgungs GmbH (HVG) und der Netze BW GmbH (ehemals EnBW Regional AG) werden wir auch weiterhin konsequent fortsetzen: Die Grundsatzentscheidung des Heilbronner Gemeinderats vom Dezember 2013, die zum 31.12.2013 auslaufende Stromkonzession in Heilbronn an eine gemeinsame, noch zu gründende Gesellschaft von ZEAG und HVG zu vergeben, wird die Zusammenarbeit mit der HVG weiter intensivieren.

Die gesamte Energiebranche unterliegt aufgrund permanent wechselnder politischer und regulatorischer Rahmenbedingungen einer hohen Veränderungsdynamik. Dies erfordert, dass wir unser Geschäftsmodell sowie die Organisationsstrukturen laufend hinterfragen und ggf. anpassen. So haben wir im Bereich der Stromverteilung zum Jahresbeginn 2013 die Organisation und die Aufgabenzuordnung im Konzern im Hinblick auf die zweite Anreizregulierungsperiode umstrukturiert und damit optimiert.

1.3. Beteiligungsstruktur und Segmente

Die ZEAG Energie AG ist die börsennotierte Muttergesellschaft des ZEAG-Konzerns und übt unmittelbar oder mittelbar die Leitungsfunktion im ZEAG-Konzern aus. Mit der 100 %-igen Tochtergesellschaft NHF Netzgesellschaft Heilbronn-Franken mbH (NHF) besteht dabei ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag. Zusätzlich ist die ZEAG Energie AG operativ im Geschäftsfeld Energie tätig. Schwerpunkte dieser Tätigkeiten betreffen die Stromerzeugung, die Belieferung von Endkunden mit Strom, Wärme und Prozesskälte sowie die Erbringung von netznahen Dienstleistungen. Als Eigentümerin des Stromverteilernetzes, welches an die NHF verpachtet wird, ist die ZEAG Energie AG zudem in der Elektrizitätsverteilung tätig.

Unternehmen der ZEAG Energie AG

	Sitz	Kapitalanteil (%)	Segment
Vollkonsolidierte Unternehmen			
Gasversorgung Unterland GmbH	Heilbronn	100	Gas
NHF Netzgesellschaft Heilbronn-Franken mbH	Heilbronn	100	Strom/Gas
ZEAG Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH	Heilbronn	100	-
Bürgerenergie Widdern GmbH & Co. KG	Widdern	99	Strom
BürgerEnergie Königheim GmbH & Co. KG	Königheim	99	Strom
EE Bürgerenergie Braunsbach GmbH & Co. KG	Braunsbach	99	Strom
EE BürgerEnergie Hardthausen GmbH & Co. KG	Hardthausen	98	Strom
EE BürgerEnergie Boxberg GmbH & Co. KG ¹	Boxberg	99	Strom
EE BürgerEnergie Neudenaу GmbH & Co. KG ¹	Neudenaу	99	Strom
EE Bürgerenergie Sulzbach-Laufen GmbH & Co. KG ¹	Sulzbach-Laufen	99	Strom
EE BürgerEnergie Krautheim GmbH & Co. KG ¹	Krautheim	99	Strom
EE BürgerEnergie Jagsthausen GmbH & Co. KG ¹	Jagsthausen	99	Strom
EE Bürgerenergie Bühlerzell GmbH & Co. KG ¹	Bühlerzell	99	Strom
EE BürgerEnergie Möckmühl GmbH & Co. KG ¹	Möckmühl	99	Strom
EE Bürgerenergie Frankenhardt GmbH & Co. KG ¹	Frankenhardt	99	Strom
EE BürgerEnergie Forchtenberg GmbH & Co. KG ¹	Forchtenberg	99	Strom
At equity einbezogene Unternehmen			
ZEAG Immobilien GmbH & Co. KG	Heilbronn	44	-
EE Bürgerenergie Heilbronn GmbH & Co. KG ²	Heilbronn	37	Strom
Verbundene, aber nicht einbezogene Unternehmen			
ZEAG Erneuerbare Energien GmbH	Heilbronn	100	Strom

¹ Gründung / Erstkonsolidierung im Geschäftsjahr 2013

² Bis Juli 2013 vollkonsolidiert mit einem Kapitalanteil der ZEAG Energie AG von 90 % einbezogen

Für die Entwicklung, den Bau und den Betrieb von Windenergieanlagen haben wir 2013 neun weitere Projektgesellschaften gegründet, welche erstkonsolidiert in den Konsolidierungskreis des ZEAG-Konzerns einbezogen werden. Unseren Anteil an der EE Bürgerenergie Heilbronn GmbH & Co. KG haben wir im August 2013 durch Veräußerung an die Bürgerenergiegenossenschaft Heilbronn auf 37 % reduziert. Ab diesem Zeitpunkt wird diese Gesellschaft daher at equity in den Konzernabschluss einbezogen.

Segmente

Im Mittelpunkt der Geschäftstätigkeit im ZEAG-Konzern steht die Wertschöpfungskette Stromerzeugung, Stromverteilung und Stromvertrieb. Sowohl das vertikal integrierte Mutterunternehmen ZEAG Energie AG als auch die meisten Konzerngesellschaften sind operativ in diesen Bereichen tätig. Wärmelieferungen sowie netznahe Dienstleistungen runden das Segment Strom ab.

Unsere Tätigkeiten in der Gasversorgung betreffen die Wertschöpfungsstufen Gasverteilung sowie Gasvertrieb und sind dem Segment Gas zugeordnet. Unsere Tochtergesellschaft GU ist zum einen in ihrer Funktion als Eigentümerin bzw. Verpächterin von Gasverteilernetzen in der Gasverteilung und zum anderen im leitungsgebundenen Vertrieb von Gas an B2B- und B2C-Kunden tätig. Als einziges Unternehmen im ZEAG-Konzern ist unsere Netzgesellschaft NHF als Betreiberin von Strom- und Gasverteilernetzen in beiden Segmenten aktiv, wobei - wie im gesamten ZEAG-Konzern - der Schwerpunkt überwiegend im Segment Strom liegt.

1.4. Strategie und Ziele

Die ZEAG ist aufgrund ihrer Historie der erste Drehstromversorger der Welt und eines der traditionsreichsten Energieunternehmen Deutschlands. Als vertikal integriertes und regional verwurzeltes Unternehmen sind wir in ein Umfeld mit vielfältigen Anforderungen bzw. Herausforderungen und Entwicklungen eingebettet:

- **Markt und Kunden:** Erhöhte Wettbewerbsintensität, steigende Wechselbereitschaft der Kunden, Wettbewerb um Konzessionen und Standorte für regenerative Erzeugungsanlagen
- **Aktionäre:** Gesteigerte Ansprüche an die Entwicklung von Unternehmensgewinnen und Dividendenausschüttungen
- **Technischer Fortschritt:** Intelligente Netze, dezentrale Energieerzeugung, Elektromobilität, etc.
- **Politik & Medien:** Förderung des Wettbewerbs, Gestaltung der Energiewende, Anreizregulierung, Branchen- und Firmenimage, etc.

In diesem Spannungsfeld ergeben sich für die ZEAG eingeschränkte Handlungsspielräume sowie ein Erlös- und Kostendruck, welchen wir mit Zielen und Maßnahmen begegnen, die

auf den in der folgenden Grafik dargestellten drei strategischen Stoßrichtungen der segmentübergreifenden Strategie „ZEAG 2020“ basieren.



Unter dem Motto bzw. dem strategischen Dreieck „**Regionalität – Wachstum – Effizienz**“ wurden aus den strategischen Planungen eine Vielzahl von Maßnahmen und Zielen abgeleitet. Dabei sind sowohl konkrete Ziele mit Bezug auf den Zeithorizont der strategischen Planung bis zum Jahr 2020 als auch Ziele ohne quantifizierte Zielvorgaben zu nennen, welche als Leitplanken für künftiges wirtschaftliches Handeln dienen. Die Ziele und Strategien haben sich dabei gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich geändert.

Die wesentlichen Ziele sowie deren aktueller Stand der Zielerreichung werden nachstehend näher beschrieben:

- **Steigerung des Anteils regenerativer Eigenerzeugung** durch Umsetzung von Onshore Windenergieprojekten in der Region Heilbronn-Franken (Motto: „Ökostrom aus der Region für die Region“). Zielwert 2020: 100 MW installierte Leistung.

Stand der Zielerreichung: Wir sind der Überzeugung, dass die Realisierung von Windenergieprojekten in unserer Heimatregion Heilbronn-Franken nur im Konsens und unter Einbindung der Bevölkerung realisiert werden kann. Zu diesem Zweck haben wir zusammen mit den betreffenden Kommunen bereits 13 Projektgesellschaften in der Rechtsform der GmbH & Co. KG gegründet, an welchen sich auch die Bürger über

Bürgerenergiegenossenschaften beteiligen können. Die untersuchten Standorte innerhalb dieser Projekte sind für weit über 200 MW installierter Leistung geeignet. Konkret liegt uns seit Mitte Januar 2014 die Baugenehmigung für eine Anlage (3 MW) vor, die noch in 2014 nach den Regelungen des EEG 2012 in Betrieb gehen soll. Die Realisierung aller anderen in Planung bzw. im Genehmigungsverfahren befindlichen Anlagen hängt u. a. davon ab, ob bzw. inwieweit die anstehende Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) auch künftig einen wirtschaftlichen Betrieb von Windenergieanlagen in Baden-Württemberg zulässt.

- **Sicherung unserer Konzessionswerte** durch Neuabschluss der bestehenden Konzessionsverträge sowie Neugewinnung zusätzlicher Konzessionen mit dem Ziel einer Arrondierung des Netzgebiets um Heilbronn.

Stand der Zielerreichung: Bei allen bestehenden und im Zeitraum der strategischen Planung auslaufenden Konzessionen konnten im Geschäftsjahr 2013 Neuabschlüsse oder zumindest grundsätzliche Commitments, die Konzession mit der ZEAG abzuschließen, erreicht werden. Unser Ziel, die Konzessionswerte zu sichern, wird nicht vollständig erreicht, wenn Kommunen unsere angebotene Option, das Netz in eine gemeinsame Gesellschaft einzubringen, ziehen. Dies ist nach dem Beschluss der Stadt Heilbronn der Fall, da der Gemeinderat hier die Grundsatzentscheidung getroffen hat, die Stromkonzession an eine gemeinsame Gesellschaft von ZEAG und HVG zu vergeben. Unser Ziel der Neugewinnung zusätzlicher Konzessionen konnte durch den Abschluss eines Konzessionsvertrags mit der Gemeinde Leingarten bzw. Grundsatzentscheidungen in den Kommunen Flein, Talheim und Untergruppenbach, einen solchen mit der ZEAG abzuschließen, erreicht werden. Am Stand der diesbezüglichen Zielerreichung sind im Zeitraum der strategischen Planung keine wesentlichen Änderungen mehr zu erwarten, da weitere in Frage kommende Kommunen die Konzessionen mit ihrem bisherigen Konzessionsnehmer verlängert haben.

- **Ausbau des Energievertriebs über unser Stammgebiet hinaus** durch profitables, nachhaltiges Wachstum. Ziel 2020: > 1.000 GWh Strom und > 500 GWh Gas.

Stand der Zielerreichung: Im Jahr 2011 haben wir die Voraussetzungen geschaffen, um unsere an den Kundenbedürfnissen ausgerichtete Produktpalette effizient auch außerhalb unseres Konzessionsgebiets vertreiben zu können. Dafür wurden u. a. entsprechend modifizierte Plattformen und Prozesse implementiert und neue Produkte entwi-

ckelt. Im Geschäftsjahr 2013 konnte dadurch im Segment Strom der Absatz an Endkunden auf 703 GWh (Vorjahr 598 GWh) und im Segment Gas auf 231 GWh (Vorjahr 223 GWh) gesteigert werden.

1.5. Steuerungssystem

Wirtschaftlicher Erfolg ist das Ergebnis von zielorientiertem, unternehmerischem Handeln. Die auf eine nachhaltige Wertsteigerung des Unternehmens ausgerichtete langfristige Unternehmenssteuerung orientiert sich am erwirtschafteten Wertbeitrag. Dieser ergibt sich nach Abzug der Kosten des eingesetzten Kapitals aus der erzielten Rendite. Zur Sicherstellung dieser Zielsetzung legen wir unseren beeinflussbaren Investitionsentscheidungen differenzierte, risikoadjustierte Kapitalkostensätze zugrunde. Für die kurzfristige Steuerung des ZEAG-Konzerns werden insbesondere die finanziellen Leistungsindikatoren Umsatzerlöse, EBIT, Finanzergebnis, EBT und Investitionen sowie als nicht finanzielle Leistungsindikatoren Absatzmengen sowie die Anzahl der Mitarbeiter verwendet.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Situation

Nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) vom 21. Januar 2014 liegt das globale Wirtschaftswachstum im Jahr 2013 mit + 3,0 % auf einem im langjährigen Vergleich ähnlich niedrigen Niveau wie im Vorjahr (+ 3,1 %). Die wirtschaftliche Entwicklung der Eurozone ist gemäß der Projektion des IWF zum zweiten Mal in Folge durch eine rezessive Entwicklung gekennzeichnet, wodurch sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um weitere - 0,4 % (Vorjahr - 0,7 %) reduzierte.

Auch die deutsche Wirtschaft konnte sich diesen Entwicklungen nicht entziehen. Dies schlug sich in einer gegenüber dem Vorjahr weiter reduzierten Wachstumsrate nieder. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts (Stand 15. Januar 2014) erhöhte sich das BIP 2013 geringfügig um schätzungsweise 0,4 % (Vorjahr + 0,7 %).

Versorgungsgebiet ZEAG

„Regionale Wirtschaft gewinnt an Fahrt“ – mit diesem Titel beschreibt die IHK Heilbronn-Franken in ihrem Wirtschaftslagebericht für das 3. Quartal 2013 die konjunkturelle Lage in der Region. Dabei haben sich sowohl die Einschätzung der Unternehmen zur aktuellen Geschäftslage gegenüber dem Vorquartal als auch der Ausblick für die Geschäftsentwicklung der nächsten 12 Monate verbessert. Wesentliche Änderungen der Rahmenbedingungen unserer Kunden oder ein wesentlich geändertes individuelles, konjunkturbedingtes Abnahmeverhalten konnten wir bisher nicht feststellen.

Europäische Energiepolitik

Energiebinnenmarkt / Erneuerbare Energien

Die EU-Kommission legte im Herbst 2013 ein Mitteilungspaket mit Orientierungshilfen zum Kapazitätsmarktdesign sowie zu nationalen Fördersystemen und Kooperationsmechanismen für erneuerbare Energien vor. Nach bisherigen Entwürfen soll hier ein engerer Rahmen insbesondere für die Förderung der erneuerbaren Energien gesetzt werden. Mit der vorgesehenen verstärkten Direktvermarktung und modifizierten Marktprämienmodellen hat der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung erste Elemente der Kommissionsvorstellungen bereits aufgenommen. Die Gestaltung von Kapazitätsmechanismen soll nach den Vorstellungen der Kommission möglichst marktnah und diskriminierungsfrei erfolgen. Mit der Einleitung von Beihilfverfahren im Dezember 2013 gegen das EEG als solches und gegen die besondere Ausgleichsregelung für energieintensive Industriebetriebe im Besonderen hat die Kommission deutlich gemacht, dass sie beides als Beihilfen wertet. Im Fall des EEG seien die Beihilfen genehmigungsfähig, da sie den Vorgaben der EU-Beihilfeleitlinien von 2008 entsprächen. Im Falle der besonderen Ausgleichsregelung für Industriekunden hält die Kommission die Beihilfen jedoch für rechtswidrig.

Emissionshandel

Aufgrund des deutlichen Preisverfalls bei Emissionshandelszertifikaten wurden 2013 in der Europäischen Union Vorschläge zur vorübergehenden Verknappung der handelbaren Zertifikate (Backloading) sehr kontrovers diskutiert. Erst in einem zweiten Anlauf hat sich das Europäische Parlament auf eine befürwortende Position geeinigt. Letztlich hat sich auch der Rat nach Zustimmung Deutschlands der Position angeschlossen, so dass im Dezember zunächst eine entsprechende Rechtsgrundlage für das Backloading verabschiedet werden konnte. Mit einem Abschluss des Gesamtverfahrens einschließlich notwendiger Durchführungsverordnungen wird im ersten oder zweiten Quartal 2014 gerechnet. In Bezug auf die

emissionshandelsrelevanten Vorschläge ist allerdings fraglich, ob diese umfassend genug sind bzw. konsensfähig sein werden, um kurzfristig eine substanzielle Stützung der Preise für Emissionshandelszertifikate – welche sich auch auf den für uns relevanten Großhandelsmarktpreis auswirken – zu erreichen.

Energiepolitik in Deutschland

Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes („EEG 2.0“)

Bereits im Koalitionsvertrag der Großen Koalition wurde ersichtlich, dass die Ausgestaltung der Energiewende ein zentrales Thema der neuen Bundesregierung sein wird. Der Bundeswirtschaftsminister hat am 21. Januar 2014 ein Eckpunktepapier für eine grundlegende Reform des EEG vorgelegt. Wesentliches Ziel hierbei ist es, die Kostendynamik des EEG zu durchbrechen und so die Steigerungen der Stromkosten für die Stromverbraucher zu begrenzen. Dies soll u. a. durch den Abbau von Überförderungen erreicht und verbindliche Ausbaukorridore sowie Instrumente zu deren wirksamer Steuerung definiert werden. Außerdem sollen alle Stromverbraucher angemessen an den Kosten beteiligt werden, das Grünstromprivileg gestrichen und Eigenverbrauch EEG-umlagepflichtig werden. Für Windenergie an Land wird ein jährlicher Zubau von 2.500 MW angestrebt. Für Binnenlandstandorte soll das bisherige Referenzertragsmodell so weiterentwickelt werden, dass an guten Binnenstandorten auch weiterhin ein wirtschaftlicher Betrieb möglich ist. Hier bleibt abzuwarten, ob unsere in Planung bzw. Projektierung befindlichen Anlagen den neuen Anforderungen genügen und danach noch wirtschaftlich realisiert werden können. Das neue EEG soll am 1. August 2014 in Kraft treten. Vor dem 22. Januar 2014 genehmigte und vor dem 31. Dezember 2014 in Betrieb gehende Anlagen sollen jedoch weiterhin nach den Bedingungen des EEG 2012 gefördert werden. Dies trifft für unsere Mitte Januar 2014 genehmigte Windenergieanlage in Ilshofen-Ruppertshofen zu, nicht jedoch für die weiteren in Planung befindlichen Anlagen.

Standortauswahlgesetz

Durch einen Kompromiss zwischen Bund, Ländern und Parteien im April 2013 konnte eine jahrzehntelange Debatte um die Endlagersuche beendet werden. Das daraus resultierende Standortauswahlgesetz trat am 27. Juli 2013 in Kraft. Die darin enthaltene Regelung zum Rücktransport aus der Wiederaufarbeitung ist allerdings erst am 1. Januar 2014 in Kraft getreten. Eine Bund-Länder-Kommission soll nun bis 2015 Grundlagen für die Standortsuche erarbeiten. Danach soll es keine weiteren Transporte mehr aus der Wiederaufarbeitung in das Zwischenlager Gorleben geben. In welche dezentralen Zwischenlager die Abfälle statt-

dessen verbracht werden, soll nach politischem Willen im Frühjahr 2014 geklärt werden. Die Auswirkungen der Regelungen im Standortauswahlgesetz waren im Geschäftsjahr 2013 wesentlichster Einzeleffekt für die außerordentlich hohe Kostenverrechnung für unseren Strombezug aus dem GKN.

Energieeinspargesetz

Der Bundesrat hat am 7. Juni 2013 das Energieeinspargesetz ohne Anrufung des Vermittlungsausschusses beschlossen. Damit bleibt es bei der vom Bundestag am 15. Mai 2013 beschlossenen Aufhebung des Betriebsverbots für elektrische Speicherheizungen, welche 2013 rund 10 % unserer Stromlieferungen an B2C-Kunden generierten. Das Gesetz ist am 13. Juli 2013 in Kraft getreten.

EEG-Umlage

Mitte Oktober 2013 haben die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) die EEG-Umlage für das Jahr 2013 veröffentlicht. Entsprechend deren Prognose steigt die nicht privilegierte EEG-Umlage von 5,277ct/kWh in 2013 auf 6,240 ct/kWh in 2014.

Energiepolitik in Baden-Württemberg

Mit der Änderung des Landesplanungsgesetzes im Mai 2012 wurden die bisherigen Vorranggebiete für die Windenergienutzung und der damit einhergehende Ausschluss der übrigen Gebiete zum 1. Januar 2013 aufgehoben. Ebenfalls im Mai 2012 wurde der Windenergieerlass verabschiedet. Der Erlass formuliert das von der Landesregierung angestrebte Ziel, bis zum Jahr 2020 mindestens 10 % des Stroms im Land aus heimischer Windenergie bereitzustellen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es erforderlich, im Land rund 1.200 neue Windenergieanlagen mit einer Leistung von je etwa 3 MW zu errichten. In einer Pressemitteilung vom 8. November 2013 wendet sich der Landesumweltminister gegen Bestrebungen, die Förderung der Stromerzeugung aus Windkraftanlagen zu beschränken. Darin weist er insbesondere darauf hin, dass die verbrauchsnahe Erzeugung in Süddeutschland aufgrund des hierfür entfallenden Netzausbaus Kostenvorteile bietet und die geographische Verteilung die Chance bietet, das zeitlich und räumlich variierende Windaufkommen nutzen zu können.

Regulierung der Strom- und Gasmärkte

Bereits im Jahr 2012 haben wir im Bereich der Stromverteilung gemäß der Festlegung der Landesregulierungsbehörde Baden-Württemberg alle erforderlichen Unterlagen für die Ermittlung des Ausgangsniveaus der für die zweite Periode der Anreizregulierung anerken-

nungsfähigen Kosten zur Bestimmung der Erlösobergrenze fristgerecht eingereicht. Die Kostenprüfung auf Basis des Jahres 2011 bildet die Grundlage für den Bescheid über die Erlösobergrenze für den Zeitraum der zweiten Anreizregulierungsperiode von 2014 bis 2018. Bislang steht der Bescheid allerdings noch aus. Es ist deshalb ungewiss, ob die Erlösobergrenze, die als Basis der für 2014 veröffentlichten Netznutzungsentgelte verwendet wurde, auch vollständig zu entsprechenden, in der Gewinn- und Verlustrechnung auszuweisenden Umsatzerlösen aus Netznutzungsentgelten führen wird.

Marktsituation Strom

Verbrauch

Nach ersten Schätzungen des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), Stand 12. Dezember 2013, ist der Bruttostromverbrauch in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um rund 1,8 % auf 596 Terawattstunden (TWh) zurückgegangen. Nach Einschätzung der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e. V. (AGEB) vom 18. Dezember 2013 ist der Energieverbrauch in Deutschland insgesamt insbesondere aufgrund der kühlen Witterung im 1. Halbjahr um 2,6 % gestiegen, wobei von der schwachen Konjunktur kaum verbrauchssteigernde Effekte ausgingen. Damit konnte sich der Stromverbrauch von der Entwicklung des gesamten Energieverbrauchs abkoppeln und zeigt damit Erfolge bei der gewünschten Steigerung der Energieeffizienz.

Strompreise für Privat- und Industriekunden

Der BDEW ermittelte in seiner Strompreisanalyse vom November 2013 für einen Musterhaushalt mit einem Jahresverbrauch von 3.500 kWh in 2013 monatliche Stromkosten von 84,12 € nach rund 75,51 € im Vorjahr. Davon entfallen rund 42,06 € (Vorjahr 34,18 €) auf staatlich induzierte Kosten. Seit 1998 sind die enthaltenen Aufwendungen für Steuern, Abgaben und Umlagen um rund 243 % gestiegen. Im gleichen Zeitraum haben die Preisbestandteile für Erzeugung, Transport und Vertrieb nur um rund 12 % zugenommen.

Für Industriekunden ermittelte der BDEW einen durchschnittlichen Strompreis inkl. Stromsteuer von 15,02 ct/kWh. Dem Anstieg gegenüber dem Vorjahr 2012 (14,33 ct/kWh) liegen gegenläufige Effekte zugrunde: Rückläufige Beschaffungskosten an den Strommärkten wurden dabei von den insbesondere durch das EEG weiter gestiegenen Umlagen überkompensiert.

Marktsituation Gas

Verbrauch

Nach vorläufigen Schätzungen der AGEB erhöhte sich der Erdgasverbrauch in Deutschland im Zeitraum von Januar bis Dezember 2013 gegenüber dem Vorjahr um etwa 6,7 %. Die Verbrauchsentwicklung wurde im Wesentlichen durch die kühle Witterung im 1. Halbjahr 2013 geprägt. Gegenläufig entwickelte sich der Erdgaseinsatz in der Stromerzeugung: Der klimapolitisch bedenkliche Trend, wonach die relativ umweltfreundlichen Gaskraftwerke aufgrund der bestehenden Preisdifferenz zwischen Kohle und Gas durch die Merit Order (Reihenfolge der Kraftwerkseinsätze nach Wirtschaftlichkeit) aus dem Markt gedrängt werden, hat sich weiter fortgesetzt.

Gaspreise für Privat- und Industriekunden

In seinem europäischen Gaspreisvergleich (Stand 26. November 2013) zeigt der BDEW, dass die Gaspreise für Haushalte inkl. Steuern und Umlagen unter dem diesbezüglichen Durchschnitt der Eurozone liegen, die Gaspreise für Industriekunden jedoch über dem Durchschnitt. Im 1. Halbjahr 2013 erhöhten sich danach die Gaspreise für Haushaltskunden gegenüber dem 1. Halbjahr 2012 um 3,8 %. Der Gaspreisanstieg für denselben Zeitraum betrug bei den Industriekunden 1,5 %.

2.2. Geschäftsverlauf

Gesamtbeurteilung zum Geschäftsverlauf des ZEAG-Konzerns

Der Geschäftsverlauf war im Jahr 2013 von gegenläufigen Entwicklungen gekennzeichnet. Der Konzern hat sich erfolgreich an seinen relevanten Märkten behauptet und durch Neuaquisitionen außerhalb des Stammgebiets – insbesondere im Segment Strom – Marktanteile hinzugewonnen. Dies hat neben Preiseffekten maßgeblich zu der deutlichen Steigerung der Umsatzerlöse auf 180,4 Mio. € (Vorjahr 155,6 Mio. €) beigetragen. Mit dem Grundsatzbeschluss des Heilbronner Gemeinderats, die auslaufende Konzession an eine gemeinsame Gesellschaft von ZEAG und HVG zu vergeben, konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr zudem ein wichtiger Meilenstein für die ZEAG erreicht werden.

Mit Ausnahme von Sondereffekten im Zusammenhang mit dem Strombezug vom GKN verlief die Ergebnisentwicklung planmäßig. Der Strombezug vom GKN war insbesondere durch die Auswirkungen des Standortauswahlgesetzes belastet. Danach werden die Kernkraftwerksbetreiber verpflichtet, die Kosten für die Erkundung und den Ausbau von Endlager-

stätten zu tragen, wofür entsprechende Rückstellungen zu bilden waren. Das Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT) erreichte 2,8 Mio. € und verfehlte damit das Vorjahresergebnis um 5,6 Mio. €. Das Finanzergebnis trug mit 4,7 Mio. € (Vorjahr 6,3 Mio. €) wiederum erheblich zum Konzernergebnis bei; aufgrund geringerer Gewinne aus dem Verkauf von Wertpapieren konnte das diesbezügliche Vorjahresergebnis jedoch nicht vollständig erreicht werden. Das Konzernergebnis vor Steuern (EBT) erreichte 8,3 Mio. € und schließt damit um 6,9 Mio. € unter dem des Vorjahres (15,2 Mio. €). Erkenntnisse nach dem Geschäftsjahresende, die eine abweichende Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur Geschäftslage erfordern würden, liegen uns nicht vor.

Prognoseabweichungen im ZEAG-Konzern

Prognose-Ist-Vergleich 2013	Einheit	Prognose	Ist	Abweichung
Finanzielle Leistungsindikatoren				
Umsatzerlöse	Mio. €	ca. 165,0	180,4	ca. 15,4
Operatives Ergebnis (EBIT)*	Mio. €	ca. 12,5	2,8	ca. -9,7
Finanzergebnis*	Mio. €	ca. 3,7	4,7	ca. 1,0
Ergebnis vor Steuern (EBT)	Mio. €	ca. 17,0	8,3	ca. -8,7
Investitionen*	Mio. €	ca. 34,0	9,7	ca. -24,3
Nicht finanzielle Leistungsindikatoren				
Absatz an Endkunden im Segment Strom*	GWh	ca. 644	703	ca. 59,0
Absatz an Endkunden im Segment Gas*	GWh	ca. 233	231	ca. -2,0
Mitarbeiterkapazitäten (ohne Auszubildende)*	Anzahl	ca. 149	156	ca. 7,0

* Prognosewerte wurden im Geschäftsbericht 2012 nicht veröffentlicht

Die Prognoseabweichungen beim Umsatz, Absatz, EBIT und EBT sind auf die in der Gesamtbeurteilung des Geschäftsverlaufs erläuterten Effekte zurückzuführen. Beim Finanzergebnis konnten insbesondere aufgrund des positiven Börsenumfeldes höhere Kursgewinne realisiert werden, als diese im Rahmen der Planung erwartet wurden. Die Investitionen in Immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen haben hingegen unsere Erwartungen erheblich unterschritten. Hierfür sind weitgehend Verzögerungen aufgrund langwieriger Genehmigungsverfahren bei den geplanten Windenergieprojekten ursächlich. Die Entwicklung beim Personalstand ist auch auf strukturelle Veränderungen zurückzuführen. So haben wir die Leitung der Berufsausbildung von einer Schwestergesellschaft des EnBW-Konzerns übernommen, des Weiteren wird die zugesicherte befristete Weiterbeschäftigung ehemaliger Auszubildender nicht mehr durch eine Personalleasinggesellschaft, sondern durch direkte Beschäftigungsverhältnisse realisiert.

2.3. Unternehmenssituation des ZEAG-Konzerns: Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Ertragslage

Absatz und Umsatz

Absatz Konzern in Mio. kWh	2013	2012	Veränderung in %
Strom	1.191	1.131	5,3
Gas	231	223	3,6
Umsatz Konzern in Mio. €	2013	2012	Veränderung in %
Strom	168,8	145,0	16,4
Gas	<u>11,6</u>	<u>10,6</u>	9,4
	<u>180,4</u>	<u>155,6</u>	15,9

Der Stromabsatz konnte im Berichtsjahr um 5,3 % auf 1.191 Mio. kWh gesteigert werden (Vorjahr 1.131 Mio. kWh). Der Stromverkauf an unsere Industrie- und Gewerbekunden (B2B) ist dabei durch die Akquisitionen von Industriekunden von einer überproportionalen Absatzsteigerung von 30,3 % gekennzeichnet und erhöhte sich auf 447 Mio. kWh (Vorjahr 343 Mio. kWh). Der Absatz an Privatkunden (B2C) erreichte 256 Mio. kWh (Vorjahr 255 Mio. kWh) und konnte damit erstmals seit der Liberalisierung der Strommärkte stabil gehalten werden. Akquisitionen außerhalb unseres Stammgebiets kompensierten dabei wettbewerbsbedingte Kundenverluste sowie rückläufigen Absatz aufgrund zunehmender Energieeffizienz. Die übrigen Stromlieferungen reduzierten sich um 8,4 % auf 488 Mio. kWh (Vorjahr 533 Mio. kWh). Insgesamt zeigt die erfreuliche Absatzentwicklung, dass unsere diesbezügliche strategische Neuausrichtung von den Kunden angenommen wird und erfolgreich umgesetzt werden kann.

Auch im Segment Gas war eine erfolgreiche Entwicklung zu verzeichnen. Der Absatz von Erdgas erhöhte sich um 3,6 % auf 231 Mio. kWh (Vorjahr 223 Mio. kWh). Bei den Industriekunden ist dabei ein weiterer wechselbedingter Rückgang eingetreten. Der deutlich gestiegene Absatz von Erdgas an unsere Privatkunden überkompensierte diesen jedoch. Neben dem Anstieg aus dem witterungsbedingt höheren Wärmebedarf im 1. Halbjahr 2013 resultierte diese Absatzsteigerung auch aus erfolgreicher Neukundenakquise.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte damit der Konzernumsatz nach Abzug von Strom- und Energiesteuer um 15,9 % auf 180,4 Mio. € gesteigert werden. Der Anteil des Außenumsatzes des Geschäftsfelds Strom am Konzernumsatz erhöhte sich von 93,2 % auf 93,6 %.

Die Umsatzerlöse im Segment Strom erreichten 168,8 Mio. € (Vorjahr 145,0 Mio. €) und übersteigen damit den Vorjahreswert um 16,4 %. Maßgeblich hierfür waren die überproportional gestiegenen Erlöse aus den Stromlieferungen an die B2B- und B2C-Kunden. Neben den Absatzsteigerungen haben hierzu insbesondere auch die erforderlichen Preismaßnahmen zur Weitergabe der höheren staatlich induzierten Umlagen beigetragen.

Im Segment Gas überkompensierten die mengen- und preisbedingt erhöhten Umsatzerlöse aus Gaslieferungen an B2C-Kunden die wettbewerbsbedingten Umsatzrückgänge im Bereich der B2B-Kunden. Die Netzentgelte für die Nutzung unserer Gasnetze verbesserten sich insbesondere aufgrund der erhöhten Erlösobergrenze für die 2. Regulierungsperiode. Insgesamt wurden daher im Bereich Gas Umsatzerlöse in Höhe von 11,6 Mio. € (Vorjahr 10,6 Mio. €) erzielt, die um 9,4 % über denen des Vorjahres liegen. Die dabei verrechneten intrasegmentären Umsatzerlöse aus der Belieferung des Heizwerks der ZEAG durch die GU betragen im Berichtsjahr unverändert 1,4 Mio. €.

Kostenentwicklung

Sowohl die Strombezugs- als auch die Gasbezugskosten prägten als die wesentlichen Kostentreiber im Berichtsjahr die Entwicklung der Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe wiederum maßgeblich.

Die Aufwendungen für den Strombezug sind im Berichtsjahr überproportional zum Umsatz um 25,1 % auf 118,7 Mio. € (Vorjahr 94,9 Mio. €) gestiegen. Neben dem absatzbedingt erhöhten Strombedarf war hierfür insbesondere die erhöhte Kostenverrechnung für unseren Erzeugungsanteil des GKN maßgeblich: Bei der Berechnung unserer anteiligen Betriebskosten durch die Betreibergesellschaft des GKN fließen erforderliche Zuführungen zu den Rückstellungen entsprechend kostensteigernd ein. Hier waren im Berichtsjahr insbesondere durch das bereits angeführte Standortauswahlgesetz, aber auch durch die Reduzierung des Diskontierungszinssatzes für die kerntechnischen Rückstellungen erhebliche Mehraufwendungen zu verzeichnen.

Trotz geringfügig erhöhter Gasbezüge reduzierten sich die Gasbezugskosten preisbedingt um rund 0,2 Mio. € auf 6,9 Mio. € (Vorjahr 7,1 Mio. €). Die geringeren spezifischen Gaspreise ermöglichten es uns, den Margenrückgang des Vorjahres wieder auszugleichen.

Die Personalaufwendungen erhöhten sich im Berichtsjahr auf 14,1 Mio. € (Vorjahr 12,8 Mio. €). Ursächlich für diesen Anstieg waren neben einer im Jahresdurchschnitt höheren Anzahl von Mitarbeitern auch die von den Tarifpartnern vereinbarte Erhöhung der Vergütungstarife zum 1. Januar 2013 um 3,1 % sowie erhöhte Aufwendungen für Altersversorgung und Altersteilzeit.

Bei der Entwicklung der übrigen Aufwendungen und Erträge waren die wesentlichsten Abweichungen bei den sonstigen betrieblichen Erträgen zu verzeichnen. Diese reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Mio. € auf 5,5 Mio. € (Vorjahr 5,9 Mio. €). Ursächlich hierfür waren vor allem geringere Verrechnungen gegenüber Gesellschaften des EnBW-Konzerns. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich geringfügig um 0,1 Mio. € auf 9,0 Mio. € (Vorjahr 8,9 Mio. €). Diese Mehraufwendungen stehen insbesondere im Zusammenhang mit den Veranstaltungen zu unserem 125-jährigen Firmenjubiläum, welches die Gesellschaft am 9. Dezember 2013 beging.

Beteiligungsergebnis

Das Beteiligungsergebnis setzt sich aus dem anteiligen Ergebnis der at equity in den Konzernabschluss einbezogenen Beteiligungen an der ZEAG Immobilien GmbH & Co. KG und der EE Bürgerenergie Heilbronn GmbH & Co. KG (0,3 Mio. €, Vorjahr 0,3 Mio. €) sowie dem übrigen Beteiligungsergebnis zusammen. Das übrige Beteiligungsergebnis erreichte aufgrund von Einmaleffekten aus der Veräußerung unserer Beteiligung an der European Energy Exchange AG (EEX) 0,5 Mio. € (Vorjahr 0,2 Mio. €).

Finanzergebnis

Das Finanzergebnis verringerte sich im Berichtsjahr um 1,6 Mio. € auf 4,7 Mio. € (Vorjahr 6,3 Mio. €), konnte aber dennoch wieder einen maßgeblichen Beitrag zum Konzernergebnis leisten. Dieser Rückgang ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass gegenüber dem Vorjahr in deutlich geringerem Umfang Wertpapiere veräußert und dementsprechend geringere Kursgewinne realisiert wurden.

Finanzlage

Die Entwicklung der Finanzlage im Konzern wird durch die Cashflow-Rechnung dargestellt.

Der operative Cashflow aus betrieblicher Tätigkeit konnte trotz des rückläufigen Ergebnisses vor Steuern (EBT) um 24,9 Mio. € auf 26,3 Mio. € gesteigert werden. Ursächlich waren die Veränderungen beim Working Capital, bei welchem insbesondere durch erhöhte Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber Schwestergesellschaften des EnBW-Konzerns geringere Mittelabflüsse zu verzeichnen waren.

Beim Cashflow aus Investitionstätigkeit wurde im Berichtsjahr ein Mittelzufluss in Höhe von 10,7 Mio. € (Vorjahr 20,1 Mio. €) erreicht. Die Mittelabflüsse für Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen in Höhe von 9,7 Mio. € (Vorjahr 10,3 Mio. €) wurden durch den Saldo aus den Ein- und Auszahlungen für Finanzinvestitionen, welche in hohem Maße aus Umschichtungen innerhalb unseres Wertpapierspezialfonds resultierten, erheblich überkompensiert. Mittelzuflüsse aus der Rückzahlung eines gewährten Darlehens waren entgegen dem Vorjahr (10,0 Mio. €) nicht zu verzeichnen.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit wird durch die Dividendenausschüttung geprägt. Aufgrund der von 1,80 € auf 3,00 € je Aktie erhöhten Dividende erhöhte sich der Mittelabfluss entsprechend von 6,9 Mio. € auf 11,4 Mio. €.

Der Konzern finanzierte sich im Geschäftsjahr 2013 überwiegend aus seiner betrieblichen Tätigkeit und war jederzeit ausreichend finanziert und damit in der Lage, seinen Zahlungsverpflichtungen uneingeschränkt nachzukommen. Verfügungsbeschränkungen hinsichtlich der Finanzmittel bestehen nicht. Von der freien Kreditlinie über insgesamt 5,0 Mio. €, die insbesondere zum Ausgleich kurzfristiger Liquiditätsschwankungen vereinbart ist, sind gegenwärtig 0,3 Mio. € für Avalkredite in Anspruch genommen.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme des Konzerns liegt per 31.12.2013 mit 351,4 Mio. € um 4,2 % über der des Vorjahres in Höhe von 337,1 Mio. €.

Auf der Aktivseite wird bei den langfristigen Vermögenswerten der investitionsbedingte Anstieg bei den immateriellen Vermögenswerten und Sachanlagen durch den rückläufigen Bestand an Finanzinstrumenten überkompensiert. Die kurzfristigen Vermögenswerte erhöh-

ten sich um 26,4 Mio. € auf 112,3 Mio. € (Vorjahr 85,8 Mio. €). Ursächlich hierfür war im Wesentlichen ein erhöhter Bestand an Zahlungsmitteln.

Auf der Passivseite reduzierte sich das Eigenkapital aufgrund rückläufiger Gewinnrücklagen um 6,5 Mio. € auf 222,1 Mio. € (Vorjahr 228,6 Mio. €). Hierfür war insbesondere die Dividendenausschüttung ursächlich, welche das Konzernergebnis des Geschäftsjahres übersteigt. Die langfristigen Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten waren dagegen weitgehend konstant. Dagegen erhöhten sich die kurzfristigen Schulden aufgrund gestiegener Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen auf 43,6 Mio. € (Vorjahr 21,8 Mio. €) deutlich. Dies ist im Wesentlichen auf erhöhte Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaften des EnBW-Konzerns zurückzuführen, wozu insbesondere der Strombezug aus dem GKN beigetragen hat, da hier unterjährig nur Abschläge in Höhe der ursprünglichen Planung geleistet wurden. Das bilanzielle Fremdkapital wird deshalb mit insgesamt 129,3 Mio. € (Vorjahr 108,4 Mio. €) und damit um 19,3 % über dem Stand des Vorjahres ausgewiesen.

Die Eigenkapitalquote erreichte zum 31.12.2013 mit 63,2 % (Vorjahr 67,8 %) nahezu das hohe Niveau der Vorjahre. Der Kapitaldeckungsgrad des langfristig gebundenen Vermögens hat sich im Verhältnis zum Eigenkapital auf 92,9% (Vorjahr 91,0 %) erhöht. Bezogen auf das langfristig dem Unternehmen zur Verfügung stehende Kapital ergibt sich ein Deckungsgrad von 128,7 % (Vorjahr 125,5 %). Mit dem sukzessiven Aufbau der hohen Eigenkapitalausstattung haben wir in der Vergangenheit die Grundlage geschaffen, die geplanten Wachstumsinvestitionen insbesondere für Windenergieanlagen in der Region Heilbronn-Franken, für welche bis 2020 erhebliche Mittel vorgesehen sind, auch unter Einbindung von Fremdkapital finanzieren zu können.

Wesentliche Veränderungen außerbilanzieller Verpflichtungen betreffen die Veränderungen des Bestellobligos für Sachanlagen, welches sich im Berichtsjahr von 1,0 Mio. € auf 6,3 Mio. € erhöht hat. Dieser Anstieg ist insbesondere auf den Auftrag zur Erstellung einer Windenergieanlage in Ruppertshofen zurückzuführen; deren Finanzierung aus den vorhandenen liquiden Mitteln vorgesehen ist. Bei den Eventualverbindlichkeiten aus personalwirtschaftlichen Verpflichtungen führt die bereits erläuterte organisatorische Anpassung – die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Netzservice, der Materialwirtschaft und die Ausbildung der ZEAG wurden zum 1. Januar 2013 zur NHF überführt – zu einem Anstieg der diesbezüglichen Verpflichtungen von 2,2 Mio. € auf 9,7 Mio. €. Aufgrund der vorgesehenen Modalitäten zur Konzessionsvergabe in Heilbronn bleibt die NHF Netzbetreiber auch für das

Verteilnetz in der Stadt Heilbronn, so dass mit einer Inanspruchnahme aus heutiger Sicht nicht zu rechnen ist.

Investitionen

Die Investitionen des ZEAG-Konzerns werden nach „Muss-Investitionen“ und „Kann-Investitionen“ unterteilt. Dabei stellen grundsätzlich alle Investitionen im Bereich der Strom- und Gasverteilernetze „Muss-Investitionen“ dar, da hier die Verpflichtungen aus dem EnWG und den diesbezüglichen Verordnungen sowie den Regelungen der Konzessionsverträge ursächlich für die Investitionsentscheidungen sind. Interne Regelungen im Rahmen der wertorientierten Unternehmensführung wie z. B. die Abhängigkeit der Investitionsfreigabe vom Ergebnis einer Wirtschaftlichkeitsrechnung, greifen hier nicht. Gleichwohl werden anstehende Maßnahmen intensiv auf deren Notwendigkeit geprüft und nach den Gesichtspunkten Personensicherheit, Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und unter Berücksichtigung der Vorgaben der Regulierungsbehörde optimiert.

Die Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen des Konzerns lagen im Geschäftsjahr 2013 mit 9,7 Mio. € um 0,6 Mio. € unter denen des Vorjahres (10,3 Mio. €).

Im Geschäftsfeld Strom wurden 8,8 Mio. € (Vorjahr 9,8 Mio. €) in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen investiert. Die Investitionstätigkeit im Bereich der Stromverteilung konzentrierte sich dabei im Berichtsjahr auf den Ausbau und die Erneuerung (6,9 Mio. €, Vorjahr 3,3 Mio. €) der Anlagen. Die größte Einzelmaßnahme mit 1,6 Mio. € stellte dabei der noch nicht abgeschlossene Ausbau unseres Umspannwerks Böllinger Höfe in Heilbronn dar, welcher insbesondere durch die Ansiedlung eines Zweigwerks des Audi-Standorts Neckarsulm im dortigen Industriegebiet erforderlich wurde. Den Ausbau unserer Erzeugungskapazitäten im Bereich der Erneuerbaren Energien konnten wir aufgrund der langwierigen Genehmigungsverfahren nicht im geplanten Umfang umsetzen. Wesentlicher Schwerpunkt waren dabei genehmigungsbegleitende bzw. vorbereitende Planungs- und Projektierungsmaßnahmen für Windenergieanlagen (0,9 Mio. €).

In den weiteren Ausbau und die Verdichtung des Gasverteilungsnetzes der GU investierten wir 0,9 Mio. € (Vorjahr 0,5 Mio. €). Maßgeblich für den Anstieg gegenüber dem Vorjahr war insbesondere eine erhöhte Nachfrage nach Hausanschlüssen.

Die Abschreibungen konnten im Berichtsjahr nahezu auf dem Niveau des Vorjahres gehalten werden (7,6 Mio. €, Vorjahr 7,6 Mio. €). Die Investitionen wurden somit zu 78,3 % (Vorjahr 73,8 %) aus Abschreibungen finanziert.

Mitarbeiter

Die Zahl der im Konzern am 31.12.2013 Beschäftigten lag einschließlich der Auszubildenden mit 186 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Vorjahr 169) planmäßig über dem Vorjahresstand. Zum Jahresende standen 21 junge Menschen im ZEAG-Konzern in einem Ausbildungsverhältnis. Damit halten wir unsere Ausbildungsaktivitäten weiterhin auf einem sehr hohen und deutlich über unserem betrieblichen Bedarf liegenden Niveau. Den erheblichen Veränderungen des Personalstands liegen insbesondere strukturelle Veränderungen zugrunde. So haben wir die Leitung der Berufsausbildung von einer Schwestergesellschaft des EnBW-Konzerns übernommen. Darüber hinaus wird die zugesicherte befristete Weiterbeschäftigung ehemaliger Auszubildender nicht mehr über eine Personalleasinggesellschaft, sondern durch direkte Beschäftigungsverhältnisse realisiert.

Personalstand 31.12.	2013	2012
Mitarbeiter/innen	165	150
Auszubildende	<u>21</u>	<u>19</u>
	<u>186</u>	<u>169</u>

Unsere innerbetrieblichen und externen Weiterbildungsmöglichkeiten orientieren sich sowohl an den Erfordernissen der Entwicklung des jeweiligen Berufsfeldes als auch an den gesetzlichen Vorgaben und dem individuellen Fortbildungsbedarf unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In diesem Zusammenhang räumen wir auch der Arbeitssicherheit und dem Umweltschutz, der als fester Bestandteil in die Berufsausbildung integriert ist, eine hohe Priorität ein.

Die Personalaufwendungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 10,2 % auf 14,1 Mio. € (Vorjahr 12,8 Mio. €). Neben der im Jahresdurchschnitt höheren Anzahl von Mitarbeitern haben zu diesem Anstieg auch die von den Tarifpartnern vereinbarte Erhöhung der Vergütungen zum 1. Januar 2013 um 3,1 % sowie erhöhte Aufwendungen für Altersversorgung und Altersteilzeit beigetragen.

Der Rechnungszinsfuß zur Berechnung der Pensionsrückstellungen wurde auch im Geschäftsjahr 2013 der allgemeinen Zinsentwicklung angepasst und von 3,8 % auf 3,75 % gesenkt.

Umweltmanagement

Der verantwortungsvolle Umgang mit unserer Umwelt ist für uns ein wichtiges Unternehmensziel. Wir gehen mit den verfügbaren Ressourcen verantwortungsbewusst um und setzen uns für die Vielfalt der natürlichen Lebensgrundlagen ein.

Mit der Einführung eines Umweltmanagementsystems entsprechend ISO 14001 im Jahr 2009 haben wir die Grundlagen für eine systematische Vorgehensweise bei der Umsetzung unserer Prozesse gelegt. In regelmäßigen internen und externen Audits wird die Funktionsfähigkeit unseres Umweltmanagementsystems stetig überprüft und dessen Wirksamkeit bestätigt. Der im ZEAG-Konzern implementierte kontinuierliche Verbesserungsprozess führt zu einer ständigen Weiterentwicklung und nachhaltigen Verbesserung unserer Umweltleistungen. In regelmäßigen Umweltschulungen werden unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Umweltfragen sensibilisiert und in der Anwendung unserer umweltrelevanten Prozesse geschult.

Mit der Vorstandsentscheidung, bis zum Jahr 2015 ein Energiemanagementsystem entsprechend der ISO 50001 einzuführen, haben wir einen weiteren Meilenstein für eine klimaschonende Produktion gesetzt. Das Energiemanagementsystem soll mit dem bestehenden Umweltmanagementsystem verzahnt werden, so dass hieraus in der täglichen Umsetzung ein Höchstmaß an Synergien geschöpft werden kann. Im Rahmen der konsequenten Umsetzung des Energiemanagementsystems erwarten wir eine weitere deutliche Reduktion unserer energetischen Betriebsverbräuche und damit auch entsprechende Kosteneinsparungen.

2.4. Unternehmenssituation der ZEAG Energie AG: Finanzlage, Vermögenslage, Ergebnis und Dividendenvorschlag

Tätigkeitsabschlüsse gem. § 6b EnWG

Gemäß dem Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz – EnWG) haben vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen in ihrer internen Rechnungslegung jeweils getrennte Konten zu führen und für jede ihrer Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG einen gesonderten Tätigkeitsabschluss aufzustellen. Die ZEAG Energie AG ist dabei in den Tätigkeitsbereichen „Elektrizitätsverteilung“ sowie „Andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors“ tätig. Der Tätigkeitsbereich „Elektrizitätsverteilung“ umfasst dabei die wirtschaftliche Nutzung des Eigentumsrechts an dem Elektrizitätsversorgungsnetz der ZEAG Energie AG durch dessen Verpachtung an die 100 %-ige Tochtergesellschaft NHF Netzgesellschaft Heilbronn-Franken mbH (NHF). Die Erzeugung und der Vertrieb von elektrischer Energie sowie die Erbringung von Netz- und netznahen Dienstleistungen werden in den „Anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors“ erfasst. Vermögen und Schulden sowie Erträge und Aufwendungen werden den Tätigkeiten auf Basis von Konten und Geschäftsbereichen direkt zugeordnet. Nur in Fällen, in denen dies nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist, werden Schlüsselungen oder Kostenumlagen sachgerecht vorgenommen. Die im Anhang der Gesellschaft genannten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden finden auch auf die Tätigkeitsabschlüsse entsprechende Anwendung. Die Tätigkeitsabschlüsse werden gemeinsam mit dem geprüften Jahresabschluss beim Bundesanzeiger zur Veröffentlichung eingereicht.

Unternehmenssituation

Die Unternehmenssituation der ZEAG Energie AG wurde im Geschäftsjahr 2013 überwiegend durch das Geschäftssegment Strom geprägt. Die vorstehenden Erläuterungen zum ZEAG-Konzern beschreiben, soweit diese den Strombereich darstellen, deshalb auch die Geschäftsentwicklung der ZEAG Energie AG.

Investitionen

Nach 9,6 Mio. € im Vorjahr wurden im Berichtsjahr 7,1 Mio. € in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen investiert.

Schwerpunkt der Investitionstätigkeit im Berichtsjahr bildeten der Ausbau und die Erneuerung unseres Stromverteilungsnetzes (6,2 Mio. €, Vorjahr 3,3 Mio. €). Das Bestellobligo für Sachanlagen zum 31. Dezember 2013 betrug 4,9 Mio. € und wird wie bei den Erläuterungen zum Konzern ausgeführt finanziert.

Finanzlage

Die Finanzlage im Konzern wird maßgeblich durch die Finanzierungskraft der ZEAG Energie AG beeinflusst.

Die Gesellschaft finanzierte sich im Geschäftsjahr 2013 überwiegend aus der betrieblichen Tätigkeit. Sie war jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen und war damit ausreichend finanziert.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Gesellschaft erhöhte sich insbesondere aufgrund erhöhter Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen per 31.12.2013 von 254,4 Mio. € um 8,1 % auf 275,0 Mio. €. Das Eigenkapital erhöhte sich von 165,0 Mio. € auf 166,5 Mio. € und erreichte eine Eigenkapitalquote von 60,5 % (Vorjahr 64,9 %).

Ertragslage

Ergebnis

Absatz in Mio. kWh	2013	2012	Veränderung in %
Strom	1.170	1.111	5,3
Umsatz in Mio. €	2013	2012	Veränderung in %
Strom	139,5	115,5	20,8
Pacht und Dienstleistungen	<u>25,8</u>	<u>35,4</u>	-27,1
	<u>165,3</u>	<u>150,9</u>	9,5

Die Entwicklungen bei Stromabsatz und Stromumsatz entsprechen bezüglich der Lieferungen an unsere B2B- und B2C-Kunden denen des ZEAG-Konzerns. Ursächlich für den gegenüber dem Konzern geringeren Stromabsatz sind insbesondere die im Konzernabsatz enthaltenen Lieferungen von EEG-Strom unserer Tochtergesellschaft NHF an den Übertragungsnetzbetreiber TransnetBW GmbH. Die Erlöse aus Pacht und Dienstleistungen werden im Wesentlichen durch die entsprechenden Beauftragungen unserer Netzgesellschaft NHF

beeinflusst. Aufgrund der erläuterten Umgliederung betrieblicher Einheiten von der ZEAG zur NHF zum 1. Januar 2013 reduzierten sich die für NHF erbrachten Dienstleistungen signifikant. Im Gegenzug reduzierte sich der Personalaufwand aufgrund der Personalüberleitung zur NHF um 3,7 Mio. €. Unter Einbeziehung der Verlustübernahme gemäß dem Beherrschungsvertrag resultierten aus der Umgliederung keine wesentlichen Auswirkungen auf das Ergebnis.

Das EBIT (Ergebnis vor Beteiligungs- und Finanzergebnis und Steuern) verminderte sich um 5,6 Mio. € auf 9,8 Mio. € (Vorjahr 15,4 Mio. €). Maßgeblich für diesen Rückgang war vor allem der erhöhte Aufwand für den Strombezug aus dem GKN. Ohne die um 3,1 Mio. € über dem Vorjahreswert liegenden sonstigen betrieblichen Erträge, die insbesondere durch Auflösung von Rückstellungen und Anlagenabgänge begünstigt waren, wäre der Rückgang entsprechend höher ausgefallen.

Das Ergebnis vor Steuern (EBT) erreichte 14,1 Mio. € und liegt damit um 4,5 Mio. € unter dem entsprechenden Vorjahreswert von 18,6 Mio. €. Ursächlich für die gegenüber dem EBIT geringere Abweichung war ein verbessertes Beteiligungs- und Finanzergebnis, welches insbesondere durch einen deutlich geringeren Aufwand für Verlustübernahme gekennzeichnet war. Nach Verrechnung der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag wird ein um 2,5 Mio. € verminderter Jahresüberschuss von 12,9 Mio. € (Vorjahr 15,4 Mio. €) ausgewiesen.

Prognoseabweichungen Einzelabschluss

Die Umsatzerlöse konnten 2013 durch preis- und mengenbedingt gesteigerte Stromlieferungen an unsere Endkunden erheblich über die im Geschäftsbericht 2012 veröffentlichte Prognose von rund 157 Mio. € hinaus gesteigert werden. Das erwartete Ergebnis vor Steuern in Höhe von rund 19 Mio. € wurde hingegen aufgrund der erläuterten Belastungen des Strombezugs aus dem GKN deutlich verfehlt.

Dividendenvorschlag

Vorstand und Aufsichtsrat werden den Aktionären auf der am 13. Mai 2014 stattfindenden Hauptversammlung vorschlagen, für das Geschäftsjahr 2013 trotz des rückläufigen Ergebnisses eine unveränderte Dividende in Höhe von 3,00 € (Vorjahr 3,00 €) je Stückaktie auszusütten.

3. Erklärung über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Der Vorstand der ZEAG Energie AG hat für das Geschäftsjahr 2013 gemäß § 312 AktG wiederum einen Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen (Abhängigkeitsbericht) erstellt, der mit folgender Erklärung schließt:

„Unsere Gesellschaft hat bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften nach den Umständen, die uns zum Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Es wurden keine Maßnahmen auf Veranlassung der EnBW Energie Baden-Württemberg AG als herrschendes Unternehmen getroffen oder unterlassen, durch die die ZEAG Energie AG und die mit ihr verbundenen Unternehmen als die mit dem herrschenden Unternehmen verbundenen Gesellschaften benachteiligt wurden.“

4. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung mit Auswirkung auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des Konzerns bzw. der Gesellschaft sind nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2013 nicht eingetreten.

5. Risiko- und Chancenbericht

5.1. Grundsätze und Struktur des Risiko- und Chancenmanagements

Unternehmerisches Handeln ist in einem durch zunehmenden Wettbewerb und politische Einflüsse sowie technischen Wandel geprägten Marktumfeld untrennbar mit Risiken verbunden. Wir definieren den Begriff Risiko bzw. Chance als Ereignis oder Mehrzahl von Ereignissen, welche künftig negative oder positive Abweichungen auf unsere gesetzten Ziele entfalten können. Risiken können entweder aus grundsätzlich kalkulierbaren, aber dennoch der Zufälligkeit unterliegenden, oder aber aus nicht vorhersehbaren Ereignissen entstehen. Chancen können aus Änderungen der Rahmenbedingungen oder innerhalb der einzelnen

Geschäftstätigkeit entstehen. Chancen sind oftmals auch die Gegenpositionen der entsprechenden Risiken.

Die Bewertung von Risiken und Chancen erfolgt in der Regel anhand von drei Szenarien – Kleinst-, Mittel- und Höchstscha-den bzw. Chance – wobei für jedes Szenario eine Eintrittswahrscheinlichkeit definiert und der jeweilige Risiko- bzw. Chancenwert ermittelt wird. Die ermittelten Werte stellen dabei Nettowerte dar, da bei der Wertermittlung risikobegrenzende Maßnahmen berücksichtigt werden. Ein Ziel der Unternehmensführung bzw. -steuerung ist dabei, bestandsgefährdende Risiken von vorne herein zu vermeiden.

Wir begegnen den Risiken mit einem umfassenden Risikomanagementansatz als festem Bestandteil unseres Unternehmenssteuerungsmodells. Der ZEAG-Konzern orientiert sich dabei an dem Risikomanagementsystem des EnBW-Konzerns und nutzt für seine Zwecke die diesbezüglichen Instrumente wie z. B. die IT-Tools. Die an unsere Verhältnisse angepassten Regelungen des EnBW-Konzerns und unser Risikomanagementhandbuch sind als verbindliche Richtlinie für den ZEAG-Konzern implementiert. Der Risikomanagementprozess ermöglicht unter Nutzung des internen Kontrollsystems (IKS) die regelmäßige Identifizierung, Bewertung und Dokumentation von Risiken und versetzt die Unternehmensleitung in die Lage, bestandsgefährdende Risiken frühzeitig zu erkennen, zu analysieren und geeignete Maßnahmen zur Gegensteuerung zu ergreifen. Die Wirksamkeit unseres Risikofrüherkennungssystems wird durch jährliche Risikoinventuren überprüft und laufend aktualisiert bzw. an sich verändernde Risikopositionen angepasst. Das Risikofrüherkennungssystem wird auch im Rahmen der jährlichen Abschlussprüfung beurteilt. Der grundsätzliche Betrachtungshorizont des Risikomanagements erstreckt sich dabei über den mittelfristigen Planungszeitraum von 2014 bis 2016. Die implementierten Prozesse fokussieren sich dabei derzeit vornehmlich auf die Risiken. Eine systematische Erfassung der Chancen wird künftig angestrebt.

Im Geschäftsjahr 2013 wurde mit der Umsetzung eines Projekts zur Verzahnung des Risikomanagements mit dem in den Geschäftsprozessen verankerten internen Kontrollsystem (IKS) mit dem Ziel begonnen, diese Anforderungen künftig mit einem ganzheitlichen System, dem integrierten Risikomanagement (iRM), zu erfüllen. Das iRM orientiert sich an dem international etablierten COSO II Rahmenwerk als Standard für unternehmensweites Risikomanagement. Das iRM hat zum Ziel, eine wirksame und effiziente Identifikation, Bewertung, Steuerung der Risiken und Chancen – inklusive Überwachung der Wirksamkeit der ergriffenen Maßnahmen – und Berichterstattung über die Risiko- und Chancenlage sowie

über die Angemessenheit und Funktionsfähigkeit der Prozesse zu gewährleisten. Das Projekt wird im laufenden Geschäftsjahr 2014 weiter umgesetzt.

5.2. Wesentliche Merkmale des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems

Neben dem in den Geschäftsprozessen verankerten IKS ist bei der ZEAG ein rechnungslegungsbezogenes IKS etabliert, welches eine ordnungsgemäße und verlässliche Finanzberichterstattung sicherstellen soll. Das rechnungslegungsbezogene IKS der ZEAG orientiert sich prozessual und systemseitig wie die übrigen Risikomanagementsysteme an der diesbezüglichen Infrastruktur des EnBW-Konzerns. Die Wirksamkeit dieses IKS wird durch eine regelmäßige Prüfung der Eignung und Funktionsfähigkeit der konzernweiten Kontrollmechanismen auf Einzelgesellschafts- sowie Konzernebene gewährleistet. Sind bestehende Kontrollschwächen identifiziert und ist ihre Relevanz für den Jahresabschluss erörtert, werden sie zeitnah behoben. Basis der rechnungslegungsbezogenen IKS-Methodik ist der COSO-Standard, ein international etablierter Rahmen für interne Kontrollsysteme.

Sofern die Kontrollmechanismen einen standardisierten und überwachten Reifegrad erreichen und keine wesentlichen Kontrollschwächen vorhanden sind, wird das rechnungslegungsbezogene IKS als wirksam eingestuft. Der Reifegrad ergibt sich aus dem unternehmensinternen Verständnis von diesem IKS als sinnvollem Instrument der Risikovorsorge und dem Umsetzungsgrad der konzernweiten Methodik in den Konzerngesellschaften. Die Wesentlichkeit von Kontrollschwächen bemisst sich an der Eintrittswahrscheinlichkeit und dem Umfang einer möglichen Falschaussage im Verhältnis zu den betroffenen Jahresabschlussposten. Als ein Teil des rechnungslegungsbezogenen IKS definiert das rechnungslegungsbezogene Risikomanagementsystem Maßnahmen zur Identifizierung und Bewertung von Risiken, die das Ziel eines regelkonformen Jahresabschlusses gefährden. Trotz dieses etablierten IKS besteht keine absolute Sicherheit in Bezug auf die Zielerreichung sowie die Vollständigkeit. Die Leistungsfähigkeit dieses IKS kann in Einzelfällen durch unvorhergesehene Veränderungen im Kontrollumfeld, kriminelle Handlungen oder menschliche Fehler beeinträchtigt werden.

Der ZEAG-Konzern verfügt über einen IKS-Verantwortlichen. Dieser überwacht die Wirksamkeit des IKS und bewertet aufgetretene Kontrollschwächen. Ein risikoorientiertes Auswahlverfahren definiert dabei die wesentlichen Jahresabschlussposten und Prozesse einschließlich erforderlicher Kontrollen. Grundlage dieses Auswahlverfahrens sind quantitative

und qualitative Risikoindikatoren. Jährlich wird ein IKS-Bericht erstellt, der vom Vorstand genehmigt wird.

Die Vollständigkeit und Konsistenz der Jahresabschlusserstellung und -offenlegung wird durch standardisierte Prozesse sichergestellt. Das rechnungslegungsbezogene IKS definiert die Kontrollen zur Einhaltung der Konzernbilanzierungsrichtlinien sowie der Verfahrensanweisungen und Zeitpläne der einzelnen Rechnungslegungsprozesse. Ein jährlicher Regelkreislauf überwacht die Aktualität der Dokumentation, die Eignung sowie die Funktionalität der Kontrollen; zudem identifiziert und bewertet er auftretende Kontrollschwächen. Ein risikoorientiertes Auswahlverfahren definiert die wesentlichen Jahresabschlussposten und Prozesse einschließlich Kontrollen. Grundlagen für dieses Auswahlverfahren sind quantitative und qualitative Risikoindikatoren. Ein zentrales Dokumentationssystem erfasst die definierten Prozesse und Kontrollen. Im Anschluss wird die Wirksamkeit dieser Kontrollaktivitäten beurteilt. Hierbei wird analysiert, ob die Kontrollaktivitäten grundsätzlich geeignet sind, die Risiken einer fehlerhaften Finanzberichterstattung zu reduzieren. Zudem wird durch eine regelmäßige Überwachung der Kontrolldurchführung und deren Dokumentation die Funktionsfähigkeit der festgelegten Kontrollen überprüft. Werden Kontrollschwächen festgestellt, schließt sich eine Bewertung der Auswirkungen auf den Jahresabschluss an. Die Ergebnisse fließen in die Risikoberichterstattung ein.

5.3. Risiko- und Chancenlage

Wie bereits erläutert, beziehen sich der grundsätzliche Betrachtungs- und insbesondere der Bewertungshorizont der Risiken und Chancen auf den dreijährigen Zeitraum der jeweiligen Mittelfristplanung. Bei der Beurteilung der nachfolgend aufgeführten Risiken bzw. deren Chancen wird, sofern eine monetäre Bewertung möglich ist oder durchgeführt wurde, insbesondere deren mögliche Auswirkung auf die Zielerreichung im Prognosejahr 2014 analysiert. Sofern nicht explizit auf den Gasvertrieb oder die Gasverteilung verwiesen wird, sind alle nachfolgend aufgeführten Risiken dem Segment Strom zuzuordnen.

Zins- und Inflationsentwicklung

Die infolge der europäischen Staatsschuldenkrise rückläufige Zinsentwicklung erforderte im Konzernabschluss eine weitere Reduzierung des Diskontierungszinssatzes für Pensionsverpflichtungen. Auch bei der Bestimmung der Kernenergierückstellungen bei der Betreibergesellschaft des GKN führte im Geschäftsjahr 2013 die weitere Reduzierung des Diskontierungszinssatzes von 5,4 % auf 5,0 % zu Mehraufwendungen. Die künftige Entwick-

lung kann sowohl eine weitere Absenkung als auch eine Anhebung erfordern, so dass hier gleichermaßen Risiken und Chancen bestehen.

Preis- und Mengenentwicklung im Energiebereich

Preisänderungsrisiken aus längerfristigen Lieferverpflichtungen werden grundsätzlich durch kongruente Einkaufsgeschäfte gedeckt. Durch unser Energiebeschaffungsmodell werden Mengenrisiken weitgehend abgedeckt. Risiken bestehen auch hinsichtlich der Verfügbarkeit von Erzeugungskapazitäten, welche bei ungeplanten Ausfällen für die vorgesehene Vermarktung nicht zur Verfügung stehen und dadurch die geplante Eigenerzeugungsmarge schmälern. Das mit einer sehr geringen Eintrittswahrscheinlichkeit bewertete Risiko für 2014 beträgt rund 6 Mio. €. Chancen auf eine wieder erhöhte Eigenerzeugungsmarge können sich durch steigende Großhandelspreise ergeben, welche jedoch erst außerhalb des Prognosezeitraums Wirkung entfalten können. Hierzu kann die in der politischen Diskussion befindliche bzw. beabsichtigte Verknappung und damit einhergehende Verteuerung der CO₂-Zertifikate beitragen.

Markt und Wettbewerb

Sowohl der Strom- wie auch der Gasmarkt sind von einer anhaltend hohen Wettbewerbsintensität geprägt. Daraus ergeben sich sowohl im B2B- wie auch im B2C-Kundensegment erhöhte Preis- und Margenrisiken. Zusätzlich sehen wir uns dem Risiko ausgesetzt, dass sich Preismaßnahmen, selbst wenn diese nur die gestiegenen Umlagen wälzen, zu einer steigenden Wechselbereitschaft der Kunden führen können. Diese Risiken bilden wir zum einen über eine angemessene Wechselquote in unserer Planung ab, zum anderen begegnen wir diesen durch unsere Wachstumsstrategie außerhalb des Stammgebiets, welche die Chance auf über Plan liegende Neukundenakquisitionen bietet. Die starke Position der ZEAG in ihrem Versorgungsgebiet bietet zudem Chancen, über die klassische Rolle als Versorger hinaus Energieberater und Energiedienstleister zu sein. Neben den bisher bereits vermarkteten Dienstleistungen kann hier künftig z. B. auch das Thema Energieeffizienz von wachsender Bedeutung sein und neue Wachstumspotenziale eröffnen.

Wiederabschluss und Neuabschluss von Konzessionsverträgen

Der Betrieb unserer Verteilnetze basiert auf Konzessionsverträgen, welche die Bedingungen regeln, zu welchen einem Energieversorgungsunternehmen (EVU) von einer Kommune die erforderlichen Rechte zur leitungsgebundenen Energieversorgung gewährt werden. Hierfür ist an die Kommune eine Konzessionsabgabe zu entrichten. Nach Ablauf der Vertragsdauer von maximal zwanzig Jahren hat die Kommune die Möglichkeit, anstelle eines Neuab-

schluss mit dem bisherigen Konzessionsnehmer die Konzession an ein anderes EVU zu vergeben oder die Energieversorgung in Eigenregie zu übernehmen. Im Geschäftsjahr 2013 konnten sowohl grundsätzliche Übereinkommen zu den ausgelaufenen sowie auslaufenden Konzessionen wie auch Grundsatzentscheidungen zum Neuabschluss der Stromkonzessionen in den Gemeinden Flein, Talheim und Untergruppenbach erzielt werden. Aus den neuen Konzessionen ergeben sich in künftigen Jahren, d. h. frühestens ab 2015, Chancen auf zusätzliche Erträge. Eine neue Situation ergibt sich in Heilbronn. Hier wurde vom Gemeinderat entschieden, die Konzession an eine gemeinsame Gesellschaft zwischen ZEAG und Heilbronner Versorgungs GmbH (HVG) zu vergeben. Die Übertragung des Stromverteilungsnetzes in diese noch zu gründende Gesellschaft soll aus heutiger Sicht bereits in 2014 durchgeführt werden. Wie in der Ad-hoc Mitteilung nach § 15 WpHG vom 12. Dezember 2013 ausgeführt, wird die ZEAG Energie AG in ihrem Einzelabschluss nach HGB abhängig vom Übertragungsweg und vom Umfang des zu übertragenden Vermögens voraussichtlich einen Buchgewinn vor Steuern zwischen ca. 18 Mio. € und ca. 35 Mio. € erzielen können. Gegenläufig werden der ZEAG die Erträge aus dem übertragenen Vermögen künftig nur noch anteilig zustehen. Für den ZEAG-Konzern insgesamt wird, da die neue Gesellschaft vollkonsolidiert einbezogen werden soll, das Gesamtergebnis voraussichtlich nicht tangiert; der den Aktionären der ZEAG zustehende Anteil am Gesamtergebnis wird sich jedoch dadurch vermindern. Diesem Risiko steht jedoch aus unserer Sicht die Chance gegenüber, dass die aus der Übertragung resultierenden Mittelzuflüsse für die vorgenannten Wachstumsinvestitionen zur Verfügung stehen und hieraus höhere Mittelzuflüsse generiert werden können. Zudem eröffnet die gemeinsame Gesellschaft Chancen für eine weitere Vertiefung der Zusammenarbeit mit der HVG mit dem Ziel, zusätzliche Synergien zu heben.

Kernbrennstoffsteuer

Am 1. Januar 2011 ist das Kernbrennstoffsteuergesetz in Kraft getreten. Es sieht eine Steuer von 145 € pro eingesetztem Gramm Kernbrennstoff vor. Die Steuer soll von 2011 bis 2016 erhoben werden. Die erheblichen Belastungen für unser Ergebnis haben wir in unseren Planungen vollständig berücksichtigt. Im November 2013 hat das Hamburger Finanzgericht diesen Fall aufgrund von Zweifeln an der Vereinbarkeit mit dem Europarecht dem Europäischen Gerichtshof vorgelegt. Die von den Kernkraftwerks-Betreiberesellschaften eingereichten Klagen zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit der Kernbrennstoffsteuer sind ebenfalls noch anhängig. Hier besteht grundsätzlich die Chance auf Rückerstattung, welche wir allerdings als gering beurteilen.

Endlagerung hochradioaktiver Abfälle

Am 27. Juli 2013 ist das Standortauswahlgesetz zur Suche eines Endlagers für hochradioaktiven Abfall in Kraft getreten. Der durch diesbezügliche Rückstellungszuführungen belastete Strombezug aus dem GKN war in 2013 ursächlich für die Abweichung der finanziellen Ziele. Gemäß der Verordnung über Vorausleistungen für die Einrichtung von Anlagen des Bundes zur Sicherstellung und zur Endlagerung radioaktiver Abfälle (Endlager VIV) sind die Kosten für die Erkundung von Lagerstätten durch die die Kernkraft nutzenden Unternehmen zu tragen. Die rechtliche Verpflichtung der Betreiber, die Kosten einer zu Gorleben alternativen Standortsuche zu tragen, ist strittig. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass sich durch die Kosten der Erkundung und des Ausbaus von Endlagerstätten sowie für die Endlagerung selbst, künftig weitere nicht in der Planung berücksichtigte Belastungen ergeben.

Energiewende

Durch die Energiewende ergeben sich Chancen, da neben der Bundespolitik insbesondere auch die Landesregierung verbesserte Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien verabschiedet hat. Die aktive Mitgestaltung der Energiewende, welche wir insbesondere durch den Bau von Windenergieanlagen in der Region – im Konsens und unter Beteiligung der Bürger – vorantreiben wollen, stellt einen wesentlichen Eckpfeiler unserer Strategie dar. Nachdem die neue Bundesregierung beabsichtigt, bereits 2014 die Rahmenbedingungen des EEG 2012 durch eine grundlegende Reform („EEG 2.0“) zu verändern, hat sich die Chancenlage durch die aktuell bestehende Planungsunsicherheit verschlechtert. Gleichwohl gehen wir davon aus, dass es künftig trotzdem möglich sein wird, Windenergieanlagen in Baden-Württemberg zu wirtschaftlichen Bedingungen bauen und betreiben zu können.

Regulatorisches Umfeld

Im Rahmen der Anreizregulierung werden für alle Strom- und Gasnetzbetreiber in Deutschland individuelle Erlösobergrenzen für die Netznutzungsentgelte in der jeweiligen Regulierungsperiode festgelegt. Für die Regulierungsperiode der Stromnetze ab 2014 haben wir fristgerecht in 2012 die Anträge zur Kostenprüfung eingereicht, der diesbezügliche Bescheid hierzu steht allerdings noch aus. Das Risiko bzw. die Chance besteht darin, dass die in unserer Planung berücksichtigte Erlösobergrenze sowohl nach oben wie nach unten von dem finalen Bescheid der Landesregulierungsbehörde abweichen kann.

Die weitere Ausgestaltung der Anreizregulierung und die Einführung weiterer möglicher Regulierungsmaßnahmen seitens der Bundesnetzagentur beziehungsweise der für uns zuständigen Landesregulierungsbehörde verfolgen wir weiterhin aufmerksam.

Rechtliche Grundlagen

Risiken bestehen auch im Themenkomplex Preisanpassungsklauseln. Die im ZEAG-Konzern verwendeten Preisanpassungsklauseln wurden der jeweils aktuellen Rechtsprechung angepasst. Nach wie vor fehlt es aber an einer umfassenden höchstrichterlichen Rechtsprechung, welche alle anstehenden Fragen klärt, so dass Risiken aus der Fortentwicklung der Rechtsprechung nicht ausgeschlossen werden können.

Finanzwirtschaftliche Perspektiven und Derivate

Aus dem operativen Geschäft ergeben sich Zinsrisiken sowie Kurs- und Preisänderungsrisiken. Zinsrisiken begegnen wir durch Anlage freier liquider Mittel zu einem Festzinssatz über einen festen Zeitraum. Den Anlageentscheidungen liegt die jeweils gültige Treasury-Richtlinie zugrunde. Ziel dieser Richtlinie ist es unter anderem, das Unternehmen gegen finanzielle Risiken abzusichern. Bei weiterhin volatilen Notierungen an den Finanzmärkten könnte es zu weiteren Abschreibungen auf Wertpapiere in unserem Wertpapierdepot bzw. Wertpapierspezialfonds kommen. Aufgrund der Entwicklung der Finanzmärkte ist eine Kurssicherung unter Berücksichtigung des Marktumfelds und der deshalb erhöhten Risikoprämien gegenwärtig wirtschaftlich nicht sinnvoll, so dass zum Bilanzstichtag keine Finanzderivate zu bilanzieren waren. Das Marktumfeld wird hinsichtlich einer Kurssicherung laufend geprüft und ggf. wieder aufgenommen. Risikomindernd wirkt die bereits in erheblichem Umfang umgesetzte Anlagestrategie, nach welcher mittelfristig Aktien und ähnliche Anlagen in risikoärmere Assetklassen umgeschichtet werden sollen. Die Risiko- und Chancenausprägung aus der weiteren Kursentwicklung sehen wir ausgewogen. Zum Bilanzstichtag wurde der diesbezügliche Höchstschaten mit 11,7 Mio. €, die Höchstchance mit 13,2 Mio. € bewertet.

Der Nominalwert von als Energiederivate auszuweisende Beschaffungen von Strom und Erdgas betrug per 31. Dezember 2013 rund 1,0 Mio. €, der geringfügig höhere Marktwert zum Bilanzstichtag lag gerundet ebenfalls bei 1,0 Mio. €. Risiken und Chancen oberhalb der Berichtsschwelle liegen nicht vor.

Um die Kreditrisiken zu steuern, erfolgt eine laufende Überwachung der Außenstände, so dass der Konzern keinen wesentlichen Ausfallrisiken ausgesetzt ist.

Gesamtbeurteilung

Die Risikolage des ZEAG-Konzerns hat sich im Geschäftsjahr 2013 verschärft. Durch die Energiewende haben sich die Rahmenbedingungen gravierend verändert und haben zu einer deutlichen Reduzierung der Planungssicherheit geführt. Sie bietet aber auch zahlreiche neue Chancen, welche wir im Rahmen unserer strategischen Ausrichtung nutzen wollen. Rückläufige Großhandelspreise gefährden die Eigenerzeugungsmargen. Die infolge der Staatsschuldenkrise anhaltend hohe Volatilität an den Finanzmärkten könnte auch künftig zu Wertberichtigungen auf Kapitalanlagen führen. Zudem haben sich die Investitionsrisiken aufgrund der reduzierten Planungssicherheit für die in Entwicklung befindliche Windenergieprojekte durch die vorgesehene EEG-Novelle erhöht.

Bestandsgefährdende Risiken bestanden und bestehen derzeit nicht.

6. Prognosebericht

In unserem Prognosebericht gehen wir, soweit möglich, auf die erwartete künftige Entwicklung der ZEAG Energie AG, des ZEAG-Konzerns und des Umfelds des Unternehmens sowie des Konzerns ein. Den Prognosezeitraum haben wir entsprechend dem Wahlrecht des DRS 20.127 auf ein Geschäftsjahr verkürzt, so dass der Prognosezeitraum mit dem Zeitraum der vom Aufsichtsrat verabschiedeten Budgetplanung korreliert.

Künftige gesamtwirtschaftliche Situation

Die deutsche Wirtschaft konnte sich auch im Jahr 2013 der Rezession im Euroraum entziehen und mit einem Anstieg des BIP um 0,4 % ein geringes Wachstum erzielen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) prognostiziert in seinen Wintergrundlinien vom 18. Dezember 2013 einen breit angelegten Aufschwung und erwartet einen Anstieg der volkswirtschaftlichen Leistung um 1,6 %. Im Euroraum zeichnet sich nach Angaben des DIW nach langem Rückgang der Produktionsleistung eine länderübergreifende Erholung ab, die einen Anstieg des BIP um 1,0 % in 2014 zur Folge haben soll. Der IWF prognostiziert in seinem Ausblick vom 21. Januar 2014 sowohl für Deutschland als auch für die Eurozone vergleichbare Wachstumsraten.

Die Jahre 2009 und 2010 haben gezeigt, dass starke Schrumpfungs- bzw. Wachstumsphasen der Wirtschaft einen nicht unerheblichen Einfluss auf den Energieverbrauch der Industrieunternehmen haben. Seither wurden bei unseren Industriekunden die verbrauchs-

steigernden Einflüsse des relativ geringen Wirtschaftswachstums durch kundenspezifische Entwicklungen sowie erhöhte Energieeffizienz überkompensiert. Bei den Privatkunden werden hingegen Änderungen im Energieverbrauch in wesentlichem Umfang durch Witterungseffekte beeinflusst, allerdings erwarten wir auch bei diesen durch eine erhöhte Energieeffizienz einen rückläufigen Strom- und Gasbedarf. Per Saldo gehen wir in 2014 von einem geringfügigen Rückgang beim Strom- und Gasverbrauch unserer Kunden aus. Vor diesem Hintergrund und angesichts der zunehmenden Einspeisung von erneuerbaren Energien erwarten wir, dass sich die Großhandelspreise für Strom auch in 2014 leicht rückläufig entwickeln werden. Am Spotmarkt könnte der zunehmende Anteil der stark fluktuierenden erneuerbaren Energien zu einer erhöhten Volatilität der Notierungen führen.

Künftige Auswirkungen der Energiepolitik

Wie das Jahr 2013 mit der Verabschiedung des Standortauswahlgesetzes wiederum gezeigt hat, können energiepolitische Entscheidungen unsere Geschäftsentwicklung in erheblichem Umfang beeinflussen. Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung nimmt die Energiepolitik im Allgemeinen sowie die Ausgestaltung der Energiewende im Besonderen breiten Raum ein. Für 2014 steht als erster Schritt hierzu eine grundlegende Reform des EEG auf der Agenda (siehe Lagebericht Kap. 2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen). Die Ausgestaltung des EEG ist für die Umsetzung unserer Strategie zum Ausbau der Erzeugung aus regenerativen Energien von zentraler Bedeutung. Bei einer Änderung der diesbezüglichen Rahmenbedingungen erwarten wir im Prognosejahr 2014 noch keine wesentlichen Änderungen der Ertragslage; diese würden insbesondere die für 2015ff geplanten Investitionen und die daraus erwarteten künftigen Erträge tangieren.

Künftige Entwicklung des Konzerns

Konzern-Prognosen 2014	Einheit	Ist 2013	Prognose 2014	Tendenz
Finanzielle Leistungsindikatoren				
Umsatzerlöse	Mio. €	180,4	ca. 187	↗
Operatives Ergebnis (EBIT)	Mio. €	2,8	ca. 12	↑
Finanzergebnis	Mio. €	4,7	ca. 3,8	↘
Ergebnis vor Steuern (EBT)	Mio. €	8,3	ca. 17	↑
Investitionen	Mio. €	9,7	ca. 35	↑
Nicht finanzielle Leistungsindikatoren				
Absatz an Endkunden im Segment Strom	GWh	703	ca. 710	↗
Absatz an Endkunden im Segment Gas	GWh	231	ca. 263	↗
Mitarbeiterkapazitäten (ohne Auszubildende)	Anzahl	156	ca. 157	↗

→ = gleichbleibend ↗ = leicht steigend ↗ = erheblich steigend ↑ = stark steigend ↘ = leicht fallend

Unsere Wachstumsstrategie in der Endkundenbelieferung mit Strom und Gas, welche bereits im abgelaufenen Geschäftsjahr signifikante Erfolge ausweisen konnte, wollen wir sowohl im Segment Strom wie auch im Segment Gas fortführen. Rückläufige Umsatzerlöse aus der Vermarktung von Eigenerzeugungskapazitäten aufgrund der weiter rückläufigen Großhandelspreise sollen damit insbesondere durch die geplanten Absatzsteigerungen überkompensiert werden.

In unsere Netze, weitere Erzeugungskapazitäten, die Erneuerung unseres Heizwerks und in sonstige Anlagegüter wollen wir im Konzern 2014 rund 35 Mio. € investieren. Bis auf rund 0,5 Mio. € für die Erschließung und Erweiterung unserer bestehenden Gasverteilernetze sind die Investitionen im Segment Strom vorgesehen. Schwerpunkt der diesbezüglichen Investitionstätigkeit sind unsere Stromverteilungsnetze. Im Investitionsplan ist hier im Rahmen der neuen Stromkonzession Leingarten auch die Übernahme des Stromverteilnetzes enthalten. Hier ist allerdings noch ungewiss, ob die Netzübernahme noch in 2014 realisiert werden kann. Weitere Investitionen betreffen eine Windenergieanlage in Ilshofen-Ruppertshofen sowie die Erneuerung unseres Heizwerks. Wie bereits ausgeführt, unterscheiden wir die Investitionen nach „Muss“- und „Kann“-Investitionen. Aufgrund bereits eingegangener vertraglicher Regelungen sind die Investitionen außerhalb der Verteilungsnetze weitgehend ebenfalls verpflichtend.

Gesamtbeurteilung der voraussichtlichen Entwicklung 2014

Für 2014 erwarten wir gegenüber 2013 trotz schwieriger Rahmenbedingungen ein deutlich verbessertes Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit. Ursächlich hierfür ist das durch außergewöhnlich hohe Strombezugskosten belastete Ergebnis 2013. Allerdings wird das Ergebnis nicht an frühere Jahre anknüpfen können, da die Erzeugungsmargen insbesondere durch die Kernbrennstoffsteuer, aber auch durch das niedrige Strompreisniveau an den Strombörsen belastet sein werden. Das Ergebnis vor Steuern wird voraussichtlich auch 2014 von einem allerdings leicht rückläufigen Finanzergebnis profitieren können. Im Rahmen unserer langfristigen Anlagestrategie beabsichtigen wir, den Aktienanteil unseres Wertpapierbestands weiter zu reduzieren. Im Jahr 2014 erwarten wir für den ZEAG-Konzern bei Umsatzerlösen in Höhe von ca. 187 Mio. € ein Ergebnis vor Steuern von rund 17 Mio. €.

Prognose für den Einzelabschluss nach HGB der ZEAG Energie AG

Wie in den Vorjahren wird die ZEAG Energie AG auch in 2014 gegenüber dem Konzernergebnis von den wesentlich höheren handelsrechtlichen Kursreserven profitieren können. Bei geplanten Umsatzerlösen von rund 179 Mio. € erwarten wir für die ZEAG Energie AG ein verbessertes Ergebnis vor Steuern von rund 17 Mio. €. Nicht in unserer Planung bzw. dieser Prognose berücksichtigt wurde die erläuterte Übertragung des Stromverteilungsnetzes in eine gemeinsame Gesellschaft zwischen ZEAG und HVG, welche aus heutiger Sicht in 2014 durchgeführt werden soll. Wie in der Ad-hoc Mitteilung nach § 15 WpHG vom 12. Dezember 2013 ausgeführt, wird die ZEAG Energie AG abhängig vom Übertragungsweg und vom Umfang des zu übertragenden Vermögens voraussichtlich einen Buchgewinn vor Steuern zwischen ca. 18 Mio. € und ca. 35 Mio. € erzielen. Gegenläufig werden der ZEAG die Erträge aus dem übertragenen Vermögen nur noch anteilig zustehen. Wir gehen deshalb davon aus, auch weiterhin eine angemessene Dividende ausschütten zu können.

Zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält in die Zukunft gerichtete Aussagen, die auf den gegenwärtigen Annahmen und Prognosen der Unternehmensleitung der ZEAG beruhen. Solche Aussagen sind Risiken und Ungewissheiten unterworfen.

Diese und andere Faktoren können dazu führen, dass die tatsächliche Entwicklung der Gesellschaft wesentlich von den hier abgegebenen Einschätzungen abweicht. Die ZEAG

übernimmt keinerlei Verpflichtung, solche zukunftsgerichteten Aussagen fortzuschreiben und an künftige Ereignisse oder Entwicklungen anzupassen.

7. Übernahmerelevante Angaben

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft in Höhe von 19.400.000 € ist eingeteilt in 3.778.000 nicht einzeln verbriefte, voll stimmberechtigte Inhaber-Stückaktien. Eine Stückaktie entspricht rechnerisch einem Anteil von jeweils 5,13 € am gezeichneten Kapital.

Die EnBW Energie Baden-Württemberg AG ist über folgende Gesellschaften unmittelbar und mittelbar am Konzern ZEAG Energie AG beteiligt:

Beteiligungsverhältnisse

EnBW Kommunale Beteiligungen GmbH, Stuttgart	87,26 %
EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Karlsruhe	11,00 %

Die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands obliegt gemäß § 84 AktG dem Aufsichtsrat. Diese Kompetenz wird in § 6 Abs. 1 Satz 2 der Satzung der Gesellschaft abgebildet. Das Recht zu Satzungsänderungen liegt gemäß § 119 Abs. 1 Nr. 5 AktG bei der Hauptversammlung; die entsprechenden konkretisierenden Verfahrensregeln sind in den §§ 179, 181 AktG enthalten. Aus Praktikabilitäts Gesichtspunkten wurde die Kompetenz zu Änderungen der Satzung, die lediglich die Fassung betreffen, dem Aufsichtsrat übertragen. Diese durch § 179 Abs. 1 Satz 2 AktG gesetzlich eröffnete Möglichkeit wurde in § 12 Abs. 6 der Satzung verankert.

Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, bestehen nicht. Beschlüsse zur Ausgabe neuer Aktien oder zu deren Rückkauf sind nicht gefasst.

Darüber hinaus liegen keine weiteren nach §§ 289 Abs. 4, 315 Abs. 4 HGB berichtspflichtigen Sachverhalte vor.

8. Vergütungsbericht

Vergütung des Vorstands

Die Struktur des Vergütungssystems und die Höhe der Vergütungen der Vorstandsmitglieder werden vom Aufsichtsrat festgelegt. Die Angemessenheit der Vergütung wird regelmäßig überprüft.

Der Aufsichtsrat hat am 25. März 2011 ein geändertes Vergütungssystem beschlossen, welches für Neu- und Wiederbestellungen ab 2011 Gültigkeit hat. Es setzt sich aus einer erfolgsunabhängigen und einer erfolgsabhängigen Komponente zusammen. In der 660. Aufsichtsratssitzung am 4. März 2013 hat der Aufsichtsrat die vom Personalausschuss vorbereitete Zielvereinbarung als Bemessungsgrundlage zum erfolgsabhängigen Teil der Vergütung für das Geschäftsjahr 2013 verabschiedet.

Der erfolgsunabhängige Teil der Vergütung umfasst eine fixe Jahresgrundvergütung, von der nur ein Teil ruhegehaltsfähig ist, sowie sonstige Bezüge.

Die erfolgsabhängige Vergütung beträgt höchstens 45 % des Jahresgrundgehalts und orientiert sich an der Zielerreichung im Geschäftsjahr. Der sich hieraus ergebende Tantiemeanspruch wird zu 75 % im Folgejahr ausbezahlt. Die restlichen 25 % werden nach Feststellung des Jahresabschlusses des 2. Folgejahres unter Berücksichtigung der Zielerreichung der Folgejahre ausgezahlt.

Neben der festen und variablen Vergütung werden dem Vorstand als Nebenleistungen ein Zuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung gewährt und ein Dienstwagen zur Verfügung gestellt.

(in T€)	Erfolgsunabhängige Vergütung	Sonstiges	Erfolgsbezogene Vergütung*	Gesamt
2013	201	12	51	264
2012	205	11	52	268

* Rückstellung zum Bilanzstichtag, abzügl. Auflösung Rückstellung Vorjahr

Nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses werden dem Vorstand Leistungen im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung gewährt. Dabei handelt es sich um Leistungen, die bei Erreichen der Altersgrenze von 65 Lebensjahren, im Falle einer dauerhaften Arbeitsunfähigkeit sowie bei Tod an die Hinterbliebenen erbracht werden.

Für die Ansprüche des Vorstands hat die Gesellschaft Rückstellungen gebildet. Die hierfür im Konzernabschluss 2013 berücksichtigten Kosten der erworbenen Versorgungsansprüche (Dienstzeit- und Zinsaufwand) beliefen sich auf insgesamt 21 T€. Der Barwert des Verpflichtungsumfangs zum 31. Dezember 2013 lag bei 200 T€. Die nach den handelsrechtlichen Bestimmungen ermittelte Rückstellung im Einzelabschluss der ZEAG Energie AG beträgt zum 31. Dezember 2013 150 T€.

Der Verpflichtungsumfang für frühere Mitglieder des Vorstands lag im Konzern zum 31. Dezember 2013 bei 5.645 T€ (Einzelabschluss nach HGB 4.941 T€). An ehemalige Vorstandsmitglieder erfolgten Zahlungen in Höhe von 358 T€.

Weitergehende Leistungen für den Fall der Beendigung der Tätigkeit sind dem Vorstand nicht zugesagt worden.

Im Geschäftsjahr 2013 wurden keine Kredite an Mitglieder des Vorstands gewährt.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten nach § 15 der Satzung neben dem Ersatz ihrer Reisekosten und sonstigen Auslagen folgende nach Ablauf des Geschäftsjahres zahlbare Vergütung:

- a) einen festen Betrag von je 1.600 €
- b) sowie eine veränderliche Vergütung von je 400 € für jedes volle Prozent Ausschüttung auf das Grundkapital, das über 4 % des Grundkapitals hinausgeht. Die veränderliche Vergütung ist auf max. 8.400 € begrenzt.
- c) Der Vorsitzende erhält das Doppelte, seine Stellvertreter das Eineinhalbfache der Vergütung zu a) und b). Die veränderliche Vergütung des Aufsichtsratsvorsitzenden ist auf max. 16.800 €, die seiner Stellvertreter ist auf jeweils max. 12.600 € begrenzt.

- d) Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat angehört haben, erhalten die Vergütungen zu a) bis c) zeitanteilig.
- Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten von der Gesellschaft zusätzlich die auf ihre Vergütung entfallende Umsatzsteuer. Auch im Geschäftsjahr 2013 haben die Aufsichtsratsmitglieder keine sonstigen Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, keine Kredite und Vorschüsse erhalten.

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind in eine im EnBW-Konzern bestehende und in angemessener Höhe abgeschlossene Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für Organe einbezogen. Für diese D&O-Versicherung beträgt der Selbstbehalt seit 1. Juli 2010 für den Vorstand und die Mitglieder des Aufsichtsrats unserer Gesellschaft jeweils 10 % des Schadens bis zur Höhe des Eineinhalbfachen der jeweiligen festen jährlichen Vergütung.

9. Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289a HGB

Als börsennotierte Aktiengesellschaft sind wir verpflichtet, eine Erklärung zur Unternehmensführung abzugeben und wahlweise durch Aufnahme in den Lagebericht oder auf der Internetseite der Gesellschaft öffentlich zugänglich zu machen.

Die Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a Abs. 1 Satz 3 HGB wird auf unserer Homepage „www.zeag-energie.de“ unter „Unternehmen“ – „Investor Relations“ – „Corporate Governance“ veröffentlicht und ist dort abrufbar.

Heilbronn, 25. Februar 2014

ZEAG Energie AG

Der Vorstand



Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar – 31. Dezember 2013

	Anhang	2013 T€	2012 T€
Umsatzerlöse	(1)	180.414	155.602
Andere aktivierte Eigenleistungen		606	538
Gesamtleistung		181.020	156.140
Sonstige betriebliche Erträge	(2)	5.463	5.911
Materialaufwand	(3)	-153.043	-124.319
Personalaufwand ¹	(4)	-14.062	-12.831
Abschreibungen	(6)	-7.622	-7.575
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(7)	-8.983	-8.898
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit ¹		2.773	8.428
Ergebnis aus at equity bewerteten Beteiligungen	(8)	341	313
Übriges Beteiligungsergebnis	(9)	531	245
Finanzerträge	(10)	11.208	12.973
Finanzaufwendungen	(10)	-6.534	-6.716
Ergebnis vor Steuern ¹		8.319	15.243
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag ¹	(11)	-1.103	-3.478
Ergebnis nach Steuern ¹		7.216	11.765
davon auf nicht beherrschende Anteile entfallendes Ergebnis		-2	-1
davon den Anteilseignern der ZEAG Energie AG zustehend ¹		7.218	11.766
Ergebnis je Aktie ²	(12)	1,91 €	3,11 €

¹ Vorjahreswerte angepasst. Weitere Erläuterungen unter Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

² verwässert und unverwässert

Konzern-Gesamtergebnisrechnung 2013

	1. Januar bis 31. Dezember 2013 T€	1. Januar bis 31. Dezember 2012 T€ ¹
Ergebnis nach Steuern¹	7.216	11.765
Netto- (Verluste)/Gewinne aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	-2.283	3.390
Ertragsteuern	89	-1.051
In den Folgeperioden in den Gewinn oder Verlust umzugliedern	-2.194	2.339
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste ¹	-184	-7.871
Ertragsteuern ¹	55	2.366
Nicht in den Folgeperioden in den Gewinn oder Verlust umzugliedern	-129	-5.505
Sonstiges Ergebnis¹	-2.323	-3.166
Gesamtergebnis¹	4.893	8.599
davon auf nicht beherrschende Anteile entfallendes Ergebnis	-2	-1
davon den Anteilseignern der ZEAG Energie AG zustehend ¹	4.895	8.600

¹ Vorjahreswerte angepasst. Weitere Erläuterungen unter Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2013

AKTIVA		2013	2012
	Anhang	T€	T€
Langfristige Vermögenswerte			
Immaterielle Vermögenswerte	(14)	9.751	10.512
Sachanlagen	(15)	129.524	127.664
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	(16)	640	641
Wertpapiere	(17)	83.124	95.463
Nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen	(18)	10.565	10.833
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	(19)	3.895	3.965
Steuererstattungsansprüche	(20)	1.632	2.171
		239.131	251.249
Kurzfristige Vermögenswerte			
Vorräte	(21)	952	1.094
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(22)	19.725	17.836
Wertpapiere	(23)	2.216	3.897
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	(24)	22.352	22.429
Steuererstattungsansprüche Ertragsteuern		3.150	2.987
Sonstige Vermögenswerte	(25)	2.476	1.755
Zahlungsmittel	(26)	61.383	35.819
		112.254	85.817
		351.385	337.066
PASSIVA			
	Anhang	2013	2012
		T€	T€
Eigenkapital			
	(27)		
Gezeichnetes Kapital		19.400	19.400
Kapitalrücklage		23.849	23.849
Gewinnrücklagen ¹		179.912	184.033
Kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen ¹		-1.070	1.253
		222.091	228.535
Nicht beherrschende Anteile		12	104
		222.103	228.639
Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten			
Langfristige Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten			
Rückstellungen ¹	(28)	43.712	43.071
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	(29)	760	770
Ertragsteuerschulden		114	582
Latente Steuerschulden ¹	(30)	5.545	6.446
Rechnungsabgrenzungsposten	(31)	35.527	35.740
		85.658	86.609
Kurzfristige Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten			
Rückstellungen	(28)	2.820	2.096
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	(32)	38.057	16.747
Ertragsteuerschulden		468	720
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten		1.035	1.067
Rechnungsabgrenzungsposten	(31)	1.244	1.188
		43.624	21.818
Summe Schulden		129.282	108.427
		351.385	337.066

¹ Vorjahreswerte angepasst. Weitere Erläuterungen unter Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung 2013

	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklagen	Gewinnrücklagen	Neubewertung von Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen	Kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen gem. IAS 39	Eigenkapital
	€	€	€	€	€	€
Stand 01.01.2013 ¹	19.505	23.849	184.032	-7.049	8.302	228.639
Einzahlungen Minderheitsgesellschafter	9	-	-	-	-	9
Veränderungen Konsolidierungskreis	-100	-	-4	-	-	-104
Konzernüberschuss	-	-	7.216	-	-	7.216
Direkt im Eigenkapital erfasste Ergebnisse nach Ertragsteuern	-	-	-	-129	-2.194	-2.323
Periodenergebnis	-	-	7.216	-129	-2.194	4.893
davon Aktionäre ZEAG	-	-	7.218	-129	-2.194	4.895
davon nicht beherrschende Anteile	-	-	-2	-	-	-2
Gezahlte Dividenden	-	-	-11.334	-	-	-11.334
Stand 31.12.2013	19.414	23.849	179.910	-7.178	6.108	222.103
davon Aktionäre ZEAG	19.400	23.849	179.912	-7.178	6.108	222.091
davon nicht beherrschende Anteile	14	-	-2	-	-	12
Stand 01.01.2012	19.400	23.849	179.004	-	5.963	228.216
Änderung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	-	-	63	-1.544	-	-1.481
Stand 01.01.2012 ¹	19.400	23.849	179.067	-1.544	5.963	226.735
Einzahlungen Minderheitsgesellschafter	105	-	-	-	-	105
Konzernüberschuss ¹	-	-	11.765	-	-	11.765
Direkt im Eigenkapital erfasste Ergebnisse nach Ertragsteuern ¹	-	-	-	-5.505	2.339	-3.166
Periodenergebnis ¹	-	-	11.765	-5.505	2.339	8.599
davon Aktionäre ZEAG	-	-	11.766	-5.505	2.339	8.600
davon nicht beherrschende Anteile ¹	-	-	-1	-	-	-1
Gezahlte Dividenden	-	-	-6.800	-	-	-6.800
Stand 31.12.2012 ¹	19.505	23.849	184.032	-7.049	8.302	228.639
davon Aktionäre ZEAG	19.400	23.849	184.033	-7.049	8.302	228.535
davon nicht beherrschende Anteile	105	-	-1	-	-	104

¹ Vorjahreswerte angepasst. Weitere Erläuterungen unter Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Konzern-Kapitalflussrechnung 2013

	Anhang (33)	2013 T€	2012 T€
I. Operativer Bereich			
Ergebnis vor Steuern ¹		8.319	15.243
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte		7.622	7.575
Zins- und Dividenderträge		-3.731	-4.731
Zinsaufwendungen		1.747	2.071
Ergebnis aus Abgang von Finanzinstrumenten		-4.836	-4.945
Beteiligungsergebnis		-873	-558
Einzahlungen von/Auszahlungen an at equity bilanzierte Unternehmen		562	463
Zu-/Abschreibungen auf Finanzinstrumente		2.146	1.348
Veränderung der langfristigen Rückstellungen (ohne Zinseffekte) ¹		-365	-579
Ergebnis aus Anlageabgängen		-55	815
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge		-1.725	-3.874
Veränderung Working Capital und der kurzfristigen Rückstellungen		19.378	-6.245
Gezahlte Ertragsteuern		-1.926	-5.186
Operativer Cashflow		26.263	1.397
II. Investitionsbereich			
Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	(14), (15)	-9.725	-10.301
Einzahlungen aus Verkäufen immaterieller Vermögenswerte und Sachanlagen		238	208
Kapitalrückzahlung aus Beteiligungen		441	414
Zugänge von Baukostenzuschüssen		1.030	1.233
Investitionen in finanzielle Vermögenswerte		-46.198	-64.796
Einzahlungen aus dem Verkauf finanzieller Vermögenswerte		60.342	78.414
Einzahlungen aus Verkauf von Beteiligungen		812	-
Einzahlungen aus dem Verlust der Beherrschung über Tochtergesellschaften		426	-
Einzahlungen von Minderheitsgesellschaftern		9	105
Ein-/Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition		32	-32
Erhaltene Zinsen		2.649	3.615
Erhaltene Dividenden	(10)	1.146	1.225
Darlehensauszahlungen		-500	-
Einzahlungen aus Darlehensrückzahlungen		-	10.000
Cashflow aus der Investitionstätigkeit		10.702	20.085
III. Finanzierungsbereich			
Gezahlte Zinsen		-57	-38
Auszahlung Finanzverbindlichkeiten		-10	-39
Dividendenausschüttung	(13)	-11.334	-6.800
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		-11.401	-6.877
IV. Finanzmittelbestand			
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands		25.564	14.605
Finanzmittelbestand am 1. Januar		35.819	21.214
Finanzmittelbestand am 31. Dezember = Zahlungsmittel	(26)	61.383	35.819

¹ Vorjahreswerte angepasst. Weitere Erläuterungen unter Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2013

ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE UND ANGABEN

Die ZEAG Energie AG hat ihren Sitz in Heilbronn, Deutschland. Das in der Rechtsform der Aktiengesellschaft geführte Unternehmen ist in der Weipertstraße 41 in 74076 Heilbronn ansässig. Die Gesellschaft wird im Handelsregister Abteilung B des Amtsgerichts Stuttgart unter der Nummer 100322 geführt. Die Aktien der Gesellschaft sind zum Handel an der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse, Stuttgart, im regulierten Markt zugelassen.

Der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2013 wurde vom Vorstand am 25. Februar 2014 zur Veröffentlichung freigegeben.

Im Rahmen der Segmentberichterstattung werden die Hauptaktivitäten des Konzerns dargestellt.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE

Allgemeine Angaben

Der Konzernabschluss der ZEAG Energie AG (im Folgenden auch „ZEAG“ genannt) wurde in Übereinstimmung mit § 315a Abs. 1 HGB nach den am Abschlussstichtag in Kraft getretenen und in der Europäischen Union verpflichtend anzuwendenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) erstellt. Noch nicht verpflichtend in Kraft getretene IFRS/IFRIC-Standards kommen nicht zur Anwendung.

Der Konzernabschluss ist - wie im Vorjahr - grundsätzlich auf Basis der historischen Anschaffungskosten aufgestellt. Hiervon ausgenommen sind zur Veräußerung verfügbare Finanzinvestitionen, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet sind.

Der Konzernabschluss ist in Euro aufgestellt. Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden die Beträge (soweit nicht anders vermerkt) kaufmännisch gerundet in Tausend Euro (T€) dargestellt. Dadurch kann es zu Rundungsdifferenzen von 1 T€ kommen.

Neben der Gewinn- und Verlustrechnung werden die Gesamtergebnisrechnung, die Bilanz, die Kapitalflussrechnung sowie die Eigenkapitalveränderungsrechnung des ZEAG-Konzerns gesondert dargestellt und erläutert. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt. Zur übersichtlicheren Darstellung sind in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung einzelne Posten zusammengefasst und werden im Anhang gesondert aufgeführt und erläutert. Aus Gründen der Klarheit und Übersichtlichkeit wird vom Wahlrecht, bestimmte Angaben im Anhang zu machen, grundsätzlich Gebrauch gemacht.

Neue und geänderte Standards und Interpretationen

Die angewandten Rechnungslegungsgrundsätze sind gegenüber dem Vorjahr grundsätzlich unverändert geblieben. Das International Accounting Standards Board (IASB) und International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) haben folgende neue Standards und Interpretationen verabschiedet, die ab dem Geschäftsjahr 2013, die Änderungen von IAS 1 ab 1. Juli 2012 verpflichtend anzuwenden sind:

- IFRS 1 – „Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards“ - Darlehen der öffentlichen Hand
- IFRS 1 – „Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards“ - Drastische Hyperinflation und Streichung der festen Daten für Erstanwender (geändert)
- IFRS 7 – „Finanzinstrumente“ – Angaben
- IFRS 13 – „Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert“
- IAS 1 – „Darstellung der Posten des sonstigen Ergebnisses“
- IAS 12 – „Ertragsteuern, latente Steuern: Realisierung zugrundeliegender Vermögenswerte“
- IAS 19 – „Leistungen an Arbeitnehmer“
- IFRIC 20 – „Kosten der Abraumbeseitigung während der Produktionsphase im Tagebau“
- Improvements to IFRS 2009 – 2011

Hiervon können folgende Standards und Interpretationen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der Gesellschaft haben:

- IFRS 7 – „Angaben zur Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten“

Mit dieser Änderung zu IFRS 7 werden die Anhangangaben zu verrechneten und verrechenbaren Finanzinstrumenten erweitert.

Die Änderungen haben keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der ZEAG Energie AG.

- IFRS 13 – „Bemessung des beizulegenden Zeitwerts“

Mit diesem Standard wird die Fair Value-Bewertung in IFRS-Abschlüssen einheitlich geregelt. Alle nach anderen Standards geforderten Fair Value-Bewertungen haben nunmehr den einheitlichen Vorgaben des IFRS 13 zu folgen; lediglich für IAS 17 und IFRS 2 gibt es weiter eigene Regelungen. Der Standard ersetzt und erweitert zudem die Angabepflichten hinsichtlich der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert in anderen IFRS.

Der Fair Value nach IFRS 13 ist als exit price definiert, d. h. als Preis, der erzielt werden würde durch den Verkauf eines Vermögenswertes bzw. als Preis, der gezahlt werden müsste, um eine Schuld zu übertragen. Wie bereits bislang aus der Fair Value-Bewertung finanzieller Vermögenswerte bekannt, wird ein 3-stufiges Hierarchiesystem eingeführt, das bezüglich der Abhängigkeit von beobachtbaren Marktpreisen abgestuft ist.

In Übereinstimmung mit den Übergangsvorschriften des IFRS 13 hat der Konzern die neuen Vorschriften zur Bewertung zum beizulegenden Zeitwert prospektiv angewendet und keine Vorjahres-Vergleichsinformationen für neue Angaben zur Verfügung gestellt. Ungeachtet dessen hatte die Änderung keine wesentlichen Auswirkungen auf die Bewertungen der Vermögenswerte und Schulden des Konzerns.

- IAS 1 – „Darstellung der Posten des sonstigen Ergebnisses“:

Diese Änderung hat die Darstellung des sonstigen Ergebnisses in der Gesamtergebnisrechnung geändert. Die Posten des sonstigen Ergebnisses, die später unter bestimmten Bedingungen in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden („recycling“), werden nunmehr separat von den Posten des sonstigen Ergebnisses dargestellt, die niemals reklassifiziert werden. Sofern die Posten brutto, d. h. ohne Saldierung mit Effekten aus latenten Steuern ausgewiesen sind, werden die latenten Steuern nunmehr nicht mehr in einer Summe ausgewiesen, sondern den beiden Gruppen von Posten zugeordnet.

Der ZEAG-Konzern ist den veränderten Ausweispflichten nachgekommen. Vergleichsinformationen wurden entsprechend angepasst.

- IAS 12 – „Ertragsteuern, latente Steuern: Realisierung zugrundeliegender Vermögenswerte“:

Bei als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien ist es oftmals schwierig zu beurteilen, ob sich bestehende temporäre steuerliche Differenzen im Rahmen der fortgeführten Nutzung oder im Zuge einer Veräußerung umkehren. Mit der Änderung des IAS 12 ist nun klargestellt worden, dass die Bewertung der latenten Steuern auf Basis der widerlegbaren Vermutung zu erfolgen hat, dass die Umkehrung durch Veräußerung erfolgt.

Die Änderung hat keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der ZEAG Energie AG.

- IAS 19 – „Leistungen an Arbeitnehmer“:

Die wesentlichste Änderung aus der Überarbeitung des IAS 19 (revised 2011) betrifft die Bilanzierung von Pensionsverpflichtungen aus leistungsorientierten Versorgungsplänen.

Bislang gab es ein Wahlrecht, wie die sogenannten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste im Abschluss erfasst werden können. Diese konnten entweder (a) ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung, (b) im sonstigen Ergebnis (OCI) oder (c) zeitverzögert nach der sogenannten Korridormethode erfasst werden. Mit der Neufassung des IAS 19 ist dieses Wahlrecht für eine transparentere und vergleichbarere Abbildung abgeschafft worden, so dass nunmehr nur noch eine unmittelbare und vollumfängliche Erfassung im Jahr der Entstehung zulässig ist. Die Erfassung ist verpflichtend im sonstigen Ergebnis vorzunehmen. Außerdem ist nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand jetzt im Jahr der Entstehung direkt im Gewinn oder Verlust zu erfassen.

Zudem wurden bislang zu Beginn der Rechnungsperiode die erwarteten Erträge des Planvermögens anhand der Erwartungen des Managements über die Wertentwicklung des Anlageportfolios ermittelt. Mit Anwendung des IAS 19 (revised 2011) ist nur noch eine typisierende Verzinsung des Planvermögens in Höhe des Diskontierungszinssatzes der Pensionsverpflichtungen zu Periodenbeginn zulässig.

Neben der Änderung der Bilanzierung ergeben sich auch geänderte Anhangangaben, z. B. in Form von Sensitivitätsanalysen.

Da der Konzern bislang die sog. Korridormethode zur Erfassung versicherungsmathematischer Gewinne und Verluste angewendet hatte, hat sich aus der rückwirkenden Umstellung im Wesentlichen eine höhere Rückstellung ergeben. Zudem wird das operative Ergebnis nach der neuen Methode nicht durch die Amortisation des den Korridor übersteigenden Betrags beeinflusst, stattdessen hat sich eine stärkere Belastung des sonstigen Ergebnisses ergeben.

Die geänderte Definition der Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses (termination benefits) wirkt sich auf die Bilanzierung der im Rahmen von Altersteilzeitvereinbarungen zugesagten Aufstockungsbeträge aus. Bislang wurden die Aufstockungsbeträge als Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses klassifiziert und demzufolge im Zeitpunkt der Vereinbarung eines Altersteilzeitvertrags mit ihrem Gesamtbetrag zurückgestellt. Aufgrund der definitorischen Änderung der Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses erfüllt der Aufstockungsbetrag bei Anwendung des IAS 19 (revised 2011) nicht mehr die Voraussetzungen für das Vorliegen von Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Es handelt sich vielmehr grundsätzlich um andere langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer, die über die betreffende Dienstzeit der Arbeitnehmer ratierlich anzusammeln sind.

Infolge der geänderten Definition für Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses stellen die im Rahmen von Altersteilzeitvereinbarungen zugesagten Aufstockungsbeträge nunmehr andere langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer dar. Aufgrund der rückwirkenden Umstellung hat sich im Wesentlichen eine geringere Rückstellung ergeben.

Die Auswirkungen aufgrund des geänderten IAS 19 (revised 2011) auf die Posten der Bilanz, der Gesamtergebnisrechnung und der Kapitalflussrechnung für das Vorjahr und für das laufende Jahr werden in nachfolgenden Tabellen dargestellt:

Konzernbilanz (in T €)		31.12.2013	31.12.2012	01.01.2012
Gewinnrücklage	IAS 19	179.501	183.955	179.004
	Änderung	411	78	63
	IAS 19 rev.	179.912	184.033	179.067
Kumulierte im Eigenkapital erfasste versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	IAS 19	0	0	0
	Änderung	-7.178	-7.049	-1.544
	IAS 19 rev.	-7.178	-7.049	-1.544
Langfristige Rückstellungen	IAS 19	34.080	33.106	32.664
	Änderung	9.632	9.965	2.086
	IAS 19 rev.	43.712	43.071	34.750
Latente Steuerschulden	IAS 19	8.565	9.440	8.961
	Änderung	-3.020	-2.994	-605
	IAS 19 rev.	5.545	6.446	8.356

Konzerngesamtergebnisrechnung (in T €)		2013	2012
Ergebnis nach Steuern	IAS 19	6.888	11.750
	Änderung	328	15
	IAS 19 rev.	7.216	11.765
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	IAS 19	0	0
	Änderung	-129	-5.505
	IAS 19 rev.	-129	-5.505
Gesamtergebnis	IAS 19	4.694	14.089
	Änderung	199	-5.490
	IAS 19 rev.	4.893	8.599

Konzernkapitalflussrechnung (in T €)		2013	2012
Operativer Bereich			
Ergebnis vor Steuern	IAS 19	7.846	15.221
	Änderung	473	22
	IAS 19 rev.	8.319	15.243
Veränderung der langfristigen Rückstellungen (ohne Zinseffekte)			
	IAS 19	-838	-557
	Änderung	473	-22
	IAS 19 rev.	-365	-579

- Improvements to IFRS 2009 – 2011:

Im Rahmen des annual improvement project wurden Änderungen an fünf Standards vorgenommen. Mit der Anpassung von Formulierungen in einzelnen IFRS soll eine Klarstellung der bestehenden Regelungen erreicht werden. Daneben gibt es Änderungen mit Auswirkungen auf die Bilanzierung, den Ansatz, die Bewertung sowie auf Anhangangaben. Betroffen sind die Standards IAS 1, IAS 16, IAS 32, IAS 34 und IFRS 1.

Die Änderungen haben keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der ZEAG Energie AG.

Für die folgenden neuen oder geänderten Standards und Interpretationen, die verpflichtend erst in späteren Geschäftsjahren anzuwenden sind, plant der ZEAG-Konzern keine frühzeitige Anwendung. Soweit nicht anders angegeben, werden die Auswirkungen auf den ZEAG-Konzernabschluss derzeit geprüft.

EU Endorsement ist bereits erfolgt

Veröffentlichte, noch nicht verpflichtend anzuwendende Standards

Folgende bereits veröffentlichte Standards und Interpretationen waren im Geschäftsjahr 2013 noch nicht verpflichtend anzuwenden:

- IFRS 10 – „Konzernabschlüsse“
- IFRS 11 – „Gemeinschaftliche Tätigkeiten“
- IFRS 12 – „Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen“
- IFRS 10, IFRS 11 und IFRS 12 – „Konzernabschluss“, „Gemeinschaftliche Vereinbarungen“ und „Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen“, Übergangsvorschriften
- IFRS 10, IFRS 12 und IAS 27 – „Investmentgesellschaften“
- IAS 27 – „Einzelabschlüsse“
- IAS 28 – „Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen“
- IAS 32 – „Saldierung von Finanzinstrumenten“
- IAS 36 – „Angaben über nicht finanzielle Vermögenswerte“
- IAS 39 – „Novationen von Derivaten und Fortsetzung der Sicherungsbilanzierung“

Auf den Konzernabschluss der ZEAG Energie AG kann die Anwendung der folgenden Standards bzw. Interpretationen relevant sein und sich auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns auswirken:

- IFRS 10 – „Konzernabschlüsse“:
Mit diesem Standard wird der Begriff der Beherrschung („control“) neu und umfassend definiert. Beherrscht ein Unternehmen ein anderes Unternehmen, hat das Mutterunternehmen das Tochterunternehmen zu konsolidieren. Nach dem neuen Konzept ist Beherrschung gegeben, wenn das potenzielle Mutterunternehmen die Entscheidungsgewalt aufgrund von Stimmrechten oder anderer Rechte über das potenzielle Tochterunternehmen hat, es an positiven oder negativen variablen Rückflüssen aus dem Tochterunternehmen partizipiert und diese Rückflüsse durch seine Entscheidungsgewalt beeinflussen kann.

Der neue Standard ist erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen. IFRS 10 ist – mit bestimmten Ausnahmen – retrospektiv anzuwenden. Wir gehen davon aus, dass die Erstanwendung des IFRS 10 keine wesentliche Auswirkung auf den Konzernabschluss der ZEAG Energie AG hat.
- IFRS 12 – „Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen“:
Dieser Standard regelt die Angabepflichten in Bezug auf Anteile an anderen Unternehmen.

Der neue Standard ist erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen.
- IAS 32 – „Saldierung von Finanzinstrumenten“:
Diese Ergänzung zum IAS 32 stellt klar, welche Voraussetzungen für die Saldierung von Finanzinstrumenten bestehen. In der Ergänzung wird die Bedeutung des gegenwärtigen Rechtsanspruchs zur Aufrechnung erläutert und klargestellt, welche Verfahren mit Bruttoausgleich als Nettoausgleich im Sinne des Standards angesehen werden können.

Die Änderung des IAS 32 ist erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen.
- IAS 36 – „Angaben über nicht finanzielle Vermögenswerte“:
Im Zuge einer Folgeänderung aus IFRS 13 „Bemessung des beizulegenden Zeitwerts“ wurde eine neue Pflichtangabe zum Goodwill-Impairment-Test nach IAS 36 eingeführt: Es ist der erzielbare Betrag der zahlungsmittelgenerierenden Einheiten anzugeben, unabhängig davon, ob tatsächlich eine Wertminderung vorgenommen wurde. Da diese Anhangangabe unbeabsichtigt eingeführt wurde, wird sie mit der Änderung vom Mai 2013 wieder gestrichen.

Andererseits ergeben sich aus dieser Änderung zusätzliche Angaben, wenn eine Wertminderung tatsächlich vorgenommen wurde und der erzielbare Betrag auf Basis eines beizulegenden Zeitwerts ermittelt wurde.

Die Änderungen sind erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen.

EU Endorsement ist noch ausstehend

- IFRS 9 – „Finanzinstrumente“
- IFRS 9 – „Hedge Accounting und Änderungen zu IFRS 9, IFRS 7 und IAS 39“
- IFRS 9 – „Finanzinstrumente: Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten“
- IFRS 9 – „Finanzinstrumente“ Angaben (Änderung: Verpflichtender Zeitpunkt des Inkrafttretens und Übergangsangaben)
- IAS 19 – „Leistungen an Arbeitnehmer“
- IFRIC 21 – „Abgaben“
- Improvements to IFRS 2010 - 2012
- Improvements to IFRS 2011 – 2013

- IFRS 9 – „Finanzinstrumente“:

Die Bilanzierung und Bewertung von Finanzinstrumenten nach IFRS 9 wird IAS 39 ersetzen.

Finanzielle Vermögenswerte werden zukünftig nur noch in zwei Gruppen klassifiziert und bewertet: Zu fortgeführten Anschaffungskosten und zum Fair Value. Die Gruppe der finanziellen Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten besteht aus solchen finanziellen Vermögenswerten, die nur den Anspruch auf Zins- und Tilgungszahlungen an vorgegebenen Zeitpunkten vorsehen und die zudem im Rahmen eines Geschäftsmodells gehalten werden, dessen Zielsetzung das Halten von Vermögenswerten ist. Alle anderen finanziellen Vermögenswerte bilden die Gruppe zum Fair Value. Unter bestimmten Voraussetzungen kann für finanzielle Vermögenswerte der ersten Kategorie – wie bisher – eine Designation zur Kategorie zum Fair Value („Fair Value Option“) vorgenommen werden.

Wertänderungen der finanziellen Vermögenswerte der Kategorie zum Fair Value sind grundsätzlich im Gewinn oder Verlust zu erfassen. Für bestimmte Eigenkapitalinstrumente jedoch kann vom Wahlrecht Gebrauch gemacht werden, Wertänderungen im sonstigen Ergebnis zu erfassen; Dividendenansprüche aus diesen Vermögenswerten sind jedoch im Gewinn oder Verlust zu erfassen.

Die Vorschriften für finanzielle Verbindlichkeiten werden grundsätzlich aus IAS 39 übernommen. Der wesentlichste Unterschied betrifft die Erfassung von Wertänderungen von zum Fair Value bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten. Zukünftig sind diese aufzuteilen: der auf das eigene Kreditrisiko entfallende Teil ist im sonstigen Ergebnis zu erfassen, der verbleibende Teil der Wertänderung ist im Gewinn oder Verlust zu erfassen.

Der Erstanwendungszeitpunkt von IFRS 9 ist derzeit noch offen, aber nicht vor dem 1. Januar 2017 zu erwarten.

- IFRS 9 – „Finanzinstrumente: Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten“

Zielsetzung des neuen Hedge Accounting Modells unter IFRS 9 ist es, eine engere Verknüpfung zwischen dem Risikomanagementsystem und der bilanziellen Abbildung zu erreichen. Die weiterhin zulässigen Arten von Sicherungsbeziehungen sind das „Cash Flow Hedge Accounting“, „Fair Value Hedge Accounting“ und der „Hedge of a net investment in a foreign operation“.

Der Kreis für qualifizierende Grund- und Sicherungsgeschäfte wurde jeweils erweitert. So sind nun insbesondere Gruppen von Grundgeschäften, soweit sich die Grundgeschäfte einzeln für eine Designation qualifizieren, sowie Nettopositionen und Nettonullpositionen designierbar. Als Sicherungsinstrument ist grundsätzlich jedes Finanzinstrument geeignet, welches zum Fair Value bilanziert wird. Ausnahme hierzu sind Verbindlichkeiten, für die die Fair Value Option ausgeübt wurde sowie Eigenkapitalinstrumente unter der FVOCI-Option („fair value through other comprehensive income“) nach den Regelungen der Phase I.

Unter IFRS 9 wird auf die nach IAS 39 geforderten Bandbreiten von 80 % bis 125 % im Rahmen der Effektivitätsmessung verzichtet, so dass kein retrospektiver Effektivitätstest mehr durchzuführen ist. Der prospektive Effektivitätstest ist wie auch die Erfassung jeglicher Ineffektivität weiterhin erforderlich.

Die Beendigung einer Sicherungsbeziehung ist nur möglich, wenn die hierfür definierten Voraussetzungen erfüllt sind; dies bedeutet, dass bei unveränderter Risikomanagementzielsetzung die Sicherungsbeziehungen zwingend fortzuführen sind.

Hinsichtlich der Risikomanagementstrategie, der Auswirkungen des Risikomanagements auf künftige Zahlungsströme sowie der Auswirkungen des Hedge Accountings auf den Abschluss sind erweiterte Anhangangaben zu machen.

Daneben ist die erfolgsneutrale Bilanzierung im sonstigen Ergebnis eigener Ausfallrisiken für finanzielle Verbindlichkeiten der FVO („Fair Value Option“) nun isoliert, d. h. ohne Anwendung der restlichen Anforderungen von IFRS 9 möglich.

Die Erstanwendung der neuen Regelungen zum Hedge Accounting folgt den Regelungen zur erstmaligen Anwendung von IFRS 9. Sicherungsbeziehungen sind aufgrund des Übergangs von IAS 39 auf IFRS 9 nicht zu beenden, sofern die Voraussetzungen und qualitativen Merkmale weiterhin erfüllt sind. Die bestehenden Regelungen nach IAS 39 sind wahlweise auch unter IFRS 9 weiterhin anwendbar.

IFRS 9 und IFRS 7 – „Finanzinstrumente: Angaben (Änderung: Verpflichtender Zeitpunkt des Inkrafttretens von IFRS 9 und Übergangsangaben)“

Die Änderungen ermöglichen einen Verzicht auf angepasste Vorjahreszahlen bei der Erstanwendung von IFRS 9. Ursprünglich war diese Erleichterung nur bei vorzeitiger Anwendung von IFRS 9 vor dem 1. Januar 2012 möglich.

Die Erleichterung bringt zusätzliche Anhangangaben nach IFRS 7 im Übergangszeitpunkt mit sich.

Der Erstanwendungszeitpunkt dieser Änderungen ist analog zu den Regelungen des IFRS 9 derzeit noch offen, aber nicht vor dem 1. Januar 2017 zu erwarten.

- IAS 19 – „Leistungen an Arbeitnehmer“:

Mit den Änderungen werden die Vorschriften klargestellt, die sich mit der Zuordnung von Arbeitnehmerbeiträgen bzw. Beiträgen von dritten Parteien zu den Dienstleistungsperioden beschäftigen, wenn die Beiträge mit der Dienstzeit verknüpft sind. Darüber hinaus werden Erleichterungen geschaffen, wenn die Beiträge von der Anzahl der geleisteten Dienstjahre unabhängig sind.

Die Änderungen sind - vorbehaltlich einer noch ausstehenden Übernahme in EU-Recht - erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Juli 2014 beginnen.

- IFRIC 21 – „Abgaben“:

IFRIC 21 Abgaben ist eine Interpretation zu IAS 37 Rückstellungen, Eventualforderungen und Eventualverbindlichkeiten. Geklärt wird vor allem die Frage, wann eine gegenwärtige Verpflichtung bei durch die öffentliche Hand erhobenen Abgaben entsteht und eine Rückstellung oder Verbindlichkeit anzusetzen ist. Nicht in den Anwendungsbereich der Interpretation fallen insbesondere Strafzahlungen und Abgaben, die aus öffentlich-rechtlichen Verträgen resultieren oder in den Regelungsbereich eines anderen IFRS fallen, zum Beispiel IAS 12 Ertragsteuern. Nach IFRIC 21 ist ein Schuldposten für Abgaben anzusetzen, wenn das die Abgabepflicht auslösende Ereignis eintritt. Dieses auslösende Ereignis, das die Verpflichtung begründet, ergibt sich wiederum aus dem Wortlaut der zugrundeliegenden Norm. Deren Formulierung ist insofern ausschlaggebend für die Bilanzierung.

Die Änderungen sind - vorbehaltlich einer noch ausstehenden Übernahme in EU-Recht - erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen.

Improvements to IFRS 2010 – 2012:

Im Rahmen des annual improvement project wurden Änderungen an sieben Standards vorgenommen. Mit der Anpassung von Formulierungen in einzelnen IFRS soll eine Klarstellung der bestehenden Regelungen erreicht werden. Daneben gibt es Änderungen mit Auswirkungen auf Anhangangaben. Betroffen sind die Standards IFRS 2, IFRS 3, IFRS 8, IFRS 13, IAS 16, IAS 24 und IAS 38.

Die Änderungen sind - vorbehaltlich einer noch ausstehenden Übernahme in EU-Recht - erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Juli 2014 beginnen bzw. die Änderung zu IFRS 2 auf anteilsbasierte Vergütungen, die am oder nach dem 1. Juli 2014 gewährt werden.

- Improvements to IFRS 2011 – 2013:

Im Rahmen des annual improvement project wurden Änderungen an vier Standards vorgenommen. Mit der Anpassung von Formulierungen in einzelnen IFRS soll eine Klarstellung der bestehenden Regelungen erreicht werden. Betroffen sind die Standards IFRS 1, IFRS 3, IFRS 13 und IAS 40.

Die Änderungen sind - vorbehaltlich einer noch ausstehenden Übernahme in EU-Recht - erstmals anzuwenden in Geschäftsjahren, die am oder nach dem 1. Juli 2014 beginnen.

Konsolidierungskreis und Änderungen des Konsolidierungskreises

In den Konzernabschluss der ZEAG Energie AG werden alle wesentlichen Tochterunternehmen einbezogen, bei denen die ZEAG unmittelbar oder mittelbar einen beherrschenden Einfluss auf die Finanz- und Geschäftspolitik ausüben kann. Dies ist in der Regel bei einem Anteilsbesitz oder Stimmrechtsanteil von mehr als 50 % der Fall. Darüber hinaus wird ein Wertpapierspezialfonds in den Konzernabschluss einbezogen.

Beteiligungen werden nach der Equity-Methode bilanziert, wenn der Konzern einen maßgeblichen Einfluss auf diese ausübt. In der Regel ist dies bei einem Anteilsbesitz zwischen 20 % und 50 % der Fall.

Von den im Rahmen der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen wurden die neun im Berichtsjahr gegründeten (Vorjahr 5) inländischen Gesellschaften erstmals konsolidiert. Die in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften werden im Rahmen der Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen aufgeführt.

Von der im Vorjahr gegründeten und in den Konzernabschluss zum 31.12.2012 einbezogenen EE Bürgerenergie Heilbronn GmbH & Co. KG - an der der Konzern mit 90 % der Anteile beteiligt war - wurden im 3. Quartal 2013 53 % der Anteile veräußert und at equity in den Konzernabschluss einbezogen. Der Verkaufserlös betrug 530 T€ und wurde in bar vereinnahmt. Der Veräußerungsgewinn in Höhe von 3 T€ wird im ordentlichen Ergebnis ausgewiesen.

Die Vermögenswerte und Schulden zum Veräußerungszeitpunkt werden in der nachfolgenden Tabelle dargestellt:

	T€
Sachanlagen	822
Übrige Aktiva (davon liquide Mittel 104 T€)	173
Summe Vermögenswerte	995
Kurzfristige Verbindlichkeiten	3
Summe Schulden	3
Nettovermögen	992

Konsolidierungsmethoden

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten, Umsätze, Erträge und Aufwendungen sowie Ergebnisse werden im Rahmen der Konsolidierung eliminiert.

Ab dem Zeitpunkt, ab dem der Konzern einen beherrschenden Einfluss ausüben kann, d. h. ab dem Erwerb bzw. der Gründung der Tochtergesellschaften, werden die wesentlichen Tochtergesellschaften voll konsolidiert. Die Einbeziehung endet, sobald die Beherrschung durch das Mutterunternehmen endet.

Bei der Kapitalkonsolidierung werden die Anschaffungskosten der Beteiligungen mit dem auf sie entfallenden, neu bewerteten Eigenkapital zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung verrechnet. Nach der Zuordnung zu Vermögenswerten ergaben sich im vorliegenden Konzernabschluss keine Unterschiedsbeträge.

Anteile nicht beherrschender Gesellschafter stellen den Anteil des Ergebnisses und des Reinvermögens dar, der nicht dem Konzern zuzurechnen ist. Anteile nicht beherrschender Gesellschafter werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung und in der Konzern-Bilanz gesondert ausgewiesen. Der Ausweis in der Konzern-Bilanz erfolgt im Eigenkapital getrennt von dem den Anteilseignern des Mutterunternehmens zuzurechnenden Eigenkapital.

Die Bilanzierung der Anteile an assoziierten Unternehmen erfolgt nach der Equity-Methode. Diese Anteile werden zunächst mit den Anschaffungskosten und in den Folgeperioden entsprechend dem fortgeschriebenen anteiligen Nettovermögen angesetzt. Die Buchwerte werden jährlich um die anteiligen Ergebnisse, die Gewinnausschüttungen und die sonstigen Eigenkapitalveränderungen erhöht oder reduziert.

Anteile an Unternehmen für die kein Einbezug im Rahmen der Vollkonsolidierung oder at equity-Methode erfolgt werden gemäß IAS 39 bilanziert.

Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Aktiva

Immaterielle Vermögenswerte werden - soweit entgeltlich erworben - mit den fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bilanziert und entsprechend ihrer wirtschaftlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Ein Strombezugsrecht wird leistungsbezogen abgeschrieben.

Geleistete Baukostenzuschüsse werden über einen Zeitraum von 20 Jahren, die Wassernutzungsrechte entsprechend ihrer Laufzeit mit bis zu 83 Jahren abgeschrieben. Die Abschreibungsdauer entgeltlich erworbener Software beträgt drei Jahre. Ein im Rahmen eines früheren Unternehmenszusammenschlusses erworbener Kundenstamm wird entsprechend der Laufzeit der zugrunde liegenden Konzessionsverträge abgeschrieben.

Abschreibungsmethoden, Nutzungsdauern und Restwerte werden an jedem Abschlussstichtag überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und linear entsprechend der voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauer planmäßig abgeschrieben.

Soweit für den Erwerb oder die Herstellung eines qualifizierten Vermögenswerts ein Zeitraum von mehr als zwölf Monaten erforderlich ist, um diesen in seinen beabsichtigten gebrauchsfertigen Zustand zu versetzen, werden die bis zur Erlangung des gebrauchsfertigen Zustands angefallenen und direkt zurechenbaren Fremdkapitalkosten aktiviert. Sowohl im Berichtsjahr als auch im Vorjahr wurden keine Fremdkapitalkosten aktiviert.

Wartungs- und Reparaturkosten werden aufwandswirksam erfasst. Erneuerungs- und Erhaltungsaufwendungen, die einen künftigen Nutzenzufluss eines Vermögenswerts bewirken, werden aktiviert.

Investitionszuschüsse mindern die Anschaffungs- und Herstellungskosten der entsprechenden Vermögenswerte nicht. Sie werden passivisch abgegrenzt.

Das Sachanlagevermögen wird linear über die folgenden konzerneinheitlich geschätzten Nutzungsdauern abgeschrieben:

	Jahre
Gebäude	25 – 50
Kraftwerke	15 – 50
Stromverteilungsanlagen	25 – 45
Gasverteilungsanlagen	15 – 55
Andere Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung	5 – 14

Die **als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien** betreffen das nicht betriebsnotwendige Vermögen des 2003 aufgegebenen Zementbereichs in Form von unbebauten Grundstücken. Diese sind zu Anschaffungskosten aktiviert. Der im Anhang ausgewiesene Marktwert der Immobilien wurde nach der in Deutschland anerkannten Methode aus den Bodenrichtwerten abgeleitet. Aus Wesentlichkeitsgründen wurde auf eine Bewertung durch einen unabhängigen Gutachter verzichtet.

Die Vermögenswerte werden regelmäßig auf **Wertminderungen** überprüft. Bei Hinweisen auf eine mögliche Wertminderung wird im Rahmen eines Werthaltigkeitstests festgestellt, welcher Betrag für den betreffenden Vermögenswert erzielt werden kann. Der erzielbare Betrag ist dabei der höhere aus Nutzungswert und Nettoveräußerungswert. Sofern der erzielbare Betrag des Vermögenswertes den Buchwert unterschreitet, wird eine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen. Ist der Vermögenswert Teil einer Zahlungsmittel generierenden Einheit, wird der erzielbare Betrag auf Ebene der jeweiligen Einheit ermittelt. Dabei werden die mittelfristig zu erwartenden Cashflows je Zahlungsmittel generierender Einheit auf Basis von Planungsrechnungen unter Einbeziehung aktueller Marktzinsen ermittelt. Wertaufholungen bei Wegfall der Gründe erfolgen maximal bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Die **Wertpapiere** werden der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ zugeordnet und sind zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Von der Option, finanzielle Vermögenswerte erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten, wird kein Gebrauch gemacht.

Die **sonstigen finanziellen Vermögenswerte** beinhalten im Wesentlichen Darlehensforderungen und sonstige Beteiligungen; diese werden der Kategorie „Kredite und Forderungen“ zugeordnet.

Darlehensforderungen werden zu Anschaffungskosten, unverzinsliche oder niedrig verzinsliche Darlehen zum Barwert angesetzt.

Es besteht kein aktiver Markt für die nicht nach der Equity-Methode bewerteten Beteiligungen. Da deren beizulegender Wert gegenwärtig nicht verlässlich ermittelt werden kann, werden sie zu Anschaffungskosten bewertet.

Die **Vorräte** werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten oder dem niedrigeren Nettoveräußerungswert am Bilanzstichtag aktiviert. Fremdkapitalkosten werden nicht als Teil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert. Risiken aus einer geminderten Verwertbarkeit werden mittels angemessener Abschläge einbezogen.

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** werden zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Dieser entspricht grundsätzlich den Anschaffungskosten unter Abzug etwa erforderlicher Wertberichtigungen.

Sonstige finanzielle Vermögenswerte werden zum beizulegenden Zeitwert angesetzt. Die übrigen sonstigen Vermögenswerte werden mit den Anschaffungskosten angesetzt. Unter- oder nicht verzinsliche Forderungen werden mit dem Barwert bewertet.

Unter den **Zahlungsmitteln** werden die Kassenbestände, die Guthaben bei Kreditinstituten und kurzfristige Einlagen mit ursprünglichen Fälligkeiten von weniger als drei Monaten ausgewiesen.

Passiva

Rückstellungen werden gebildet, wenn rechtliche oder faktische Verpflichtungen entstanden sind, die sich auf ein vergangenes Ereignis beziehen, künftig zu einem wahrscheinlichen Ressourcenabfluss führen und deren Höhe zuverlässig geschätzt werden kann. Die Bewertung erfolgt mit dem voraussichtlichen Erfüllungsbetrag.

Langfristige Rückstellungen werden mit dem auf den Bilanzstichtag abgezinsten Erfüllungsbetrag bewertet. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden nach IAS 19 angesetzt. Eine durch Zeitablauf bedingte Erhöhung wird im Zinsaufwand berücksichtigt.

Bei den Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses kommt gemäß IAS 19 (revised 2011) das Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode) zur Anwendung. Bei diesem Verfahren werden auch künftig zu erwartende Gehalts- und Rentensteigerungen berücksichtigt. Veränderungen bei dem Rechnungszinsfuß und sonstigen Rechnungsannahmen sowie Abweichungen zwischen den Rechnungsannahmen und den tatsächlichen Veränderungen führen zu versicherungsmathematischen Gewinnen und Verlusten. Diese werden ab dem Geschäftsjahr 2013 aufgrund der Anwendung des überarbeiteten IAS 19 im sonstigen Ergebnis erfasst. Der Dienstzeitaufwand wird im Personalaufwand, der Zinsanteil der Rückstellungszuführung im Finanzergebnis ausgewiesen.

Latente Steuern werden gemäß dem Temporary Concept (IAS 12) auf sämtliche zeitliche Bilanzierungs- und Bewertungsunterschiede zwischen dem Wertansatz eines Vermögenswerts bzw. einer Schuld in der IFRS-Bilanz und dem steuerlichen Wertansatz gebildet. Dabei werden die zum Bilanzstichtag geltenden Steuersätze zugrunde gelegt. Der Konzernsteuersatz beträgt wie im Vorjahr 29,8 %.

Latente Steuerschulden, die sich auf direkt im Eigenkapital erfasste Posten beziehen, werden nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung, sondern erfolgsneutral im Eigenkapital ausgewiesen.

Latente Steueransprüche und latente Steuerschulden werden miteinander verrechnet, sofern der Konzern einen einklagbaren Anspruch auf die Aufrechnung der tatsächlichen Steuererstattungsansprüche gegen tatsächliche Steuerschulden hat und diese auf Ertragsteuern des gleichen Steuersubjekts beruhen und von der gleichen Steuerbehörde erhoben werden.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Schulden sind mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet und werden nachfolgend mit den fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt.

Die Baukostenzuschüsse und vorausgezahlten Erbbauzinsen werden als **Rechnungsabgrenzungsposten** ausgewiesen. Die Baukostenzuschüsse werden entsprechend der Nutzungsdauer der bezuschussten Vermögenswerte über einen Zeitraum von in der Regel 40 – 45 Jahren ertragswirksam aufgelöst. Der Rechnungsabgrenzungsposten für vorausgezahlte Erbbauzinsen wird in jährlich gleichbleibenden Raten entsprechend der Laufzeit des Erbbaurechts aufgelöst.

Die Erträge aus der Auflösung des Rechnungsabgrenzungspostens für im Voraus gezahlte Erbbauzinsen sowie für bis 2008 vereinnahmte Baukostenzuschüsse werden unter den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst. Die Auflösungsbeträge für ab 2009 vereinnahmte Baukostenzuschüsse werden unter den Umsatzerlösen ausgewiesen.

Finanzinstrumente sind alle Vertragsverhältnisse, die bei der einen Partei zu einem finanziellen Vermögenswert und bei der anderen Partei zu einer finanziellen Schuld oder zu einem Eigenkapitalinstrument führen. Bei den Finanzinstrumenten wird zwischen originären und derivativen Finanzinstrumenten differenziert.

Originäre Finanzinstrumente werden bei ihrem erstmaligen Ansatz grundsätzlich mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Hierzu gehören Finanzinvestitionen des Anlage- und Umlaufvermögens, ausgereichte Kredite und Forderungen sowie finanzielle Verbindlichkeiten. Finanzinstrumente, die als zu Handelszwecken gehalten (Held for trading) klassifiziert sind, werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

Finanzinvestitionen des Anlage- und Umlaufvermögens, die gemäß IAS 39 „als zur Veräußerung verfügbar“ kategorisiert sind, werden regelmäßig zum beizulegenden Zeitwert bewertet, wenn dieser verlässlich bestimmbar ist. Die aus der Folgebewertung resultierenden unrealisierten Gewinne und Verluste werden erfolgsneutral über das sonstige Ergebnis im Eigenkapital erfasst. Als beizulegender Zeitwert wird der Börsenkurs zum Bilanzstichtag zugrunde gelegt. Fallen die beizulegenden Zeitwerte von „als zur Veräußerung verfügbar“-klassifizierten Finanzinvestitionen unter die Anschaffungskosten und liegen objektive Hinweise für eine signifikante oder dauerhafte Wertminderung vor, werden die bislang im Eigenkapital erfassten kumulierten Gewinne und Verluste unmittelbar erfolgswirksam erfasst.

Finanzinvestitionen in Eigenkapitaltitel, für die kein auf einem aktiven Markt notierter Preis existiert und deren beizulegender Zeitwert nicht mit vertretbarem Aufwand verlässlich ermittelbar sind, werden zu Anschaffungskosten bewertet.

Hierbei handelt es sich um sonstige Beteiligungen, die nicht börsennotiert sind. Liegen objektive Hinweise für eine signifikante oder dauerhafte Wertminderung vor, werden diese Wertminderungen unmittelbar erfolgswirksam erfasst.

Kredite und Forderungen werden, sofern sie nicht mit Sicherungsinstrumenten im Zusammenhang stehen, zu fortgeführten Anschaffungskosten, ggf. unter Anwendung der Effektivzinsmethode bewertet. Dabei handelt es sich um Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, verzinsliche Forderungen, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige kurzfristige operative Forderungen. Bei kurzfristigen Forderungen entsprechen die fortgeführten Anschaffungskosten grundsätzlich dem Nennwert bzw. dem Rückzahlungsbetrag.

Forderungen werden zu dem Zeitpunkt aus der Konzernbilanz ausgebucht, zu dem alle Chancen und Risiken übertragen wurden und der mit den Forderungen verbundene Zahlungseingang sichergestellt ist. Werden nicht alle Chancen und Risiken übertragen, werden die Forderungen dann ausgebucht, wenn die Verfügungsmacht über die Forderungen übergegangen ist. Bestehen objektive Hinweise darauf, dass bei den Krediten und Forderungen Wertminderungen eingetreten sind (z. B. erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners oder negative Veränderungen des Marktumfelds des Schuldners), werden diese erfolgswirksam erfasst. Bei Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erfolgen die Wertminderungen unter Verwendung eines Wertberichtigungskontos. Eine Ausbuchung erfolgt, sobald eine Forderung tatsächlich ausgefallen ist. Wertaufholungen werden vorgenommen, wenn die Gründe für die vorgenommenen Wertminderungen entfallen sind.

Der erstmalige Ansatz von originären finanziellen Verbindlichkeiten erfolgt zum beizulegenden Zeitwert der erhaltenen Gegenleistung bzw. zum Wert der erhaltenen Zahlungsmittel abzüglich ggf. angefallener Transaktionskosten. Die Folgebewertung dieser Instrumente erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten, ggf. unter Anwendung der Effektivzinsmethode. Hierunter fallen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, sonstige kurzfristige operative Verbindlichkeiten sowie kurz- und langfristige Finanzschulden.

Langfristige finanzielle Verbindlichkeiten werden abgezinst. Bei kurzfristigen finanziellen Verbindlichkeiten entsprechen die fortgeführten Anschaffungskosten grundsätzlich dem Nennwert bzw. dem Rückzahlungsbetrag.

Ein **derivatives Finanzinstrument** ist ein Vertrag, dessen Wert sich in Abhängigkeit von einer Variablen ändert, der in der Regel keine Anschaffungsauszahlung erfordert oder eine, die im Vergleich zu anderen Vertragsformen, von denen zu erwarten ist, dass sie in ähnlicher Weise auf Änderungen der Marktbedingungen reagieren, geringer ist, und der zu einem späteren Zeitpunkt beglichen wird. Alle derivativen Finanzinstrumente werden bei ihrer erstmaligen Erfassung am Handelstag mit dem beizulegenden Zeitwert angesetzt. Die beizulegenden Zeitwerte sind auch für die Folgebewertungen relevant. Der beizulegende Zeitwert gehandelter derivativer Finanzinstrumente entspricht dem Marktwert. Dieser Wert kann positiv oder negativ sein. Bei derivativen Finanzinstrumenten entspricht der beizulegende Zeitwert dem Betrag, den der Konzern bei vorzeitiger Beendigung des Finanzinstruments zum Abschlussstichtag entweder erhalten würde oder zahlen müsste.

Dabei steht die Absicherung gegen Marktpreisrisiken im Mittelpunkt. Die Marktbewertungen werden regelmäßig überwacht. Es werden keine derivativen Finanzinstrumente zu Spekulationszwecken kontrahiert oder gehalten.

Verträge, die für Zwecke des Empfangs oder der Lieferung nicht finanzieller Posten gemäß dem erwarteten Verkaufs- oder Nutzungsbedarf des Unternehmens abgeschlossen und in diesem Sinne gehalten werden (Own Use Contracts), werden nicht als derivative Finanzinstrumente, sondern als schwebende Geschäfte bilanziert.

Derivative Finanzinstrumente, für die keine Bilanzierung als Sicherungsbeziehung angewendet wird, stellen betriebswirtschaftlich eine wirksame Absicherung im Rahmen der Konzernstrategie dar. Nach IAS 39 sind diese Instrumente für bilanzielle Zwecke als zu Handelszwecken gehalten zu qualifizieren. Die Zeitwerte dieser Derivate werden auf der Grundlage anerkannter Bewertungsmodelle ermittelt. Diese werden soweit möglich aus Notierungen auf aktiven Märkten abgeleitet. Liegen entsprechende Erkenntnisse nicht vor, werden bei der Bewertung unternehmensspezifische Planannahmen berücksichtigt.

Finanzierungs-Leasingverhältnisse, bei denen im Wesentlichen alle mit dem Eigentum verbundenen Chancen und Risiken am Leasinggegenstand auf den Leasingnehmer übertragen werden, führen zur Aktivierung des Leasinggegenstands zu Beginn der Laufzeit des Leasingverhältnisses. Der Leasinggegenstand wird mit seinem beizulegenden Zeitwert angesetzt oder mit dem Barwert der Mindestleasingzahlungen, sofern dieser Wert niedriger ist. Leasingzahlungen werden derart in Finanzierungsaufwendungen und den Tilgungsanteil der Restschuld aufgeteilt, dass sich über die Laufzeit des Leasingverhältnisses ein konstanter Zinssatz auf die verbliebene Leasingverbindlichkeit ergibt. Finanzierungsaufwendungen werden erfolgswirksam erfasst. Leasinggegenstände werden über die Nutzungsdauer des Gegenstands abgeschrieben. Ist der Eigentumsübergang auf den Konzern am Ende der Laufzeit des Leasingverhältnisses jedoch nicht hinreichend sicher, wird der Leasinggegenstand über den kürzeren der beiden Zeiträume aus erwarteter Nutzungsdauer und Laufzeit des Leasingverhältnisses vollständig abgeschrieben.

Leasingzahlungen für Operating-Leasingverhältnisse werden linear über die Laufzeit des Leasingverhältnisses als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Eventualverbindlichkeiten sind mögliche Verpflichtungen gegenüber Dritten oder gegenwärtige Verpflichtungen, bei denen ein Ressourcenabfluss unwahrscheinlich ist oder deren Höhe nicht verlässlich ermittelt werden kann. Eventualverbindlichkeiten werden in der Bilanz nicht erfasst.

Ertragsrealisierung

Umsatzerlöse werden beim Risikoübergang auf den Kunden realisiert. Beim Eigentumsübergang oder Besitzübergang gehen die Chancen und Risiken grundsätzlich auf den Kunden über. Die Umsatzerlöse für Güter bzw. Dienstleistungen werden nach dem beizulegenden Zeitwert der erhaltenen oder zu erhaltenden Gegenleistung bewertet.

Die Umsatzerlöse werden um Erlösschmälerungen, wie z. B. Preisnachlässe oder Skonti vermindert und ohne Umsatzsteuer sowie nach Eliminierung konzerninterner Verkäufe ausgewiesen. Sie ergeben sich größtenteils aus Strom- und Gasverkäufen, aus den Entgelten für die Verteilung von Strom und Gas und aus energienahen Dienstleistungen.

Zinserträge werden mit Hilfe der Effektivzinsmethode zeitanteilig erfasst. Dividendenerträge werden erfasst, wenn das Recht auf den Empfang der Zahlung entsteht.

Änderungen und Schätzungen bei der Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Im Rahmen der Erstellung des ZEAG-Konzernabschlusses sind bei der Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden Ermessensentscheidungen und Schätzungen vorzunehmen, die sich auf die Wertansätze und Schulden, die Erträge und Aufwendungen sowie auf die Angaben der Eventualschulden auswirken können. Die dabei zugrunde gelegten Einschätzungen können sich verändern und können damit Einfluss auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben.

Ermessensentscheidungen:

Das Management hat bei der Anwendung der Rechnungslegungsmethoden des Konzerns folgende Ermessensentscheidungen getroffen, die die Bewertungsansätze im ZEAG-Konzernabschluss wesentlich beeinflussen:

- **Finanzielle Vermögenswerte** sind den Bewertungskategorien „zu Handelszwecken gehalten“, „zur Veräußerung verfügbar“, „bis zur Endfälligkeit gehalten“ und „Kredite und Forderungen“ zuzuordnen. Wertänderungen bei „zur Veräußerung verfügbaren“ finanziellen Vermögenswerten werden erfolgsneutral im Eigenkapital berücksichtigt, Wertänderungen bei „bis zur Endfälligkeit gehaltenen“ finanziellen Vermögenswerten werden dagegen nach der Anwendung der Effektivzinsmethode zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet (siehe dazu auch Erläuterung zu Wertminderungen von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten).
- **Pensionsleistungen**
Der Barwert von Pensionsverpflichtungen wird anhand versicherungsmathematischer Berechnungen ermittelt. Dabei stellen insbesondere die Abzinsungssätze, biometrische Wahrscheinlichkeiten sowie Trendannahmen für künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen und die Entwicklung der Renten wesentliche Schätzgrößen dar. Abweichende tatsächliche Entwicklungen gegenüber diesen Schätzungen können zu Unterschieden zwischen dem bilanzierten Wert und den tatsächlich im Zeitablauf entstehenden Verpflichtungen führen. Aufgrund der Komplexität der Bewertung und ihrer Langfristigkeit reagiert eine leistungsorientierte Verpflichtung höchst sensibel auf Änderungen dieser Annahmen. Im Einklang mit den Bestimmungen des IAS 19 (revised 2011) werden ab dem Geschäftsjahr 2013 die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste vollständig in der Periode erfasst, in der diese auftreten. Änderungen dieser Schätzgrößen haben damit direkte Auswirkungen auf den ZEAG-Konzern.

Die den Schätzungen zugrunde liegenden Annahmen und Prognosen sind naturgemäß ungewiss und veränderlich. Diese stellen ein erhebliches Risiko dar, welches innerhalb des nächsten Geschäftsjahrs zu einer wesentlichen Anpassung der Buchwerte von Vermögenswerten und Schulden führen könnte. Nachfolgend werden die wesentlichen zukunftsbezogenen Annahmen und sonstige am Stichtag existierende Quellen von Schätzungsunsicherheiten näher beschrieben:

Sachanlagen:

Wertminderungen durch technischen Fortschritt und Schäden können eine außerplanmäßige Abschreibung der Sachanlagen erforderlich machen.

Bewertung der at equity-Beteiligung an der ZEAG Immobilien GmbH & Co. KG:

Im Rahmen eines Impairmenttests wurden die mit 6,2 % (Vorjahr 6,2 %) (nach Steuern) diskontierten erwarteten zukünftigen Cashflows der Gesellschaft abgezinst und dem Buchwert gegenübergestellt.

Der Differenzbetrag wurde als Abschreibung (im Vorjahr Zuschreibung) in Höhe von 37 T€ (Vorjahr 98 T€) auf den Beteiligungsbuchwert im Periodenergebnis erfasst. Grundlage hierfür bildeten die abgeschlossenen Mietverträge, welche eine Laufzeit bis 31.12.2059 vorsehen.

Wertminderungen von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten:

Bei finanziellen Vermögenswerten, die der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbar“ zugeordnet sind, werden Wertänderungen erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Wertminderungen, welche voraussichtlich dauerhaft sind, werden erfolgswirksam im Periodenergebnis erfasst. Nach herrschender Meinung bestehen bei Eigenkapitalinstrumenten objektive, substantielle Hinweise für das Vorliegen einer nachhaltigen Wertminderung, wenn der beizulegende Zeitwert um mindestens 20 % oder während der letzten neun Monate unter dem Wert der Anschaffungskosten liegt. Aus diesem Grunde waren im Geschäftsjahr 2013 außerplanmäßige Abschreibungen auf zur Veräußerung verfügbare Finanzinvestitionen in Höhe von 2.160 T€ vorzunehmen (Vorjahr 1.358 T€).

Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:

Der beizulegende Zeitwert der finanziellen Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten wird basierend auf Börsenkursen oder auf Grundlage anerkannter Bewertungsverfahren einschließlich der Discounted-Cashflow-Methode bestimmt. Soweit sich die in das Bewertungsverfahren eingehenden Parameter nicht auf beobachtbare Marktdaten stützen, sind entsprechende Annahmen zu treffen, die sich auf die Höhe des beizulegenden Zeitwerts der finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auswirken können.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Vermögenswerte:

Dem Kreditrisiko wird durch Bildung von Wertberichtigungen auf zweifelhafte Forderungen Rechnung getragen. Bei der Bemessung der Höhe der Wertberichtigung werden einzelne Forderungen, Fälligkeitsstrukturen, die Bonität der Kunden, Erfahrungen in Bezug auf Ausbuchungen von Forderungen der Vergangenheit und Veränderungen von Zahlungsbedingungen in Abhängigkeit von eigenen Einschätzungen und Beurteilungen berücksichtigt. Die Wertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie den sonstigen Vermögenswerten insgesamt beliefen sich zum 31. Dezember 2013 auf 122 T€ (Vorjahr 157 T€).

Pensionsrückstellungen:

Durch die Auswahl der Prämissen, wie Rechnungszins oder Trendannahmen, durch den Ansatz biometrischer Wahrscheinlichkeiten nach den Heubeck-Richttafeln 2005 G sowie durch die verwendeten Näherungsverfahren bei der Berechnung der Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung bei der Ermittlung des Barwerts der Pensionsverpflichtungen können sich Abweichungen gegenüber den im Zeitablauf tatsächlich entstehenden Verpflichtungen ergeben.

Sonstige Rückstellungen:

Der Bewertung der sonstigen Rückstellungen, insbesondere für die Erneuerungsverpflichtung bezüglich eines Wasserkraftwerks und für Umweltschutzmaßnahmen, liegen Annahmen zu erwarteten Nutzungszeiträumen und vergangenheitsbezogene Erfahrungen zugrunde. Abweichungen der tatsächlichen Nutzungszeiträume und sonstigen Berechnungsgrundlagen von diesen Ansätzen können im Falle einer Inanspruchnahme zu Abweichungen der Verpflichtung führen.

Ertragsteuern:

Für die Bewertung von Verbindlichkeiten aus Ertragsteuern sind aufgrund der abweichenden bilanziellen Behandlung einzelner Abschlussposten sowie zur Beurteilung temporärer Differenzen zwischen IFRS und Steuerbilanz Schätzungen vorzunehmen.

Zur Beurteilung der Werthaltigkeit aktiver latenter Steuern werden das zukünftige voraussichtliche steuerpflichtige Einkommen, die Höhe und der Zeitpunkt der Inanspruchnahme von aktiven latenten Steuern berücksichtigt.

SEGMENTBERICHTERSTATTUNG

Segmente

Dem Zweck der Unternehmenssteuerung folgend ist der ZEAG-Konzern nach Produkten in Geschäftseinheiten organisiert. Der Vorstand der ZEAG Energie AG verantwortet und steuert den ZEAG-Konzern. Dieser überwacht in regelmäßigen Abständen auf Basis der monatlichen Berichterstattung die Ergebnisse der internen Segmente und entscheidet über die Ressourcenallokation.

In Übereinstimmung mit den Ansatz- und Bewertungsmethoden im Konzernabschluss wurden die Daten für die Segmentberichterstattung ermittelt.

Daraus ergeben sich folgende berichtspflichtige Geschäftssegmente:

Der Verkauf von elektrischer Energie durch die ZEAG Energie AG sowie die Stromverteilung durch die NHF Netzgesellschaft Heilbronn-Franken mbH (NHF), Heilbronn, und die Erbringung von energienahen Dienstleistungen sind im **Geschäftssegment Strom** zusammengefasst. Das Versorgungsgebiet umfasst die Städte Heilbronn und Lauffen a. N. sowie die Gemeinden Neckarwestheim und Kirchheim a. N. und bildet räumlich den Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit. Seit 2012 erfolgt der Vertrieb von elektrischer Energie auch außerhalb des konzessionierten Versorgungsgebiets.

Die Aktivitäten der Gasversorgung Unterland GmbH (GU), Heilbronn, im Vertrieb von Erdgas sowie der Betrieb des Gasverteilernetzes durch die NHF werden im **Geschäftssegment Gas** abgebildet.

Das Versorgungsgebiet im Segment Gas umfasst im Landkreis Heilbronn sechs Kommunen nordwestlich von Heilbronn sowie die Gemeinden Obersulm, Langenbrettach und Neckarwestheim, im Neckar-Odenwald-Kreis die Stadt Adelsheim und im Landkreis Ludwigsburg die Gemeinde Kirchheim a. N. Seit Anfang 2010 wird Erdgas auch außerhalb des Netzgebiets vertrieben. Das Heizwerk in Heilbronn, Badstraße, das dem Segment Strom zugeordnet ist, wird konzernintern durch das Segment Gas mit Erdgas versorgt. Deshalb sind konzerninterne Umsatzerlöse in Höhe von 1.369 T€ (Vorjahr 1.353 T€) zu berücksichtigen.

Um Entscheidungen über die Ressourcenverteilung zu treffen und die Ertragskraft der Einheiten zu bestimmen, wird das Betriebsergebnis der Geschäftseinheiten getrennt überwacht.

Die Entwicklung der Segmente wird anhand des Betriebsergebnisses gesteuert und im Zusammenhang mit dem Konzernbetriebsergebnis bewertet.

Die Leistungsverrechnung zwischen den Segmenten beruht auf marktüblichen Konditionen. Segmenterträge, Segmentaufwendungen und das Segmentergebnis beinhalten neben den externen Erträgen und Aufwendungen auch die bei der Konsolidierung eliminierten Verrechnungen zwischen den Geschäftsbereichen. Für Konsolidierungszwecke werden Erlöse aus Geschäften mit anderen Segmenten neutralisiert.

Das Tätigkeitsfeld des ZEAG-Konzerns lässt sich im Wesentlichen auf Baden-Württemberg eingrenzen. Daher wird keine geografische Segmentierung vorgenommen.

Im Segment Strom wurden mit einem Kunden Umsätze in einem wesentlichen Umfang in Höhe von 25,9 Mio. € (Vorjahr 28,6 Mio. €) getätigt. Wie im Vorjahr erreichten im Geschäftsjahr 2013 die Umsätze im Segment Gas mit keinem Kunden einen wesentlichen Umfang.

Informationen zu Erträgen und Ergebnissen sowie bestimmte weitere Informationen zu Vermögenswerten und Schulden der Geschäftsfelder des Konzerns werden nachfolgend tabellarisch für die Geschäftsjahre 2013 und 2012 dargestellt.

Geschäftsjahr 2013

(in T€)	Geschäftsbereich Strom	Geschäftsbereich Gas	Konsolidierung	Summe Geschäftsbereiche
Umsatzerlöse	168.847	12.943	-1.376	180.414
davon intrasegmentär	7	1.369		
Segmentergebnis	2.016	1.623	8	3.647
davon zahlungsunwirksame Erträge	1.660	452		
Nicht zuordenbares Ergebnis				-319
Ergebnis vor Ertragsteuern und Finanzergebnis				3.328
Sonstiges Beteiligungsergebnis				-
Ergebnis at equity bewertete Beteiligungen				317
Zinserträge				3.731
Zinsaufwendungen				-1.747
Sonstiges Finanzergebnis				2.690
Ergebnis vor Ertragsteuern				8.319
Ertragsteuern	-601	-484		-1.103
Ergebnis nach Steuern				7.216
Vermögenswerte und Schulden				
Segmentvermögen	229.497	29.441	-5.969	252.969
Nicht zuordenbare Vermögenswerte				98.416
Summe Vermögenswerte				351.385
Segmentsschulden	114.662	14.360	-5.969	123.053
Nicht zuordenbare Schulden				6.229
Summe Schulden				129.282
Sonstige Segmentinformationen				
Investitionen				
Immaterielle Vermögenswerte	81	-		
Sachanlagen	8.784	860		
Abschreibungen auf				
immaterielle Vermögenswerte	828	14		
Sachanlagen	6.025	755		

Geschäftsjahr 2012

(in T€)	Geschäfts- bereich Strom	Geschäfts- bereich Gas	Konsolidie- rung	Summe Geschäfts- bereiche
Umsatzerlöse davon intrasegmentär	145.188 195	11.962 1.353	-1.548	155.602
Segmentergebnis ¹ davon zahlungsunwirksame Erträge ¹	8.051 1.024	690 195		8.741
Nicht zuordenbares Ergebnis				-313
Ergebnis vor Ertragsteuern und Finanzergebnis ¹				8.428
Sonstiges Beteiligungsergebnis				-
Ergebnis at equity bewertete Beteiligungen				313
Zinserträge				4.731
Zinsaufwendungen				-2.071
Sonstiges Finanzergebnis				3.842
Ergebnis vor Ertragsteuern ¹				15.243
Ertragsteuern ¹	-2.399	-206		-3.478
Ergebnis nach Steuern ¹				11.765
Vermögenswerte und Schulden				
Segmentvermögen	185.099	31.828	-3.224	213.703
Nicht zuordenbare Vermögenswerte				123.363
Summe Vermögenswerte				337.066
Segmentsschulden ¹	92.399	16.936	-3.224	106.111
Nicht zuordenbare Schulden ¹				2.316
Summe Schulden ¹				108.427
Sonstige Segmentinformationen				
Investitionen				
Immaterielle Vermögenswerte	4.882	-		
Sachanlagen	4.886	533		
Abschreibungen auf				
immaterielle Vermögenswerte	933	16		
Sachanlagen	5.878	748		

¹ Vorjahreswerte angepasst. Weitere Erläuterungen unter Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Wie in den Vorjahren betreffen die nicht zuordenbaren Vermögenswerte des Konzerns im Wesentlichen Wertpapiere. Die nicht zuordenbaren Schulden betreffen Verbindlichkeiten für Ertragsteuern und latente Steuern. Das nicht zuordenbare Ergebnis betrifft insbesondere Verwaltungsgebühren für Wertpapiere.

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG SOWIE ANGABEN ZU BESCHÄFTIGTEN UND ZUM DIVIDENDENVORSCHLAG

(1) Umsatzerlöse

Die Erlöse aus der typischen Geschäftstätigkeit werden erfasst, wenn die maßgeblichen Risiken und Chancen auf den Kunden übergegangen sind. Die Umsatzerlöse werden offen um die ver-einnahmte Strom- und Energiesteuer von den Umsatzerlösen gekürzt.

(in T€)	2013	2012
Umsatzerlöse inkl. Strom- und Energiesteuer (davon aus der Auflösung von Rückstellungen)	172.643 (-30)	145.669 (0)
Strom- und Energiesteuer	-13.643	-11.598
Umsatzerlöse aus Energielieferungen	159.000	134.071
Umsatzerlöse aus netznahen Dienstleistungen	21.414	21.531
Umsatzerlöse	180.414	155.602

Die Zuordnung der Umsatzerlöse zu den einzelnen Segmenten erfolgt im Rahmen der Segmentberichterstattung. Die Umsatzerlöse wurden ausschließlich im Inland realisiert.

(2) Sonstige betriebliche Erträge

Die Erträge aus der Erbringung von Dienstleistungen werden mit deren Erbringung erfasst, so-fern deren Höhe verlässlich messbar ist. Die sonstigen betrieblichen Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

Erträge (in T€)	2013	2012
aus Anlageabgängen	63	87
aus Auflösung von passiven Rechnungsabgrenzungsposten	1.117	1.119
aus Kostenverrechnungen (Dienstleistungen)	2.108	2.253
Periodenfremde Erträge	229	295
Sonstige	1.946	2.157
	5.463	5.911

(3) Materialaufwand

(in T€)	2013	2012
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (davon aus der Auflösung von Rückstellungen)	128.394 (-503)	104.628 (-1.256)
Aufwendungen für bezogene Leistungen (davon aus der Auflösung von Rückstellungen) (davon Konzessionsabgaben)	24.649 (-18) (5.556)	19.691 (0) (5.567)
	153.043	124.319

Der Anstieg der Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe ist im Wesentlichen auf die mengen- und preisbedingte Zunahme des Geschäftsvolumens und der damit verbundenen Steigerung der Energiebezugskosten (Strom und Gas) zurückzuführen. Hiervon entfallen 2.697 T€ (Vorjahr 1.638 T€) auf den Verbrauch von Vorräten.

Unter den Aufwendungen für bezogene Leistungen werden insbesondere die Aufwendungen für die Netznutzung, die Fremdleistungen für den Betrieb und die Unterhaltung der Anlagen sowie die vom Konzern zu leistenden Konzessionsabgaben ausgewiesen. Diese ist für die Nutzung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze zu entrichten.

(4) Personalaufwand

(in T€)	2013	2012
Löhne und Gehälter	11.640	10.620
Soziale Abgaben (davon Arbeitgeberanteile zur Rentenversicherung)	1.832 (873)	1.712 (853)
Aufwendungen für Altersversorgung und ähnliche Verpflichtungen *	590	499
	14.062	12.831

* einschließlich Beiträge an den Pensionssicherungsverein a. G.

(5) Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt

	2013	2012
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	159	148
Auszubildende	20	20
	179	168

(6) Abschreibungen

Abschreibungen (in T€) auf	2013	2012
immaterielle Vermögenswerte	842	949
Sachanlagen	6.780	6.626
	7.622	7.575

(7) Sonstige betriebliche Aufwendungen

(in T€)	2013	2012
Verluste aus Anlageabgängen	1	902
Verwaltungs- und Vertriebskosten	8.600	7.948
Periodenfremde Aufwendungen	-38	-367
Sonstige Steuern	62	88
Übrige	358	327
	8.983	8.898

(8) Ergebnis aus at equity-bewerteten Beteiligungen

Das Ergebnis aus den at equity-bewerteten Beteiligungen enthält im Wesentlichen die Gewinnanteile aus der Beteiligung an der ZEAG Immobilien GmbH & Co. KG und der EE Bürgerenergie Heilbronn GmbH & Co. KG.

(9) Übriges Beteiligungsergebnis

Im übrigen Beteiligungsergebnis werden die Erträge aus sonstigen Beteiligungen und Erträge aus dem Verkauf sonstiger Beteiligungen ausgewiesen.

Aus dem Verkauf sonstiger Beteiligungen (Buchwert 468 T€) wurde im Berichtsjahr ein Buchgewinn in Höhe von 344 T€ erzielt.

(10) Finanzergebnis

(in T€)	2013	2012
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (davon aus Wertpapieren)	2.585 (2.246)	3.506 (1.929)
(davon aus der Auflösung von Rückstellungen)	(-171)	(-)
Dividenden	1.146	1.225
Gewinne aus dem Verkauf von Wertpapieren, Optionen und Zuschreibungen auf Wertpapiere und Ausleihungen (davon aus Zuschreibungen)	7.477 (18)	8.242 (10)
Finanzerträge	11.208	12.973
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-273	-468
Zinsanteil der Zuführungen zu den Personal- rückstellungen	-1.474	-1.603
Aufwendungen Bewertung Sonstiger Finanzderivate ohne Sicherungsbezug	-4	-
Verluste aus dem Verkauf von Wertpapieren, Optionen und Abschreibungen auf Wertpapiere (davon aus Abschreibungen)	-4.783 (-2.160)	-4.645 (-1.358)
Finanzaufwendungen	-6.534	-6.716
Finanzergebnis	4.674	6.257

Die Zinsen und ähnlichen Erträge umfassen im Wesentlichen Zinserträge aus festverzinslichen Wertpapieren und Bankguthaben.

Die unter den Erträgen im Finanzbereich ausgewiesenen Zinsen und Dividenden werden periodengerecht erfasst, sobald ein vertraglicher und rechtlicher Anspruch besteht.

Die Zinserträge für finanzielle Vermögenswerte, die nicht als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert auszuweisen sind, belaufen sich auf 2.572 T€ (Vorjahr 4.218 T€). In diesen Zinserträgen sind 1.690 T€ (Vorjahr 1.886 T€) an Zinserträgen nach der Effektivzinsmethode enthalten.

Wie im Vorjahr sind keine Zinsen für finanzielle Verbindlichkeiten angefallen, die nicht als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind.

(11) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag setzen sich wie folgt zusammen:

(in T€)	2013	2012
Laufende Ertragsteuern	1.582	4.044
Latente Steuern	-479	-566
Ertragsteuern (- Ertrag/+ Aufwand)	1.103	3.478

Der Gesamtsteuersatz für die Berechnung der latenten Steuern beträgt unverändert 29,8 %. Dieser ergibt sich aus dem Körperschaftsteuersatz von 15,0 % zuzüglich des Solidaritätszuschlags in Höhe von 5,5 % auf die Körperschaftsteuer sowie dem Gewerbesteuersatz von 14,0 %.

Im laufenden Steueraufwand sind aperiodische Steuererträge in Höhe von 593 T€ (Vorjahr Steueraufwendungen 405 T€) enthalten.

Die folgende Aufstellung zeigt eine Überleitung vom erwarteten Steuerergebnis auf das effektiv ausgewiesene Steuerergebnis:

(in T€)	2013	2012
Ergebnis vor Steuern	8.319	15.243
Theoretischer Steuersatz	29,8%	29,8%
Erwarteter Steueraufwand:	2.479	4.542
Steuereffekte durch		
Steuersatzänderungen	-	205
Steuerfreie Erträge	-1.983	-2.488
Nicht abzugsfähige Aufwendungen	927	517
Gewerbsteuerliche Hinzurechnungen	35	185
Periodenfremde Steuern	-603	405
Sonstige Effekte	248	112
Effektive Ertragsteuern (- Ertrag/+ Aufwand)	1.103	3.478

(12) Ergebnis je Aktie

Vom Ergebnis des Konzerns sind 7.218 T€ (Vorjahr 11.766 T€) den Aktionären des Mutterunternehmens zuzurechnen.

Das Ergebnis je Aktie ergibt sich aus der Division des den Inhabern der Aktien des Mutterunternehmens zuzurechnenden Ergebnisses mit der Anzahl der während des Jahres 2013 ausgegebenen Aktien.

Bei dem ausgewiesenen Periodenergebnis von 7.218 T€ (Vorjahr 11.765 T€) und bei unveränderten im Umlauf befindlichen 3.778.000 Stück Inhaber-Stückaktien ergibt sich das Ergebnis je Aktie von 1,91 € (Vorjahr 3,11 €). Es ergaben sich wie im Vorjahr auch im Geschäftsjahr keine Verwässerungseffekte.

(13) Dividendenvorschlag

Vorstand und Aufsichtsrat werden den Aktionären auf der voraussichtlich am 13. Mai 2014 stattfindenden Hauptversammlung die Ausschüttung einer unveränderten Dividende in Höhe von 3,00 € (Vorjahr 3,00 €) je Stückaktie für das Geschäftsjahr 2013 vorschlagen.

(in T€)	2013	2012
Dividende für 2013 3,00 € (Vorjahr: 3,00 €) je Aktie	11.334	11.334
Ausschüttungsvorschlag	11.334	11.334

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ UND ZUR KAPITALFLUSSRECHNUNG

(14) Immaterielle Vermögenswerte

Die immateriellen Vermögenswerte entwickelten sich im Geschäftsjahr 2013 wie folgt:

(in T€)	Geleistete Baukosten- zuschüsse	Strombezugs- und sonstige Nutzungs- rechte	Software	Kunden- stamm*	Summe
Stand 1. Januar 2013					
Anschaffungs- und Herstellungskosten	3.912	14.835	1.876	2.362	22.985
Kumulierte Abschreibungen	-3.665	-4.855	-1.632	-2.321	-12.473
Buchwert 1. Januar 2013	247	9.980	244	41	10.512
Zugänge	-	-	81	-	81
Umbuchungen	-	-	-	-	-
Abgänge	-	-	-	-	-
Abschreibungen	-40	-673	-115	-14	-842
Buchwert 31. Dezember 2013	207	9.307	210	27	9.751
Anschaffungs- und Herstellungskosten	3.912	14.835	1.874	2.362	22.983
Kumulierte Abschreibungen	-3.705	-5.528	-1.664	-2.335	-13.232
Buchwert 31. Dezember 2013	207	9.307	210	27	9.751
Stand 1. Januar 2012					
Anschaffungs- und Herstellungskosten	3.912	14.339	1.935	2.362	22.548
Kumulierte Abschreibungen	-3.576	-7.592	-1.600	-2.307	-15.075
Buchwert 1. Januar 2012	336	6.747	335	55	7.473
Zugänge	-	4.800	82	-	4.882
Umbuchungen	-	-	-	-	-
Abgänge	-	-894	-	-	-894
Abschreibungen	-89	-673	-173	-14	-949
Buchwert 31. Dezember 2012	247	9.980	244	41	10.512
Anschaffungs- und Herstellungskosten	3.912	14.835	1.876	2.362	22.985
Kumulierte Abschreibungen	-3.665	-4.855	-1.632	-2.321	-12.473
Buchwert 31. Dezember 2012	247	9.980	244	41	10.512

* im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen erworben

Die Restnutzungsdauer für ein Strombezugsrecht beträgt neun Jahre. Für die Rechte aus einer virtuellen Kraftwerksscheibe beträgt die Restnutzungsdauer 28 Jahre und für Wassernutzungsrechte bis zu 30 Jahren.

(15) Sachanlagen

Die Zusammensetzung und Entwicklung der Sachanlagen stellt sich wie folgt dar:

(in T€)	Grundstücke, grundstücks- gleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	Technische Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Anlagen im Bau	Summe
Stand 1. Januar 2013				
Anschaffungs- und Herstellungskosten	17.644	237.168	746	255.558
Kumulierte Abschreibungen	-7.067	-120.827	-	-127.894
Buchwert 1. Januar 2013	10.577	116.341	746	127.664
Zugänge	2.514	4.263	2.867	9.644
Umbuchungen	57	391	-448	0
Abgänge	-	-182	-	-182
Abgänge Konsolidierungskreis	-	-442	-380	-822
Abschreibungen	-292	-6.488	-	-6.780
Buchwert 31. Dezember 2013	12.856	113.883	2.785	129.524
Anschaffungs- und Herstellungskosten	19.093	240.745	2.785	262.623
Kumulierte Abschreibungen	-6.237	-126.862	-	-133.099
Buchwert 31. Dezember 2013	12.856	113.883	2.785	129.524
Stand 1. Januar 2012				
Anschaffungs- und Herstellungskosten	17.818	230.625	2.339	250.782
Kumulierte Abschreibungen	-6.843	-114.939	-	-121.782
Buchwert 1. Januar 2012	10.975	115.686	2.339	129.000
Zugänge	12	5.050	357	5.419
Umbuchungen	-	1.950	-1.950	-
Abgänge	-123	-6	-	-129
Abschreibungen	-287	-6.339	-	-6.626
Buchwert 31. Dezember 2012	10.577	116.341	746	127.664
Anschaffungs- und Herstellungskosten	17.644	237.168	746	255.558
Kumulierte Abschreibungen	-7.067	-120.827	-	-127.894
Buchwert 31. Dezember 2012	10.577	116.341	746	127.664

(16) Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien

(in T€)	2013	2012
Stand 1. Januar		
Anschaffungs- und Herstellungskosten	1.033	1.033
Kumulierte Abschreibungen	-392	-392
Buchwert 1. Januar	641	641
Abgänge	-1	-
Abschreibungen	-	-
Buchwert 31. Dezember	640	641
Anschaffungs- und Herstellungskosten	1.032	1.033
Kumulierte Abschreibungen	-392	-392
Buchwert 31. Dezember	640	641

Die als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien betreffen unbebaute Grundstücke des ehemaligen Zementbereichs. Der Marktwert zum Bilanzstichtag reduzierte sich durch vorgenommene Verkäufe auf 1.260 T€ (Vorjahr 1.267 T€).

Die Pachterträge aus diesen Immobilien betragen 6 T€ (Vorjahr 6 T€). Die direkt zurechenbaren betrieblichen Aufwendungen beliefen sich auf 1 T€ (Vorjahr 1 T€). Die Pachtverträge sind jährlich kündbar.

Verpflichtungen zum Erwerb von als Finanzinvestitionen zu haltenden Immobilien bestehen nicht.

(17) Wertpapiere (langfristig)

Die Wertpapiere werden der Kategorie „zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ zugeordnet und damit zum „beizulegenden Zeitwert“ bewertet. Darunter fallen börsennotierte variabel und festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und Anteile an Publikumsfonds.

Aufgrund der längerfristigen Anlagestrategie werden die im Bestand gehaltenen Wertpapiere, soweit diese bei fester Laufzeit am Bilanzstichtag eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr haben, unter den langfristigen Vermögenswerten ausgewiesen.

Im Berichtsjahr waren bei verschiedenen Aktienbeständen aufgrund signifikanter bzw. länger andauernder Wertminderungen erfolgswirksam Abschreibungen vorzunehmen. Im Geschäftsjahr erfolgten Abschreibungen auf den Wertpapierbestand in Höhe von 2.160 T€ (Vorjahr 1.358 T€). Zum Bilanzstichtag besteht aus der erfolgsneutralen Bewertung zum Fair Value eine Neubewertungsrücklage in Höhe von 6,1 Mio. € (Vorjahr 8,3 Mio. €).

Bei den Angaben zum Finanzrisikomanagement und den Finanzinstrumenten erfolgen hierzu weitere Erläuterungen.

(18) At equity bewertete Unternehmen

Bei den nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen handelt es sich um die 44,11 %-ige Beteiligung an der ZEAG Immobilien GmbH & Co. KG, Heilbronn und die 37 %-ige Beteiligung an der EE Bürgerenergie Heilbronn GmbH & Co. KG.

Der Anteil am Haftkapital der Gesellschaft beläuft sich wie im Vorjahr auf 5.000 T€, der Anteil an den Eventualverpflichtungen der Gesellschaft auf 1.970 T€ (Vorjahr 2.048 T€).

In der folgenden Tabelle sind die Vermögenswerte, Schulden und das Eigenkapital sowie die Umsatzerlöse und der Jahresüberschuss der at equity bewerteten Unternehmen dargestellt:

(in T€)	2013	2012
Bilanz - Aktiva		
Langfristige Vermögenswerte	28.317	25.517
Kurzfristige Vermögenswerte	849	1.273
	29.166	26.790
Bilanz - Passiva		
Eigenkapital	19.622	20.038
Langfristige Schulden	8.964	6.361
Kurzfristige Schulden	580	391
	29.166	26.790
Gewinn- und Verlustrechnung		
Umsatzerlöse	3.667	2.850
Jahresüberschuss	869	489

(19) Übrige finanzielle Vermögenswerte

(in T€)	2013	2012
Sonstige Beteiligungen	3.129	3.598
Forderungen an nahestehende Unternehmen	386	367
Forderungen an sonstige Beteiligungen	380	-
	3.895	3.965

Die sonstigen Beteiligungen im Strombereich, die zu Anschaffungskosten bewertet sind, betreffen im Wesentlichen die Beteiligung an der Baltic Windpark Beteiligungen GmbH & Co. KG, an der der Konzern unverändert mit 8,3 % beteiligt ist.

(20) Steuererstattungsansprüche

Die Steuererstattungsansprüche haben sich aus der Umstellung auf das Halbeinkünfteverfahren nach dem Steuersenkungsgesetz vom 23. Oktober 2000 durch die Neuregelung des Gesetzes über steuerliche Begleitmaßnahmen zur Einführung der Europäischen Gesellschaft und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften (SEStEG) vom 7. Dezember 2006 ergeben. Das hieraus resultierende Körperschaftsteuerguthaben wird in zehn gleichen Jahresraten, beginnend ab dem Jahr 2008, zurückgezahlt.

(21) Vorräte

Die Vorräte beinhalten die zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren Nettoveräußerungswert am Bilanzstichtag bewerteten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe in Höhe von 952 T€ (Vorjahr 1.094 T€). Im Berichtsjahr wurden Abschreibungen auf Vorräte in Höhe von 20 T€ (Vorjahr 9 T€) vorgenommen. Von den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sind am Bilanzstichtag 413 T€ (Vorjahr 160 T€) zum Nettoveräußerungswert in der Bilanz aufgeführt.

(22) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

(in T€)	2013	2012
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		
- an Dritte	18.990	17.083
- an nahestehende Unternehmen	735	753
	19.725	17.836

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten unter anderem aus noch nicht abgerechneten Strom- und Gasbezügen unserer Kunden abgegrenzte Forderungen in Höhe von 16,6 Mio. € (Vorjahr 15,3 Mio. €). Dabei wurden erhaltene Abschlagszahlungen in Höhe von 42,6 Mio. € (Vorjahr 37,4 Mio. €) verrechnet.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind grundsätzlich kurzfristig fällig und nicht verzinslich. Im Berichtsjahr sind Forderungsverluste in Höhe von 360 T€ (Vorjahr 327 T€) zu verzeichnen.

Von den ausgewiesenen Forderungen zum 31. Dezember 2013 waren Außenstände in Höhe von 169 T€ (Vorjahr 249 T€) wertgemindert, für die Einzelwertberichtigungen gebildet wurden. Aufgrund der Vielzahl der Forderungen werden Wertberichtigungen über ein Sammelwertberichtigungskonto erfasst.

Das Wertberichtigungskonto zeigt folgende Entwicklung:

Einzelwertberichtigungen (in T€)	2013	2012
Stand 1. Januar	157	236
Auflösung	60	92
Zuweisung	25	13
Stand 31. Dezember	122	157

Die Altersstruktur der nicht einzelwertberichtigten Forderungen ist in der folgenden Tabelle dargestellt:

(in T€)	31.12.2013	31.12.2012
weder überfällig noch wertgemindert	19.221	17.518
30 - 60 Tage	294	62
60 - 90 Tage	55	91
90 - 120 Tage	38	86
> 120 Tage	117	79
Summe	19.725	17.836

(23) Wertpapiere

Unter den Wertpapieren innerhalb der kurzfristigen Vermögenswerte werden als zur Veräußerung verfügbare Finanzinstrumente zusammengefasst, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Die hierin enthaltenen festverzinslichen Wertpapiere sind innerhalb eines Jahres zur Rückzahlung fällig.

(24) Sonstige finanzielle Vermögenswerte

Die sonstigen finanziellen Vermögenswerte umfassen unter anderem Festgeldanlagen bei Kreditinstituten, welche bei einer Laufzeit von mehr als drei Monaten als sonstige finanzielle Vermögenswerte ausgewiesen werden.

(25) Sonstige Vermögenswerte

Bei dieser Position handelt es sich im Wesentlichen um geleistete Vorauszahlungen und Zinsabgrenzungen.

(26) Zahlungsmittel

Die Guthaben bei Kreditinstituten für täglich verfügbare Guthaben werden mit variablen Zinssätzen verzinst. Die kurzfristigen Einlagen werden zwischen einem Tag und mehreren Monaten angelegt. Die Tages- und Festgeldanlagen (ursprüngliche Anlagedauer unter drei Monaten) werden mit dem jeweils gültigen Zinssatz für kurzfristige Einlagen verzinst.

Der Konzern verfügt zum 31. Dezember 2013 über Kreditlinien in Höhe von 5,0 Mio. € (Vorjahr 3,0 Mio. €). Hiervon wurden 0,3 Mio. € (Vorjahr 0,3 Mio. €) für Bürgschaften in Anspruch genommen. Für die Inanspruchnahme der Kredite sind alle notwendigen Bedingungen erfüllt.

(27) Eigenkapital

Das **Grundkapital** der Gesellschaft beträgt unverändert 19.400.000 € und ist vollständig eingezahlt. Es ist in 3.778.000 Stück nicht einzeln verbriefte, voll stimmberechtigte, nennwertlose Inhaber-Stückaktien eingeteilt.

Wie im Vorjahr hält die EnBW Energie Baden-Württemberg AG und die mit ihr verbundenen Gesellschaften zum Bilanzstichtag 98,26 % des Grundkapitals der ZEAG Energie AG.

Für die Darstellung der Konzerneigenkapitalveränderungsrechnung nach IFRS/IAS wurden die Ansätze des Grundkapitals und der Kapitalrücklage aus dem Einzelabschluss der ZEAG Energie AG übernommen.

Die **Kapitalrücklage** umfasst ausschließlich Agiobeträge aus Kapitalerhöhungen früherer Jahre.

Die in der Vergangenheit erzielten Ergebnisse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen fließen, soweit diese nicht ausgeschüttet werden, in die **Gewinnrücklagen** ein.

Der Jahresabschluss der ZEAG Energie AG per 31. Dezember 2013 weist einen Jahresüberschuss nach § 58 Abs. 2 AktG in Höhe von 12,9 Mio. € (Vorjahr 15,4 Mio. €) aus. Nach Einstellung von 1,5 Mio. € (Vorjahr 4,5 Mio. €) in die anderen Gewinnrücklagen ergibt sich bei einem Gewinnvortrag von 0,2 Mio. € (Vorjahr 0,6 Mio. €) ein Bilanzgewinn in Höhe von 11,6 Mio. € (Vorjahr 11,5 Mio. €).

Die in der Konzerneigenkapitalveränderungsrechnung ausgewiesenen Ausschüttungen entsprechen einer Dividende in Höhe von 3,00 € (Vorjahr 1,80 €) je Stückaktie.

Die im Konzerneigenkapital erfassten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aus leistungsorientierten Versorgungsverpflichtungen entwickelten sich wie folgt:

Kumulierte im Eigenkapital erfasste versicherungsmathematische Gewinne und Verluste (in T€)	2013	2012
Kumulierte im Eigenkapital erfasste versicherungsmathematische Gewinne und Verluste zum 01.01.	-7.049	-1.544
Erfasste versicherungsmathematische Gewinne (-) und Verluste (+)	-129	-5.505
Barwert der Versorgungsansprüche zum 31.12.	-7.178	-7.049

Unrealisierte Gewinne und Verluste der „zur Veräußerung verfügbar“ klassifizierten Wertpapiere werden nach IAS 39 im Konzerneigenkapital unter der Position **kumulierte erfolgsneutrale Veränderungen nach IAS 39** erfasst.

Sie zeigten im Berichtsjahr folgende Entwicklung:

(in T€)	2013	2012
Stand 01.01.	8.302	5.963
Abgang aufgrund von Verkäufen	-6.189	-7.099
Abgang für Wertminderungen	1.681	1.358
Zu-/Abgang aufgrund von Marktänderungen	2.225	9.131
Latente Steuern (- Aufwand/+ Ertrag) (davon aus Abgang)	89 (-8)	-1.051 (623)
Stand 31.12.	6.108	8.302

(28) Rückstellungen

(in T€)	Stand 01.01.2013	Zuführungen	erfolgsneutr. Veränderung	Auflösungen	Übertragungen	Aufzinsungen	Inanspruchnahmen	Stand 31.12.2013
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	38.748	581	157	-	388	1.440	1.691	39.623
Personalarückstellungen	1.067	969	-	-	-	34	729	1.341
Sonstige Rückstellungen	5.352	1.044	-	722	-	-	106	5.568
	45.167	2.594	157	722	388	1.474	2.526	46.532
davon langfristig	43.071							43.712
davon kurzfristig	2.096							2.820

Aufgrund einzelvertraglicher oder betrieblicher Regelungen gewährt der Konzern der Mehrzahl der Belegschaft und dem Vorstand nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses Ruhegelder und andere Leistungen. Für die Verpflichtungen aus den gegenüber den berechtigten aktiven und ehemaligen Mitarbeitern sowie deren Hinterbliebenen gegebenen Versorgungszusagen sind Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen gebildet. Die Übertragungen betreffen im Saldo Rückstellungen zu Gunsten von Mitarbeitern, die in andere EnBW-Gesellschaften gewechselt sind.

Die zugesagten Versorgungsleistungen sind von der Höhe der Vergütung der Mitarbeiter und der Dauer der Betriebszugehörigkeit abhängig.

Gemäß IAS 19 (revised 2011) werden die Verpflichtungen mit dem nach versicherungsmathematischen Methoden berechneten Barwert angesetzt, der nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren ermittelt wurde.

Der Berechnung liegen folgende Parameter zugrunde:

	2013	2012
Diskontierungszins	3,75%	3,80%
Zukünftig erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung	2,5% ¹	2,5% ²
Zukünftig erwartete Rentensteigerung	2,0%	2,0%

¹ 2014 0,82 %, 2017 4,30%

² 2013 0,00 %, 2014 0,70%, 2017 4,30%

Die Berechnungen basieren auf den Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck. Zur Ableitung des laufzeitkongruenten Diskontierungszinssatzes der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden wie in der Vergangenheit die auf Euro lautenden Unternehmensanleihen mit einem AA-Rating des AA-Corporate Bond Universum von Bloomberg als Datengrundlage herangezogen. Seit Ausbruch der Finanzkrise war jedoch ein signifikanter Anstieg des Spreads zwischen AA-gerateten Unternehmensanleihen und Staatsanleihen festzustellen. Das hat u. a. dazu geführt, dass man es für erforderlich hält, die Datenbasen näher zu analysieren um durch eine Modifikation der Grundgesamtheit der Anleihen eine höhere Kontinuität und damit einen besseren Einblick in die Vermögens- und Finanzlage des Unternehmens zu gewährleisten.

Für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind im Berichtsjahr folgende Aufwendungen erfasst:

(in T€)	2013	2012
Dienstzeitaufwand	682	441
Zinsaufwand für bereits erworbene Versorgungsansprüche	1.440	1.556
nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	-101	-
	2.021	1.997

Die Aufwendungen für im Berichtsjahr erdiente und ggf. nachzuerrechnende Versorgungsansprüche werden im Personalaufwand, die Zinsaufwendungen für bereits erworbene Versorgungsansprüche unter den Finanzaufwendungen ausgewiesen.

Die Entwicklung des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtungen wird in der folgenden Tabelle dargestellt:

(in T€)	2013	2012
Barwert der Versorgungsansprüche zum 01.01.	38.748	30.477
Laufender Dienstzeitaufwand	682	441
Aufzinsung der in Vorjahren erworbenen Ansprüche	1.440	1.556
Versicherungsmathematische Gewinne (-) und Verluste (+) aus erfahrungsbedingten Anpassungen	1.071	324
aus Änderungen der finanziellen Annahmen	6	7.574
aus Änderung der demographischen Annahmen	-920	-
nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	-101	-
Übertragungen von Versorgungsverpflichtungen	387	53
Gezahlte Versorgungsleistungen	-1.690	-1.677
Barwert der Versorgungsansprüche zum 31.12.	39.623	38.748

Die gewichtete durchschnittliche Restlaufzeit der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen beträgt 16,8 Jahre (Vorjahr 16,8 Jahre).

Eine Veränderung der wesentlichen Parameter für die Berechnung des Barwerts der Versorgungsverpflichtungen wirkt sich auf deren Höhe aus. Im Rahmen einer Sensitivitätsanalyse wurden die Auswirkungen eines Anstiegs bzw. Rückgangs um 0,5 % bzw. einer Veränderung der Lebenserwartung um jeweils 1 Jahr ermittelt, die in der nachfolgenden Tabelle dargestellt sind. Den Berechnungen liegt die durchschnittliche Laufzeit der zum 31. Dezember 2013 ermittelten Versorgungsverpflichtungen zugrunde.

Entwicklung der Pensionsverpflichtung (in T€)	Veränderung	Anstieg	Rückgang
Diskontierungszinssatz	0,5%	342	-470
Gehaltstrend	0,5%	417	-384
Rententrend	0,5%	400	-400
Lebenserwartung	1 Jahr	409	-390

Die **Personalarückstellungen** umfassen Verpflichtungen aus dem Altersteilzeittarif der Elektrizitätswirtschaft und andere arbeits- und sozialrechtliche Verpflichtungen. Der wesentliche Teil der Personalarückstellungen hat eine Laufzeit von zwei bis fünf Jahren.

Unter den **sonstigen Rückstellungen** sind Rückstellungen für Erneuerungsverpflichtungen des von uns genutzten Wasserkraftwerks sowie Rückstellungen von Kosten für zu erwartende Umweltschutzmaßnahmen im stillgelegten Steinbruch Lauffen ausgewiesen. Der wesentliche Teil der sonstigen Rückstellungen hat eine Laufzeit von über fünf Jahren.

Der Bewertung der Rückstellung für Erneuerungsverpflichtungen liegen branchenübliche Erfahrungswerte zugrunde, die spezifischen Unsicherheitsfaktoren unterworfen sind.

(29) Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten

(in T€)	2013	2012
Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen	742	749
Sonstige Verbindlichkeiten	18	21
	760	770

Die Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen beinhalten die langfristigen Verpflichtungen aus Leasingverpflichtungen gegenüber der Neckar AG. Hierbei handelt es sich um Vereinbarungen zur Nutzung eines Wasserkraftwerks, die gemäß den Bestimmungen des IFRIC 4 als eingebettetes Leasingverhältnis gewertet und bilanziert werden.

Die Neckar AG hat sich mit diesem Vertrag (Laufzeit bis 31. Dezember 2050) zur Lieferung des in diesem Kraftwerk hergestellten Stroms an die ZEAG verpflichtet. Die ZEAG trägt neben den vereinbarten laufenden Entgelten auch etwa anfallende Aufwendungen für die Erneuerung der baulichen und maschinellen Anlagen des Kraftwerks.

Am Bilanzstichtag bestehen ausstehende Leasingzahlungen in Höhe von 1.816 T€ (Vorjahr 1.865 T€), die mit einem Barwert (Zinssatz wie im Vorjahr 5,5 %) von insgesamt 790 T€ (Vorjahr 798 T€) bewertet sind. Der Buchwert des Gebäudes sowie der technischen Anlagen und Maschinen des Wasserkraftwerks beträgt 0 T€ (Vorjahr 0 T€).

(in T€)	Ausstehende Leasingraten		Barwert der Leasingzahlungen	
	2013	2012	2013	2012
davon fällig				
innerhalb eines Jahres	49	49	48	48
zwischen einem und fünf Jahren	196	196	168	168
länger als fünf Jahre	1.571	1.620	574	582
	1.816	1.865	790	798
Abzinsung	1.026	1.067		

Im Berichtsjahr wurden bedingte Leasingzahlungen in Höhe von 252 T€ (Vorjahr 253 T€) erfolgswirksam verrechnet.

(30) Latente Steuerschulden

(in T€)	31.12.2013		31.12.2012	
	Aktive latente Steuer	Passive latente Steuer	Aktive latente Steuer	Passive latente Steuer
Immaterielle Vermögenswerte	2.345	-	2.598	-
Sachanlagen	370	16.637	246	16.618
Finanzielle Vermögenswerte	1.842	3.198	839	3.058
Vorräte	-	-	-	-
Forderungen und sonstige finanzielle Vermögenswerte	242	52	85	39
Wertpapiere	-	-	-	-
Rückstellungen	5.961	54	7.249	1.529
Verbindlichkeiten	3.984	348	3.878	97
Bilanzausweis nach Saldierung	14.744	20.289	14.895	21.341
		5.545		6.446

Die als zur Veräußerung verfügbar klassifizierten Wertpapiere wurden erfolgsneutral mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Für diese erfolgte eine erfolgsneutrale Verrechnung der latenten Steueransprüche in Höhe von 356 T€ (Vorjahr 102 T€) und latenten Steuerschulden in Höhe von 948 T€ (Vorjahr 1.051 T€) mit dem Eigenkapital.

Der Gesamtbetrag der nicht passivierten temporären Unterschiede im Zusammenhang mit Anteilen an Tochterunternehmen beläuft sich auf 8.116 T€ (Vorjahr 7.177 T€).

(31) Rechnungsabgrenzungsposten

(in T€)	2013	2012
Baukostenzuschüsse	24.539	24.490
Im Voraus erhaltener Erbbauzins	12.232	12.438
	36.771	36.928

davon langfristig	35.527	35.740
davon kurzfristig	1.244	1.188

Für die im Eigentum des Konzerns befindlichen Vermögenswerte des Strom- und Gasbereichs wurden Baukostenzuschüsse vereinnahmt, die in Höhe von 24.539 T€ (Vorjahr 24.490 T€) passiviert wurden.

Ein im Voraus erhaltener Erbbauzins wird auf die Restlaufzeit des Erbbaurechts von 60 Jahren verteilt. Jährlich werden hiervon 207 T€ (Vorjahr 207 T€) ertragswirksam aufgelöst.

(32) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten

(in T€)	2013	2012
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	8.879	6.186
Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen	23.064	7.860
Verpflichtungen aus Finanzierungsleasing	48	48
Sonstige nicht finanzielle Verbindlichkeiten	6.066	2.653
	38.057	16.747

Bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen handelt es sich um nicht verzinsliche, in der Regel kurzfristige und innerhalb von 30 Tagen fällige Verpflichtungen.

Unter den Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen sind die Salden aus dem Liefer- und Leistungsverkehr mit den Gesellschaften des EnBW-Konzerns sowie der kurzfristige Anteil der Leasingverpflichtung gegenüber der Neckar AG (Tz 29) in Höhe von 48 T€ (Vorjahr 48 T€) ausgewiesen. Den Transaktionen lagen bei Vertragsabschluss jeweils marktübliche Konditionen zugrunde. In den sonstigen nicht finanziellen Verbindlichkeiten sind überwiegend Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern 3.154 T€ (Vorjahr 37 T€) und Personalverpflichtungen 2.282 T€ (Vorjahr 2.465 T€) enthalten.

Die finanziellen und nicht finanziellen Verbindlichkeiten sind nicht verzinslich und innerhalb des folgenden Geschäftsjahrs fällig.

(33) Erläuterungen zur Konzernkapitalflussrechnung

Mit der Konzernkapitalflussrechnung wird die Entwicklung des Finanzmittelbestands der ZEAG in der Berichtsperiode durch Mittelzu- und Mittelabflüsse dargestellt. Der Mittelzufluss wird ausgehend vom Ergebnis vor Steuern (EBT) indirekt abgeleitet. Nach Bereinigung um nicht ausgabewirksame Posten der im Investitions- bzw. Finanzierungsbereich auszuweisenden Posten des Finanzergebnisses und der Veränderung der Mittelbindung der betrieblichen Vermögenswerte und Schulden, ergibt sich der operative Cashflow aus der betrieblichen Geschäftstätigkeit.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit wird aus den Mittelab- und Mittelzuflüssen des Investitionsbereichs einschließlich der zahlungswirksamen Posten des Finanzergebnisses abgeleitet. Die Mittelzu- und -abflüsse aus dem Finanzierungsbereich werden im Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit ausgewiesen.

Die Summe der Cashflows gibt die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes wieder.

FINANZRISIKOMANAGEMENT UND FINANZINSTRUMENTE

Die ZEAG verfügt über unterschiedlichste, unmittelbar aus der Geschäftstätigkeit resultierende finanzielle Vermögenswerte wie Darlehensforderungen, Wertpapiere, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, Zahlungsmittel und sonstige kurzfristige Einlagen.

Die wesentlichen im ZEAG-Konzern bestehenden finanziellen Verbindlichkeiten sind Schulden aus Lieferungen und Leistungen und Schulden aus Finanzierungs-Leasingverhältnissen. Die finanziellen Verbindlichkeiten werden zur Finanzierung der Geschäftstätigkeit des Konzerns eingesetzt.

Unter die wesentlichen Risiken der Finanzinstrumente fallen zinsbedingte Cashflowrisiken, Preis- sowie Kredit- und Liquiditätsrisiken.

Strategien und Verfahren zur Steuerung einzelner Risikoarten, die durch die Unternehmensleitung beschlossen wurden, werden wie folgt aufgeführt:

Zinsrisiko

In der Regel werden Ausleihungen oder Finanzanlagen nur mit festen Zinssätzen vereinbart. Schwankende Marktzinssätze stellen daher für den Konzern ein Fair-Value-Risiko dar. Aufgrund der Klassifizierung der Wertpapiere als „zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ werden Wertschwankungen bis zur Veräußerung im sonstigen Ergebnis im Eigenkapital in einer entsprechenden Rücklage erfasst.

Sonstige Preisrisiken

Aufgrund schwankender Börsenkurse ist der Konzern dem Risiko von Wertschwankungen der im Besitz des Konzerns befindlichen Aktien, festverzinslichen Wertpapiere und Anteile an Publikumsfonds ausgesetzt.

Hierbei handelt es sich überwiegend um Wertpapiere in Euro und Emittenten mit Sitz innerhalb der Europäischen Union. Schwankungen der Marktzinssätze haben unmittelbaren Einfluss auf die Börsenkurse für festverzinsliche Wertpapiere.

Bei Anlageentscheidungen für den ZEAG-Konzern wird die jeweils gültige Treasury-Richtlinie beachtet. Ziel der Richtlinie ist die Absicherung des Unternehmens gegen finanzielle Risiken und eine Optimierung des Finanzergebnisses.

Aufgrund der volatilen Marktsituation und dem ungünstigen Kosten-/Nutzenverhältnis wird von einer Absicherung der direkt gehaltenen Wertpapiere (Aktien) wie auch schon im Vorjahr abgesehen.

Im Rahmen der gültigen Anlagerichtlinien sichert das Assetmanagement des Spezialfonds den Wertpapierbestand auf der Basis eines Return-on-Investment-Ansatzes ab. Richtlinienkonform wird kein Handel mit diesen Derivaten betrieben.

Bei der Sensitivitätsanalyse werden Wertänderungen bei inländischen Aktien, bei Anteilen an Publikumsfonds und Genussscheinen unter der Prämisse von 15 %-igen Kursschwankungen (Vorjahr 15 %) ermittelt. Bei den festverzinslichen Wertpapieren wird hierbei eine Änderung des Zinsniveaus um 1 % angenommen.

Das Ergebnis und damit auch das Eigenkapital würde sich unter dem gegebenen Risikoszenario um 7,0 Mio. € erhöhen bzw. vermindern (Vorjahr 7,1 Mio. €). Von der hypothetischen Veränderung des Eigenkapitals entfallen 5,1 Mio. € (Vorjahr 6,8 Mio. €) auf Aktien und 1,9 Mio. € (Vorjahr 0,3 Mio. €) auf festverzinsliche und andere Wertpapiere.

Kreditrisiko

Gemäß den Vorschriften der Grundversorgungsverordnung ist die ZEAG verpflichtet, jedermann im Versorgungsgebiet mit elektrischer Energie bzw. Erdgas zu versorgen.

Der Kunde wird einer Bonitätsprüfung unterzogen, wenn die Versorgung außerhalb der Bestimmungen zur Grundversorgung erfolgt. Wenn Zweifel an der Bonität bestehen, wird die Energielieferung erst nach Leistung einer Vorauszahlung vorgenommen.

Eine laufende Überwachung der Forderungsbestände soll das Kreditrisiko senken, damit der Konzern keinen wesentlichen Ausfallrisiken ausgesetzt ist.

Bei Anlageentscheidungen im Zusammenhang mit den sonstigen finanziellen Vermögenswerten wie Zahlungsmitteln, zur Veräußerung verfügbaren Finanzinvestitionen und Ausleihungen wird die Treasury-Richtlinie der Gesellschaft beachtet.

Ausfallrisiko

Das Gesamtvolumen der Finanzinstrumente in Höhe von 192,7 Mio. € (Vorjahr 179,4 Mio. €) entspricht dem maximalen Ausfallrisiko der Finanzinstrumente, da keine Absicherungen der Finanzinstrumente bestehen.

Von Kunden mit schlechter Bonität wurden Sicherheiten in Höhe von 403 T€ (Vorjahr 370 T€) gestellt, um das Ausfallrisiko zu minimieren. Die Sicherheiten wurden durch Einzahlungen geleistet, so dass der beizulegende Zeitwert dem Buchwert entspricht.

Zur Minimierung der Ausfallrisiken wurden Wertberichtigungen für Ausfallrisiken in Höhe von 122 T€ (Vorjahr 157 T€) durchgeführt. Es bestehen keine konkreten Anhaltspunkte für mögliche sonstige Ausfälle.

Das Forderungsportfolio ist branchenbedingt breit gestreut, so dass keine weiteren Risikokonzentrationen vorliegen. Das Risiko von Forderungsausfällen ist daher begrenzt.

Liquiditätsrisiko

Im Rahmen einer kurz- und mittelfristigen Planung überwacht der Konzern kontinuierlich das Risiko eines Liquiditätsengpasses. Laufzeiten der Finanzinvestitionen und der finanziellen Vermögenswerte sowie der erwartete Cashflow aus der Geschäftstätigkeit finden dabei Berücksichtigung.

Mittels Umschichtungen der finanziellen Vermögenswerte verfolgt der Konzern das Ziel, den Finanzmittelbedarf aus dem eigenen Bestand zu decken. Die Flexibilität wird durch die kurzfristige Nutzung von Kontokorrentkrediten sichergestellt.

Die Fälligkeiten der finanziellen Verbindlichkeiten auf Basis der vertraglichen nicht abgezinsten Zahlungen entwickelten sich wie folgt:

31. Dezember 2013 (in T€)	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen	Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten
bis 3 Monate	8.863	23.064	1.035
3 - 12 Monate	5	49 *	-
1 - 5 Jahre	11	196 *	-
über 5 Jahre	-	1.571 *	-
Summe	8.879	24.880	1.035

31. Dezember 2012 (in T€)	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen	Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten
bis 3 Monate	6.186	7.860	1.067
3 - 12 Monate	-	49 *	-
1 - 5 Jahre	-	196 *	-
über 5 Jahre	-	1.620 *	-
Summe	6.186	9.725	1.067

* Verbindlichkeit aus Finanzierungsleasing (TZ 29)

Kapitalsteuerung

Die Kapitalsteuerung zielt darauf ab, die Geschäftstätigkeit durch eine hohe Eigenkapitalquote zu unterstützen, um damit die Ertragskraft des Konzerns zu stärken.

Die Kapitalstruktur wird durch Anpassungen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gesteuert. Um die Kapitalstruktur den geänderten wirtschaftlichen Bedingungen anzupassen, kann der Konzern Dividendenzahlungen an die Anteilseigner verändern, Kapitalrückzahlungen an die Anteilseigner vornehmen oder neue Aktien ausgeben. Im Vergleich zum Vorjahr erfolgten keine Änderungen der Ziele, Richtlinien und Verfahren.

Der Kapitaldeckungsgrad entspricht dem Verhältnis des Eigenkapitals einschließlich der langfristig zur Verfügung stehenden Fremdmittel zum langfristig gebundenen Vermögen. Mithilfe des Kapitaldeckungsgrads überwacht der Konzern seine Kapitalausstattung.

Es wird beabsichtigt, das langfristig gebundene Vermögen zu mindestens 100 % durch langfristiges Kapital zu decken. Der Kapitaldeckungsgrad hat sich insbesondere aufgrund eines Rückgangs bei den langfristigen Vermögenswerten von 125,5 % im Vorjahr auf 128,7 % erhöht.

(in T€)	2013	2012
Langfristige Vermögenswerte	239.131	251.249
Eigenkapital	222.103	228.639
Langfristige Fremdmittel	85.658	86.609
Langfristiges Kapital	307.761	315.248
Kapitaldeckungsgrad	128,7%	125,5%

Weitere Angaben zu Finanzinstrumenten

Die folgende Tabelle leitet die einzelnen Bilanzpositionen zu Klassen und Bewertungskategorien gemäß IAS 39 über. Die Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten entsprechen im Wesentlichen deren Zeitwerten. Auf eine gesonderte Angabe der Zeitwerte kann deshalb verzichtet werden. Für die Beteiligungen ist eine Angabe der Zeitwerte nicht möglich, da hierfür kein aktiver Markt besteht.

Aktiva per 31.12.2013 (in T€)	Buchwerte nach Bewertungskategorien				Buchwert
	IAS 17	Zur Veräußerung verfügbar	Zu Handelszwecken gehalten	Kredite und Forderungen	
Wertpapiere	-	85.340	-	-	85.340
Beteiligungen	-	-	-	3.129	3.129
Festgeld	-	-	-	15.000	15.000
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-	-	-	19.725	19.725
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	-	-	25	8.093	8.118
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	-	-	-	61.383	61.383
	-	85.340	25	107.330	192.695
Aktiva per 31.12.2012 (in T€)					
Wertpapiere	-	99.360	-	-	99.360
Beteiligungen	-	-	-	3.598	3.598
Festgeld	-	-	-	15.032	15.032
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-	-	-	17.836	17.836
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	-	-	-	7.764	7.764
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	-	-	-	35.819	35.819
	-	99.360	-	80.049	179.409

Die langfristigen Wertpapiere in Höhe von 83,1 Mio. € (Vorjahr 95,4 Mio. €) umfassen börsennotierte Aktien, Rentenfonds und Anteile an Publikumsfonds in Höhe von 34,5 Mio. € (Vorjahr 46,2 Mio. €), die Markt- und Preisrisiken unterliegen. Die unter der gleichen Position ausgewiesenen variabel und festverzinslichen Wertpapiere entsprechen dem Nennwert von 48,6 Mio. € (Vorjahr 49,1 Mio. €) und unterliegen einem marktzinsabhängigen Risiko.

Das maximale Ausfallrisiko je Klasse entspricht dem jeweiligen Buchwert. Hinsichtlich der überfälligen, nicht wertberichteten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wird auf die Angaben in Tz 22 verwiesen. In den übrigen Klassen sind keine überfälligen Forderungen zu verzeichnen.

Wertpapiere mit einem Buchwert von 31,5 Mio. € (Vorjahr 26,4 Mio. €) weisen eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren auf.

Für die Verwaltung der Wertpapiere sind Entgelte in Höhe von 319 T€ (Vorjahr 315 T€) aufgewendet worden.

Der Bilanzwert entspricht dem beizulegenden Zeitwert der Wertpapiere und basiert auf den veröffentlichten Marktpreisen am Bilanzstichtag.

Bei festverzinslichen Finanzinstrumenten wird über die gesamte Laufzeit ein Marktzinssatz vereinbart. Bei Änderungen der Marktzinsen besteht das Risiko darin, dass sich der beizulegende Zeitwert des Finanzinstruments verändert (zinsbedingtes Kursrisiko). Der Zeitwert bestimmt sich aus dem Barwert der künftigen Zahlungen (Zinsen und Rückzahlungsbetrag). Die Zahlungen werden mit dem am Bilanzstichtag für die Restlaufzeit ermittelten Marktzinssatz abgezinst. Ein Gewinn oder Verlust aus dem zinsbedingten Risiko tritt nur bei Veräußerung des festverzinslichen Finanzinstruments vor Ende der Laufzeit ein.

Zum 31. Dezember 2013 hat der Konzern folgende mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewertende Finanzinstrumente im Bestand:

Bewertungskategorien nach IAS 39 (in T€)	Hierarchie			Buchwert	Buchwert Vorjahr
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3		
Aktien	25.904	-	-	25.904	26.619
Anteile an Publikumsfonds	8.587	-	-	8.587	19.648
Festverzinsliche Wertpapiere	50.849	-	-	50.849	53.093
Derivate ohne Sicherungsbeziehung	-	25	-	25	-
	85.340	25	-	85.365	99.360

Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten erfolgt auf folgender Bewertungshierarchie:

In der Stufe 1 erfolgt die Bewertung aufgrund notierter Preise für gleichartige Vermögenswerte auf aktiven Märkten.

Eine Bewertung, bei der sich die verwendeten beobachtbaren direkten oder indirekten Input-Parameter wesentlich auf den Zeitwert auswirken, ist der Stufe 2 zugeordnet.

Bei dem Bewertungsverfahren der Stufe 3 werden Input-Parameter verwendet, die sich wesentlich auf den erfassten beizulegenden Zeitwert auswirken und nicht auf beobachtbaren Marktdaten basieren.

Einer EnBW-Konzerngesellschaft wird ein unverzinsliches Darlehen mit einem Buchwert in Höhe von 386 T€ (Vorjahr 367 T€) gewährt.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen entsprechen dem am Bilanzstichtag beizulegenden Zeitwert, da sie meist kurzfristig fällig sind. Da der beizulegende Zeitwert der Finanzinstrumente auf der Passivseite keinem langfristigen Zinsänderungsrisiko unterliegt, deckt sich dieser mit dem Buchwert.

Mit der folgenden Tabelle werden die verschiedenen Bilanzpositionen zu Klassen und Bewertungskategorien gemäß IAS 39 übergeleitet und die entsprechenden beizulegenden Zeit- und Buchwerte dargestellt:

Passiva per 31.12.2013 (in T€)	Buchwerte nach Bewertungskategorien		Buchwert
	IAS 17	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-	31.943	31.943
Finanzierungsleasing	791	-	791
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	-	1.052	1.052
	791	32.995	33.786
Passiva per 31.12.2012 (in T€)			
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-	14.045	14.045
Finanzierungsleasing	798	-	798
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	-	1.067	1.067
	798	15.112	15.910

Die sonstigen finanziellen Verbindlichkeiten sind nicht verzinslich und innerhalb des folgenden Geschäftsjahrs fällig.

Die aktiven Finanzinstrumente dienen dazu, langfristige Verpflichtungen und teilweise auch das laufende Geschäft abzudecken.

Die Wertpapiere des Spezialfonds werden in der Konzernbilanz gesondert nach der jeweiligen Anlageart ausgewiesen. Der Wertpapierspezialfonds erzielte laufende Erträge in Höhe von 2.549 T€ (Vorjahr 2.734 T€).

Die Nettogewinne oder -verluste sind nach Bewertungskategorien nachfolgend dargestellt:

(in T€)	2013	2012
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	8.174	10.209
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte	-2.077	-2.783
Kredite und Forderungen	-360	-327
	5.737	7.099

Die Nettogewinne der Bewertungskategorie „zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ beinhalten neben Wertberichtigungen auch realisierte Verluste bzw. Erträge aus deren Abgang. Aufgrund dauerhafter Wertminderungen der Wertpapiere waren erfolgswirksame Wertberichtigungen in Höhe von 2.160 T€ (Vorjahr 1.358 T€) vorzunehmen, davon waren bereits 1.681 T€ (Vorjahr 1.358 T€) erfolgsneutral in den kumulierten erfolgsneutralen Veränderungen erfasst.

Infolge der positiven Entwicklung der Marktwerte der Finanzinstrumente der Kategorie „zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ wurden 2,2 Mio. € (Vorjahr 9,1 Mio. €) erfolgsneutral erfasst.

Im Berichtsjahr wurden aus den zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren Dividenden in Höhe von 1.146 T€ (Vorjahr 1.225 T€) vereinnahmt.

Die Nettoverluste (-gewinne) aus den „zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten“ betreffen im Wesentlichen unterjährige Kontrakte. Zum Bilanzstichtag befanden sich Vermögenswerte in Höhe von 25 T€ im Bestand, die zu Handelszwecken gehalten werden und betreffen im Wesentlichen innerhalb eines Jahres zu erfüllende Commodity-Derivate für Strom und Gas. Im Rahmen unserer Energiebeschaffung werden Energiehandelskontrakte (Forward) für Zwecke des Preisrisikomanagements geschlossen. Die geschlossenen Kontrakte weisen ein Nominalvolumen von 990 T€ auf, deren Marktwert sich zum Bilanzstichtag um 25 T€ erhöhte. Wäre der Marktpreis am Bilanzstichtag um 10 % höher oder niedriger angefallen, hätte sich der Jahresüberschuss um 71 T€ verbessert bzw. um 71 T€ reduziert.

Nettoverluste der Bewertungskategorie „Kredite und Forderungen“ ergeben sich aus Wertberichtigungen beziehungsweise im Vorjahr Wertberichtigungen und Abschreibungen.

SONSTIGE ANGABEN

Sonstige finanzielle Verpflichtungen und Eventualverbindlichkeiten

Aus Leasing- und Mietverträgen für EDV-Anlagen, Anlagen in fremden Gebäuden und angemieteten Büro- und Werkstatträumen mit einer Laufzeit bis 2029 sowie eingeräumten Grunddienstbarkeiten bestehen folgende Zahlungsverpflichtungen:

	2013	2012
Innerhalb eines Jahres	1.252 T€	1.875 T€
Zwischen einem und 5 Jahren	3.453 T€	3.432 T€
Über 5 Jahre	9.496 T€	10.294 T€

Im Zusammenhang mit angemieteten Büroräumen bestehen Mietverlängerungsoptionen bis zum Jahr 2059. Im Berichtsjahr wurden Miet- und Leasingzahlungen in Höhe von 1.252 T€ (Vorjahr 1.870 T€) geleistet. Für bereits bestellte, aber noch nicht gelieferte Sachanlagen ist zum Bilanzstichtag ein Bestellobligo über 6,3 Mio. € (Vorjahr 1,0 Mio. €) zu verzeichnen.

Eventuelle Ansprüche aus am Bilanzstichtag schwebenden Rechtsstreitigkeiten gegen Konzernunternehmen sind im vorliegenden Abschluss - soweit erforderlich - durch Bildung entsprechender Rückstellungen berücksichtigt.

Im Falle betriebsbedingter Kündigungen und/oder einer Überfremdung der betreffenden Gesellschaft bestehen im Zusammenhang mit Teilbetriebsübergängen – befristet bis 31. Dezember 2018 – Eventualverbindlichkeiten aus personalwirtschaftlichen Verpflichtungen von bis zu 9,7 Mio. € (Vorjahr 2,2 Mio. €). Nach derzeitiger Einschätzung ist mit einer Inanspruchnahme nicht zu rechnen, da eine Überfremdung der betreffenden Gesellschaft in der Verpflichtungsperiode nicht absehbar ist.

Darüber hinaus bestehen Risiken aufgrund von Abweichungen zwischen Bilanzkreisabrechnungen und dem tatsächlichen Verbrauch unserer Kunden sowie aus möglichen Steuernachzahlungen nach steuerlichen Außenprüfungen.

Im Falle nuklearer Schäden bestehen Risiken aus Vereinbarungen zum Strombezug aus dem GKN. Diese ergeben sich aus einer möglichen Inanspruchnahme im Rahmen der von den Betreibern der Kernkraftwerke zu erfüllenden Deckungsvorsorge nach dem Atomgesetz. Die finanziellen Auswirkungen können nicht eingeschätzt werden.

Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

In den Konzernabschluss der ZEAG Energie AG sind die Jahresabschlüsse der folgenden Gesellschaften einbezogen:

	Sitz	Fußnote	Kapitalanteil (%)	Eigenkapital T€	Ergebnis T€
Vollkonsolidierte Unternehmen					
Gasversorgung Unterland GmbH	Heilbronn	1	100	6.829	1.371
NHF Netzgesellschaft Heilbronn-Franken mbH	Heilbronn	1, 2	100	1.000	-
ZEAG Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH	Heilbronn	1	100	40	2
BürgerEnergie Königheim GmbH & Co. KG	Königheim	1	99	64	-32
BürgerEnergie Widdern GmbH & Co. KG	Widdern	1	99	71	-8
EE BürgerEnergie Boxberg GmbH & Co. KG	Boxberg	1	99	92	-8
EE BürgerEnergie Braunsbach GmbH & Co. KG	Braunsbach	1	99	67	-22
EE BürgerEnergie Bühlerzell GmbH & Co. KG	Bühlerzell	1	99	96	-4
EE BürgerEnergie Forchtenberg GmbH & Co. KG	Forchtenberg	1	99	94	-6
EE BürgerEnergie Frankenhardt GmbH & Co. KG	Frankenhardt	1	99	94	-6
EE BürgerEnergie Hardthausen GmbH & Co. KG	Hardthausen	1	98	60	-33
EE BürgerEnergie Jagsthausen GmbH & Co. KG	Jagsthausen	1	99	88	-12
EE BürgerEnergie Krautheim GmbH & Co. KG	Krautheim	1	99	88	-12
EE BürgerEnergie Möckmühl GmbH & Co. KG	Möckmühl	1	99	92	-8
EE BürgerEnergie Neudenau GmbH & Co. KG	Neudenau	1	99	93	-7
EE BürgerEnergie Sulzbach-Laufen GmbH & Co. KG	Sulzbach-Laufen	1	99	95	-5

¹ Jahresabschlüssen entnommen und zeigen nicht den Beitrag der Gesellschaften zum Konzernergebnis.

² Ergebnisabführungs- bzw. Beherrschungsvertrag

Die at equity-konsolidierten Beteiligungen an der ZEAG Immobilien GmbH & Co. KG und der EE BürgerEnergie Heilbronn GmbH & Co. KG, beide Heilbronn, sind mit einem Buchwert von 10.565 T€ (Vorjahr 10.833 T€) bilanziert.

Aus Wesentlichkeitsgründen wird die 2011 neu gegründete ZEAG Erneuerbare Energien GmbH, Heilbronn, nach IAS 39 bilanziert und nicht konsolidiert in den ZEAG-Konzernabschluss einbezogen.

Die EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Karlsruhe, ist dem Konzern übergeordnet, in deren Konzernabschluss werden die nach IFRS aufgestellten Jahresabschlüsse der ZEAG Energie AG, der NHF Netzgesellschaft Heilbronn-Franken mbH, der Gasversorgung Unterland GmbH sowie der ZEAG Immobilien GmbH & Co. KG einbezogen. Die EnBW Kommunale Beteiligungen GmbH, Stuttgart, ist direkte Muttergesellschaft.

In der folgenden Tabelle werden die Transaktionen zwischen dem Konzern und den nahestehenden Unternehmen des EnBW-Konzerns und deren Einfluss auf den Konzernabschluss dargestellt:

(in T€)	2013	2012	wesentliche zugrunde liegende Geschäfte
Gewinn- und Verlustrechnung			
Umsatzerlöse	40.785	42.569	Strom- und Gaslieferungen
davon mit Mutterunternehmen	-	1	
davon mit Schwestergesellschaften	40.785	42.568	
<i>davon mit at equity-Beteiligung</i>	<i>389</i>	<i>372</i>	
Sonstige betriebliche Erträge	3.076	3.214	Dienstleistungen
davon mit Mutterunternehmen	10	-	
davon mit Schwestergesellschaften	3.066	3.214	
<i>davon mit at equity-Beteiligung</i>	<i>451</i>	<i>516</i>	
Materialaufwand	123.397	102.788	Stromlieferungen
davon mit Mutterunternehmen	-	-	
davon mit Schwestergesellschaften	123.397	102.788	
<i>davon mit at equity-Beteiligung</i>	<i>3</i>	-	
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.867	3.494	Dienstleistungen, Mieten
davon mit Mutterunternehmen	-	48	
davon mit Schwestergesellschaften	2.867	3.446	
<i>davon mit at equity-Beteiligung</i>	<i>1.481</i>	<i>1.825</i>	
Finanzergebnis	415	333	Darlehensgewährungen
davon mit Mutterunternehmen	-	25	
davon mit Schwestergesellschaften	415	308	
<i>davon mit at equity-Beteiligung</i>	<i>341</i>	<i>315</i>	
Bilanz			
Lang- und kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	386	367	Darlehen
davon mit Mutterunternehmen	-	-	
davon mit Schwestergesellschaften	386	367	
<i>davon mit at equity-Beteiligung</i>	<i>500</i>	-	
Sonstige Vermögenswerte	675	755	Lieferungen und Leistungen
davon mit Mutterunternehmen	-	-	
davon mit Schwestergesellschaften	675	755	
<i>davon mit at equity-Beteiligung</i>	<i>117</i>	-	
Rückstellungen	4.771	4.189	Stromlieferungen
davon mit Mutterunternehmen	62	-	
davon mit Schwestergesellschaften	4.709	4.189	
Sonstige Verbindlichkeiten	790	798	Leasingverhältnis
davon mit Schwestergesellschaften	790	798	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	23.971	9.881	Lieferungen und Leistungen
davon mit Schwestergesellschaften	23.971	9.881	
<i>davon mit at equity-Beteiligung</i>	<i>62</i>	-	

Den Transaktionen liegen bei Vertragsabschluss unter unabhängigen Geschäftspartnern übliche Konditionen zugrunde. Zum Geschäftsjahresende sind die Forderungen und Verbindlichkeiten nicht besichert; die Salden aus dem gegenseitigen Liefer- und Leistungsverkehr werden nicht verzinst.

Darlehen werden mit den Zinssätzen verzinst, die bei Vertragsabschluss unter unabhängigen Geschäftspartnern üblich waren. Als Äquivalent für die Gewährung eines Strombezugsrechts wurde einem Vertragspartner ein unverzinsliches Darlehen gewährt.

Es bestehen keine Garantien für Forderungen oder Schulden gegen nahestehende Unternehmen.

Alle Forderungen oder Verbindlichkeiten werden durch Geldleistungen beglichen. Wie im Vorjahr waren keine Wertberichtigungen auf diese Forderungen notwendig.

Aus ausstehenden Leasingraten besteht eine Verbindlichkeit, die mit dem Barwert angesetzt ist. Diese betrifft eine Vereinbarung über Stromlieferungen aus dem Wasserkraftwerk Heilbronn-Horkheim, die nach IFRIC 4 als Finanzierungsleasing einzustufen ist.

Mit nahestehenden Personen wurden keine wesentlichen Geschäfte getätigt.

Der Vergütungsbericht, der Bestandteil des Lageberichts ist, gibt Aufschluss über die Grundzüge des Vergütungssystems und die Höhe der Vergütungen von Vorstand, Aufsichtsrat und früheren Vorstandsmitgliedern.

Die Bezüge des Vorstands gliederten sich im Geschäftsjahr 2013 bzw. 2012 wie folgt:

(in T€)	Erfolgsunabhängige Vergütung	Sonstiges	Erfolgsbezogene Vergütung*	Gesamt
2013	201	12	51	264
2012	205	11	52	268

* Rückstellung zum Bilanzstichtag, abzügl. Auflösung Rückstellung Vorjahr

Von den im Geschäftsjahr 2013 gewährten Bezügen entfallen 16 T€ (Vorjahr 17 T€) auf Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung.

Die Zuführung zur Pensionsverpflichtung gegenüber dem Vorstand betrug im Geschäftsjahr 21 T€ (Vorjahr 84 T€) und beinhaltet den Dienstzeit- und Zinsaufwand.

Die Pensionsverpflichtung (Defined Benefit Obligation) für den Vorstand belief sich zum 31. Dezember 2013 auf 200 T€ (2012 179 T€; 2011 95 T€).

An ehemalige Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene wurden im Geschäftsjahr 2013 Ruhegeldzahlungen in Höhe von 358 T€ (Vorjahr 361 T€) geleistet. Gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und deren Hinterbliebenen bestehen Pensionsverpflichtungen (Defined Benefit Obligation) in Höhe von 5.645 T€ (Vorjahr 5.568 T€).

Das Vergütungssystem des Aufsichtsrats wird im Vergütungsbericht als Bestandteil des Corporate Governance Berichts im Abschnitt „Vergütung des Aufsichtsrats“ dargestellt.

Unter der Voraussetzung, dass die Hauptversammlung dem Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns zustimmt, belaufen sich die Vergütungen an den Aufsichtsrat auf 114 T€ (Vorjahr 110 T€).

An ehemalige Mitglieder des Aufsichtsrats werden keine Leistungen gewährt.

Wie im Vorjahr wurden im Geschäftsjahr 2013 keine Kredite an Mitglieder des Vorstands oder des Aufsichtsrats gewährt.

Konzessionen

Für die Strom- und Gasversorgung bestehen Konzessionsverträge mit verschiedenen Städten und Gemeinden. Zwischen den Gesellschaften des Konzerns und den Gemeinden sind Konzessionsverträge im Strom- und Gasbereich geschlossen, deren Restlaufzeit zwischen einem und neunzehn Jahren betragen. Die Verträge werden nicht nach IFRIC 12 als Dienstleistungskonzessionsverträge klassifiziert. Das Verteilungsnetz wird daher im Sachanlagevermögen bilanziert.

Für den Anschluss an die Versorgungsnetze bestehen gesetzliche Regelungen. Der Konzessionsnehmer ist nach den Regelungen dieser Verträge verpflichtet, die zur allgemeinen Versorgung benötigten Anlagen herzustellen und zu unterhalten.

Für die Nutzung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze für die Versorgungsanlagen ist eine Konzessionsabgabe an die Kommune zu entrichten.

Nach Beendigung eines Konzessionsvertrages sind die Versorgungsanlagen gegen eine angemessene Entschädigung an die Gemeinde bzw. den nachfolgenden Netzbetreiber zurück- bzw. abzugeben.

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns haben könnten, sind nicht eingetreten.

Honorare und Dienstleistungen des Abschlussprüfers

Mit den in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften wurden für die Dienstleistungen des Abschlussprüfers, KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, folgende Honorare vereinbart bzw. abgerechnet:

Honorare (in T€) für	2013	2012
Abschlussprüfung	76	71
Sonstige Beratungsleistungen	22	55
	98	126

Erklärung nach § 161 AktG

Der Kommunikation mit den Aktionären, den Investoren und der Öffentlichkeit liegt der Deutsche Corporate Governance Kodex in der jeweils gültigen Fassung zugrunde.

Die Entsprechenserklärung wurde von Vorstand und Aufsichtsrat abgegeben. Sie wurde entsprechend § 161 Abs. 2 AktG auf der Homepage der ZEAG Energie AG (www.zeag-energie.de) unter der Rubrik „Investor Relations“ öffentlich zugänglich gemacht.

Heilbronn, 25. Februar 2014

ZEAG Energie AG

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Christ Vost', is written over a faint, illegible stamp or background.

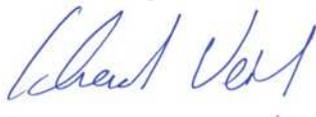
Der Vorstand

Erklärung des gesetzlichen Vertreters

Ich versichere nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im zusammengefassten Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Heilbronn, im Februar 2014

ZEAG Energie AG

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Christoph Velt'.

Der Vorstand

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der ZEAG Energie AG, Heilbronn, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Konzerngewinn- und -verlustrechnung, Konzerngesamtergebnisrechnung, Konzernbilanz, Konzerneigenkapitalveränderungsrechnung, Konzernkapitalflussrechnung und Konzernanhang – sowie den mit dem Lagebericht der ZEAG Energie AG zusammengefassten Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.



Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Stuttgart, den 25. Februar 2014

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Stratmann
Wirtschaftsprüfer

Kröning
Wirtschaftsprüferin

Bericht des Aufsichtsrats

Beratung und Überwachung des Vorstands

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2013 die ihm nach Gesetz und Satzung zugewiesenen Aufgaben pflichtgemäß und umfassend wahrgenommen. Er überwachte die Geschäftsführung und beriet den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens. Der Aufsichtsrat war dabei in sämtliche Entscheidungen, die für die Gesellschaft und den Konzern von grundlegender Bedeutung waren, eingebunden. Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat durch mündliche und schriftliche Berichte regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle wesentlichen Fragen der Geschäftsentwicklung und -politik, die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft und des Konzerns, die Unternehmensstrategie und -planung, die Risikosituation, das Risikomanagement, das Interne Kontrollsystem und die Compliance. Ferner erläuterte und begründete der Vorstand Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen.

Schwerpunkte der Beratungen im Plenum

Im Rahmen von vier ordentlichen Sitzungen am 4. März, 7. Mai, 17. Juli und 13. November 2013 sowie einem schriftlichen Beschlussverfahren befasste sich der Aufsichtsrat eingehend mit mündlichen und schriftlichen Berichten sowie Beschlussvorlagen des Vorstands. Die Geschäfte, zu denen die Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich war, wurden vor der Genehmigung vom Aufsichtsrat geprüft und mit dem Vorstand ausführlich beraten.

Besondere Schwerpunkte der Beratungen und Beschlussfassungen des Aufsichtsrats waren:

- Regelmäßige und ausführliche Berichte des Vorstands über den Gang der Geschäfte sowie die Rentabilität der Gesellschaft und des Konzerns, insbesondere über die aktuelle Umsatz- und Ergebnisentwicklung sowie Vermögens- und Finanzlage, sowie Berichte über die Personalentwicklung und wesentliche Risiken des Konzerns und einzelner Konzernbereiche;
- Regelmäßige Berichte des Vorstands über die Finanzanlagen;
- Vorschläge, die der Hauptversammlung am 7. Mai 2013 insbesondere zur Neuwahl der Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat der Gesellschaft unterbreitet wurden;
- Beschlussfassung über die weitere Bestellung von Herrn Veil zum Vorstand für weitere

- fünf Jahre;
- Zustimmung zum Abschluss eines Rahmenvertrags über den Strombezug mit der EnBW Trading GmbH;
 - Zustimmung zur Abgabe von sechs verbindlichen Angeboten zum Abschluss von Stromkonzessionsverträgen verbunden mit entsprechenden Kooperationsangeboten;
 - Zustimmung zum Erwerb eines Ersatzgrundstücks für das Schaltwerk Rathenauplatz;
 - Zustimmung zum Ersatz des Heizwerks in Heilbronn, Badstraße und Abschluss eines Rahmenvertrags über Nutzenergielieferung;
 - Zustimmung zum Ersatz des Umspannwerks Salzwerkplatz mit ergänzenden 110 kV-Kabellegungen;
 - Zustimmung zu Preismaßnahmen im Privatkundensegment (Strom) zum 1. Januar 2014;
 - Zustimmung zum Budget 2014 und Kenntnisnahme der Mittelfristplanung 2015 – 2016, bestehend aus Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz sowie Investitionsplan;

Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat außerhalb der Sitzungen schriftlich über sämtliche Geschäftsvorgänge, die für die Gesellschaft oder den Konzern besonders bedeutsam waren. Zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden und dem Vorstand fand darüber hinaus ein ständiger Austausch zu Fragen der strategischen Ausrichtung, der Geschäftsentwicklung, der Planung, des Risikomanagements, der Compliance sowie zu bedeutenden Einzelmaßnahmen und aktuell anstehenden Entscheidungen statt.

Die Anwesenheitsquote war bei den einzelnen Aufsichtsratssitzungen durchgängig hoch. Im Geschäftsjahr 2013 hat kein Mitglied des Aufsichtsrats an weniger als der Hälfte der Sitzungen teilgenommen.

Interessenkonflikte von Mitgliedern des Aufsichtsrats sind im Berichtszeitraum nicht aufgetreten.

Arbeit der Ausschüsse des Aufsichtsrats

Auch im Geschäftsjahr 2013 haben die vom Aufsichtsrat eingerichteten Ausschüsse regelmäßig getagt und damit zur effizienten Wahrnehmung der Aufgaben des Aufsichtsrats beigetragen. Die Mitglieder der Ausschüsse sind auf Seite 95 des Geschäftsberichts dargestellt. In den jeweils folgenden Aufsichtsratssitzungen berichteten die Ausschussvorsitzenden ausführlich über die Beratungen und Beschlussfassungen der Ausschüsse.

Der Personalausschuss tagte im abgelaufenen Geschäftsjahr dreimal. Schwerpunkte der Beratungen waren dabei die Vorbereitung der Beschlüsse zur Bestellung von Herrn Veil für weitere

fünf Jahre, für die Festlegung der variablen Vergütung des Vorstands und der für die variable Vergütung des Vorstands maßgeblichen Ziele sowie die Vergütung des Vorstands.

Der Prüfungsausschuss befasste sich im abgelaufenen Geschäftsjahr in zwei ordentlichen Sitzungen eingehend mit Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements, der Compliance, der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, der Abschlussprüfung, der vom Abschlussprüfer zusätzlich erbrachten Leistungen, der Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems, des Risikomanagementsystems und des internen Revisionssystems. Nach Einholung der nach Ziffer 7.2.1 des Deutschen Corporate Governance Kodex geforderten Unabhängigkeitserklärung des Abschlussprüfers erteilte er dem Abschlussprüfer den Prüfungsauftrag, traf mit dem Abschlussprüfer die Honorarvereinbarung und legte die Prüfungsschwerpunkte fest. In Gegenwart des Abschlussprüfers befasste sich der Prüfungsausschuss am 25. Februar 2014 zur Vorbereitung der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats ausführlich mit dem Jahres- und dem Konzernabschluss sowie dem zusammengefassten Lagebericht für die Gesellschaft und den Konzern für das Geschäftsjahr 2013, die er jeweils intensiv prüfte. Ferner erörterte der Prüfungsausschuss mit dem Vorstand eingehend den Halbjahresfinanzbericht zum 30. Juni 2013.

Der Nominierungsausschuss tagte im Berichtszeitraum einmal und bereitete dabei im Hinblick auf die ordentliche Hauptversammlung der Gesellschaft am 7. Mai 2013 die Wahlvorschläge des Aufsichtsrats zur Neuwahl der Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat vor.

Corporate Governance

Der Aufsichtsrat befasste sich auch im Geschäftsjahr 2013 eingehend mit Fragen der Corporate Governance. Hierüber wird im Corporate Governance Bericht ausführlich informiert. Der Corporate Governance Bericht ist Teil der Erklärung zur Unternehmensführung, die die Gesellschaft gemäß § 289a Abs. 1 S. 2 HGB auf ihrer Internetseite (www.zeag-energie.de) im Bereich „Unternehmen“ unter der Rubrik „Investor Relations“, unter dem Schlagwort „Corporate Governance“, öffentlich zugänglich gemacht hat.

Der Aufsichtsrat beschäftigte sich ausführlich mit den Anforderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 13. Mai 2013 und der Umsetzung der Kodexregelungen für die Gesellschaft.

Die jährliche Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex gemäß § 161 AktG hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 17. März 2014 verabschiedet. Auch der Vorstand hat gleichzeitig eine wortgleiche Erklärung abgegeben. Die ZEAG Energie AG hat den

Empfehlungen des Kodex in der Fassung vom 13. Mai 2013 seit der letzten Entsprechenserklärung vom 4. März 2013 mit Ausnahme von vier Empfehlungen entsprochen, welche in der Entsprechenserklärung genannt und näher begründet sind. Den Empfehlungen des Kodex in der am 13. Mai 2013 geänderten Fassung entspricht die ZEAG Energie AG mit Ausnahme von sechs Empfehlungen, die in der Entsprechenserklärung genannt und näher begründet sind. Vorstand und Aufsichtsrat der ZEAG Energie AG haben die Absicht, den Empfehlungen des Kodex auch künftig, von diesen offen gelegten unternehmensspezifischen Ausnahmen abgesehen, vollständig zu entsprechen.

Auf den Internetseiten der ZEAG Energie AG steht die aktuelle Entsprechenserklärung den Aktionären ebenso wie die der Vorjahre dauerhaft zur Verfügung. Im Corporate Governance Bericht ist die aktuelle Entsprechenserklärung vollständig wiedergegeben.

Jahres- und Konzernabschluss

Die Hauptversammlung hat am 7. Mai 2013 die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (KPMG), Berlin, zum Jahres- und Konzernabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2013 gewählt. Der Prüfungsausschuss erteilte der KPMG den Auftrag zur Prüfung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses. Der Prüfungsausschussvorsitzende legte vorab die Prüfungsschwerpunkte fest, welche durch den Prüfungsausschuss bestätigt wurden. Der Abschlussprüfer hat den vom Vorstand nach den Regeln des Handelsgesetzbuchs (HGB) aufgestellten Jahresabschluss der ZEAG Energie AG sowie den auf der Grundlage der internationalen Rechnungslegungsstandards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, aufgestellten Konzernabschluss jeweils zum 31. Dezember 2013 und den zusammengefassten Lagebericht für die Gesellschaft und den Konzern für das Geschäftsjahr 2013 auf der Grundlage des ihm erteilten Prüfungsauftrags unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dabei haben sich keine Einwendungen ergeben, so dass jeweils ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt wurde. Der Abschlussprüfer bestätigte ferner, dass das vom Vorstand gemäß § 91 Abs. 2 AktG eingerichtete Informations- und Überwachungssystem zur Risikofrüherkennung nach dessen Konzeption und tatsächlicher Handhabung geeignet erscheint, Entwicklungen frühzeitig zu erkennen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden.

Den Mitgliedern des Prüfungsausschusses wurden die Entwürfe der Berichte des Abschlussprüfers über die Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses (einschließlich des zusammengefassten Lageberichts) sowie die Entwürfe der Abschlüsse und der Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands rechtzeitig vor dessen Sitzung am 25. Februar 2014 übermittelt. Der Abschlussprüfer berichtete in dieser Sitzung über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfungen

und stand für Fragen der Ausschussmitglieder zur Verfügung. Er berichtete ferner dem Prüfungsausschuss darüber, dass keine wesentlichen Schwächen des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess festgestellt wurden. Die Ausschussmitglieder wurden durch den Abschlussprüfer ferner über von ihm zusätzlich erbrachte Leistungen informiert und erklärte, dass keine Umstände vorliegen, die seine Befangenheit besorgen lassen. Der Prüfungsausschuss befasste sich eingehend mit den übersandten Abschlussunterlagen und den Entwürfen der Prüfungsberichte. Der Prüfungsausschuss erhob nach Abschluss seiner Prüfungen gegen den Jahres- und Konzernabschluss nebst dem zusammengefassten Lagebericht keine Einwendungen. Er empfahl dem Aufsichtsrat, die vom Vorstand aufgestellten Abschlüsse einschließlich des zusammengefassten Lageberichts zu billigen. In der Sitzung am 25. Februar 2014 schloss sich der Prüfungsausschuss nach eingehender Prüfung ferner dem Vorschlag des Vorstands an, der Hauptversammlung die Ausschüttung einer gegenüber dem Vorjahr unveränderten Dividende in Höhe von 3,00 € je Stückaktie für das Geschäftsjahr 2013 vorzuschlagen und empfahl dem Aufsichtsrat, der Hauptversammlung ebenfalls die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von 3,00 € je Stückaktie vorzuschlagen.

Die ausgefertigten Prüfungsberichte nebst Jahres- und Konzernabschluss und dem zusammengefassten Lagebericht sowie dem Gewinnverwendungsvorschlag wurden nach der ausführlichen Vorprüfung durch den Prüfungsausschuss sämtlichen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig vor der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats am 17. März 2014 übersandt. In dieser Sitzung berichtete der Abschlussprüfer über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfungen und stand für Fragen der Gremienmitglieder zur Verfügung. Er berichtete ferner darüber, dass keine wesentlichen Schwächen des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess festgestellt wurden und informierte den Aufsichtsrat über von ihm zusätzlich zur Abschlussprüfung erbrachte Leistungen. Er erläuterte ferner, dass keine Umstände vorliegen, die seine Befangenheit besorgen ließen. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses berichtete ausführlich über die Beratungen und Ergebnisse der Sitzung des Prüfungsausschusses und stand für Fragen der übrigen Aufsichtsratsmitglieder zur Verfügung. Der Aufsichtsrat bezog die Ergebnisse des Abschlussprüfers und des Prüfungsausschusses in seine weiteren Beratungen ein.

Der Aufsichtsrat prüfte anschließend eingehend den Jahresabschluss und den Konzernabschluss jeweils zum 31. Dezember 2013, den zusammengefassten Lagebericht über das Geschäftsjahr 2013 sowie den Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Bilanzgewinns des Geschäftsjahrs 2013. Für den Aufsichtsrat ergaben sich nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfungen keinerlei Einwendungen. Er schloss sich den Prüfungsergebnissen des Ab-

schlussprüfers an und billigte in seiner Bilanzsitzung am 17. März 2014 den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss der Gesellschaft zum 31. Dezember 2013, der damit festgestellt ist. Gleichzeitig billigte der Aufsichtsrat den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2013 und schloss sich dem Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Bilanzgewinns des Geschäftsjahrs 2013 an.

Der Abschlussprüfer hat den vom Vorstand aufgestellten Bericht gemäß § 312 AktG über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen (Abhängigkeitsbericht) für das Geschäftsjahr 2013 geprüft. Der Abschlussprüfer erteilte nach seiner Prüfung am 25. Februar 2014 folgenden Bestätigungsvermerk:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Entwurf des Abhängigkeitsberichts wurde den Mitgliedern des Prüfungsausschusses rechtzeitig vor deren Sitzung am 25. Februar 2014 zugesandt. Der Prüfungsausschuss befasste sich in dieser Sitzung eingehend mit dem übersandten Entwurf des Abhängigkeitsberichts und nahm den Bericht des Abschlussprüfers entgegen. Dieser informierte über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung und stand den Ausschussmitgliedern für Fragen zur Verfügung. Der Prüfungsausschuss erhob nach Abschluss seiner eingehenden eigenen Prüfungen keine Einwendungen gegen den Abhängigkeitsbericht.

Nach der Sitzung des Prüfungsausschusses wurde der vom Vorstand ausgefertigte Abhängigkeitsbericht den Mitgliedern des Aufsichtsrats rechtzeitig zur Prüfung übersandt. Der Abschlussprüfer nahm an den Beratungen des Aufsichtsrats über diesen Bericht in der Bilanzsitzung am 17. März 2014 ebenfalls teil und informierte über seine wesentlichen Prüfungsergebnisse. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses berichtete darüber hinaus über die Prüfung des Abhängigkeitsberichts durch den Prüfungsausschuss.

Der Aufsichtsrat billigte nach seiner eingehenden eigenen Prüfung im Hinblick auf seine Vollständigkeit und Richtigkeit unter Einbeziehung der Ergebnisse des Abschlussprüfers und des Prüfungsausschusses das Prüfungsergebnis des Abschlussprüfers. Dabei kam er zu dem Ergebnis, dass keine Einwendungen gegen die vom Vorstand am Schluss des Berichts abgegebene Erklärung über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen zu erheben sind.

Personelle Veränderungen im Aufsichtsrat

Die Amtszeit aller sechs von der Hauptversammlung in den Aufsichtsrat gewählten Anteilseignervertreter endete mit Ablauf der Hauptversammlung am 7. Mai 2013. In der Hauptversammlung am 7. Mai 2013 wurden die Herren Walter Böhmerle, Klaus Brändle, Dirk Güsewell, Helmut Himmelsbach, Gerhard Kleih sowie Dr. Dirk Mausbeck für die Zeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das Geschäftsjahr 2017 beschließt, in den Aufsichtsrat der ZEAG Energie AG gewählt.

Herr Dr. Dirk Mausbeck wurde wiederum zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Herr Walter Böhmerle zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden und Herr Helmut Engelhardt zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt. Herr Dirk Güsewell ist neu in den Aufsichtsrat gewählt worden. Alle weiteren in der Hauptversammlung am 7. Mai 2013 gewählten Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner waren bereits zum Ende des Geschäftsjahres 2012 im Aufsichtsrat vertreten.

Auch die Amtszeit aller drei von den Arbeitnehmern aufgrund der Bestimmungen des Drittelbeteiligungsgesetzes in den Aufsichtsrat gewählten Arbeitnehmervertreter endete mit Ablauf der Hauptversammlung am 7. Mai 2013. Bereits am 11. April 2013 haben die Arbeitnehmer der ZEAG Energie AG die Herren Tomislav Boras, Helmut Engelhardt und Steffen Pfisterer für die Zeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das Geschäftsjahr 2017 beschließt, in den Aufsichtsrat wiedergewählt.

Der Aufsichtsrat bedankt sich bei Herrn Meier für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit sowie sein mehrjähriges erfolgreiches Engagement im Aufsichtsrat der ZEAG Energie AG.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ZEAG Energie AG für die erbrachten Leistungen, ihren engagierten Einsatz und die geleistete Arbeit zur Erreichung der für das Geschäftsjahr 2013 gesetzten Ziele.

Heilbronn, 17. März 2014

Der Aufsichtsrat

Dr. Dirk Mausbeck

Vorsitzender

Seite 108 von 111

Entsprechenserklärung

Vorstand und Aufsichtsrat der ZEAG Energie AG erklären gemäß § 161 AktG:

Die ZEAG Energie AG hat den im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemachten Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex seit der letzten Entsprechenserklärung vom 4. März 2013 in der jeweils geltenden Fassung mit folgenden Ausnahmen entsprochen und wird ihnen in der Fassung vom 13. Mai 2013 auch künftig mit folgenden Ausnahmen entsprechen:

Ziffer 4.2.1 Satz 1 des Kodex:

Anzahl der Vorstandsmitglieder

Gemäß § 6 der Satzung besteht der Vorstand der ZEAG Energie AG aus einer oder mehreren Personen. Der Aufsichtsrat hält es angesichts der Größe und Struktur des Unternehmens bisher und auch für die nächste Zukunft für ausreichend, wenn der Vorstand der Gesellschaft grundsätzlich mit einer Person besetzt ist, die bei der Leitung des Unternehmens von zwei Prokuristen unterstützt wird. Der Vorstand besteht dementsprechend seit dem 6. Mai 2008 - mit Ausnahme von Übergangsphasen bei einem Vorstandswechsel - aus einer Person. Herr Eckard Veil ist seit dem 1. August 2011 alleiniger Vorstand der ZEAG Energie AG.

Ziffer 4.2.2 Absatz 2 Satz 3 des Kodex:

Verhältnis der Vorstandsvergütung zum oberen Führungskreis und der relevanten Belegschaft insgesamt und in der zeitlichen Entwicklung

Die Veröffentlichung des Kodex vom 13. Mai 2013 erfolgte inmitten des Verfahrens zur Verlängerung des Anstellungsvertrags mit dem amtierenden Vorstandsmitglied mit der Folge, dass insofern nicht die über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehenden Empfehlungen des Kodex vom 13. Mai 2013 umgesetzt wurden. Daher wurde insbesondere kein gesonderter Vergleich mit den in der Kodexempfehlung genannten Personengruppen und auch keine Erhebung zur

zeitlichen Entwicklung des Lohn- und Gehaltsgefüge vorgenommen. Unabhängig davon befasste sich der Aufsichtsrat pflichtgemäß mit der Angemessenheit der Vorstandvergütung und berücksichtigte hierbei unter anderem die Üblichkeit der Vergütung des Vergleichsumfeldes und die in der ZEAG Energie AG bestehende Vergütungsstruktur.

Der Aufsichtsrat beabsichtigt, bei künftigen Neufassungen der Anstellungsverträge auch die vertikale Angemessenheit der Vergütung des Vorstands entsprechend der Kodexempfehlung aus Ziffer 4.2.2 Absatz 2 Satz 3 zu überprüfen.

Ziffer 4.2.3 Absatz 2 Satz 6 des Kodex:

Betragsmäßige Höchstgrenzen der Vorstandsvergütung insgesamt und hinsichtlich der variablen Vergütung

Der laufende Anstellungsvertrag des amtierenden Vorstandsmitglieds sieht neben der Festvergütung eine variable Vergütung vor, die der Höhe nach begrenzt ist. Auch die Nebenleistungen sind kraft ihrer gegenständlichen Festlegung der Höhe nach begrenzt. Auch wenn somit die einzelnen Vergütungsbestandteile materiell der Höhe nach begrenzt sind, sieht die Vorstandsvergütung insgesamt keine Höchstgrenze vor. Nach Ansicht des Aufsichtsrats erübrigt sich aufgrund der Gestaltung der einzelnen Vergütungsbestandteile eine solche ausdrückliche betragsmäßige Höchstgrenze für die Vorstandsvergütung insgesamt.

Ziffer 5.4.1 Abs. 2 und Abs. 3 des Kodex

Benennung von konkreten Zielen für die Zusammensetzung des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat ist der Auffassung, dass aufgrund der geringen Zahl der Aufsichtsratsmitglieder und der Struktur der Gesellschaft für die Zusammensetzung des Aufsichtsrats wie bisher auch weiterhin vordergründig die fachliche Eignung maßgeblich sein soll. Die Festlegung von Zielen für die Zusammensetzung des Aufsichtsrats einschließlich einer Quote für den Anteil weiblicher bzw. unabhängiger Aufsichtsratsmitglieder wird daher nicht für zweckmäßig erachtet. Auch ohne eine konkrete Zielfestsetzung achtet der Aufsichtsrat darauf, dass dem Gremium eine nach seiner Einschätzung angemessene Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört.

Ziffer 5.4.6 Abs. 2 Satz 2 des Kodex:

Erfolgsorientierte Vergütung des Aufsichtsrats

Gemäß § 15 der Satzung der ZEAG Energie AG erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats neben einer festen Vergütung eine variable Vergütung, die sich an der jeweils ausgeschütteten Dividende bemisst und der Höhe nach begrenzt ist. Mit dieser Struktur entspricht die Aufsichtsratsvergütung nicht mehr der im Jahr 2012 geänderten Empfehlung in Ziffer 5.4.6 Abs. 2 Satz 2 des Kodex, welche eine Ausrichtung der erfolgsorientierten Aufsichtsratsvergütung an eine nachhaltige Unternehmensentwicklung fordert. Vorstand und Aufsichtsrat der ZEAG Energie AG sind der Auffassung, dass die in § 15 der Satzung vorgegebene Bemessung des variablen Teils der Aufsichtsratsvergütung aufgrund der langjährigen Dividendenkontinuität der Gesellschaft gleichermaßen auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung ausgerichtet ist. Die positive Entwicklung der ZEAG Energie AG, zu der auch die Arbeit des Aufsichtsrats maßgeblich beigetragen hat, dass der Aufsichtsrat eine nachhaltige Entwicklung der ZEAG Energie AG im Blick hat. Es wird daher derzeit kein Anlass gesehen, das bewährte System der Aufsichtsratsvergütung bei der ZEAG Energie AG zu ändern. Vorstand und Aufsichtsrat werden wie bisher auch künftig das System der Aufsichtsratsvergütung auf für die ZEAG Energie AG sinnvolle Weiterentwicklungsmöglichkeiten hin überprüfen.

Ziffer 5.4.6 Abs. 3 Satz 1 des Kodex:

Individualisierter Ausweis der Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder

Die Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats der ZEAG Energie AG ist in § 15 der Satzung festgelegt und kann dort eingesehen werden. Sie wird daher bislang nicht individualisiert und aufgegliedert nach festen und erfolgsabhängigen Bestandteilen ausgewiesen. Es ist wie bisher auch künftig nicht beabsichtigt, die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder individualisiert auszuweisen.

Heilbronn, 17. März 2014

ZEAG Energie AG

Der Vorstand

Der Aufsichtsrat